Was für morgen zählt

Wohnen innovativ denken



VONOVIA





VONOVIA
Monteure gesucht!
www.vonovia.de
Wir bilden aus.
Jetzt bewerben!

EINE DOKUMENTATION MILITANTER AKTIONEN GEGEN DAS GRÖSSTE DEUTSCHE WOHNUNGSUNTERNEHMEN

2017 - 2021



INHALTSVERZEICHNIS



EINLEITUNG



EINLEITUNG

Das Thema Mieten- und Wohungspolitik ist seit Jahrzehnten Teil der öffentlichen politischen Auseinandersetzung. Gerade in städtischen Ballungszentren sind Mieter*innen vermehrt einer Wohnungspolitik ausgeliefert, die über Jahre hinweg privaten, börsennotierten Immobilienriesen den roten Teppich ausgerollt hat. Viele Menschen können sich ein würdevolles Wohnen nicht mehr leisten ohne bei anderer existenziellen Gründbedüfnissen Abstriche zu machen. Gegen diese Entwicklung richtet sich aber auch ein immer breiterer gesellschaftlicher Widerstand. Der ursächliche Grund dafür sind die Veränderungen des Wohnungsmarkts der letzten 30 Jahre.

Als in den 90er Jahren kleine Investmentfonts anfingen Immobilien zu kaufen, haben sie in der Regel über einen relativ kurzen Zeitraum die Miete erhöht, um dann gewinnbringend wieder zu verkaufen. Der größere Teil des Wohnungsbestandes war entweder in öffentlicher Hand oder gehörte kleineren privaten Vermieter*innen. Im Zuge der Neoliberalisierung der 90er Jahre jedoch, gingen eine Menge Wohnungen in die Hand immer größer werdender Immobilienkonzerne mit starker Anbindung an den Finanzmarkt. Hilfe bekamen diese Konzerne von Anfang an aus der Politik. Der Wohnungsmarkt solle stärker an den Finanzmarkt angegliedert werden, stand bereits im ersten Koalitionsvertrag der GroKo 2005.

Damit änderte sich auch die Strategie der Finanzkonzerne. Anstatt kurzfristig Gewinn zu machen, legten sie das Geld ihrer Aktionär*innen langfristig in Wohnungsbestände an und versuchten über Modernisierungen und Mieterhöhung die Profite zu erhöhen. Damit wurden sie zu einer lukrativen Anlage auf dem Finanzmarkt und setzten den Wohnungsmarkt massiv unter Druck. Gleichzeitig umgingen diese Konzerne mit ihrer komplexen Struktur oftmals anfallende Steuern und veränderten auch die Arbeitsverhältnisse innerhalb des Sektors. Konzerne wie etwa Vonovia lagern ihre Dienstleistungen, wie die Verwaltung der Gebäude, an externe Firmen aus, die dann wieder in das eigene Firmengeflecht eingegliedert werden. Die Angestellten sind dann formal nicht bei Vonovia beschäftigt und werden nicht nach Tarif bezahlt, der generierte Profit bleibt trotzdem in der Firma.

Das verunmöglicht auch die Gründung von Betriebsräten und anderen klassischen Instrumenten, um sich zumindest arbeitsrechtlich gegen den Arbeitgeber zu wehren. Das undurchsichtige globale Geflecht verschiedener Anleger*innen, Finanzverwalter*innen und anonymer Multimillionär*innen, mit viel Anteil am Wohungsmarkt, sorgt nicht selten dafür, dass protestierende Mieter*innen im Laufe ihrer Recherchen und Proteste vor einem leeren Briefkasten in Steueroasen wie London oder Zossen stehen. Deshalb ist es wichtig, diese Entwicklung nachzuvollziehen, um eine radikale Kritik am Wohnungsmarkt mit einer radikalen Kritik am Kapitalismus zu verbinden und praktisch werden zu lassen. Es geht auch darum, gegenüber neu auftretenden Praxen der Armutserzeugung und Verwaltung handlungsfähig zu werden. Dabei sind Apelle an Regierungsinstitutionen und an Parteien, die selber maßgeblich mitverantwortlich für einen Wohnungsmarkt sind, der mit ihren eigenen Instrumenten kaum noch zu regulieren ist, kaum das richtige Werkzeug dieser grundlegenden Kritik Ausdruck zu verleihen. Das bedeutet aber keinesfalls, dass diese Appelle keinen positiven Effekt haben. Die Debatte um die Not auf dem Wohnungsmarkt war selten breiter als heute. Auch Aktionen wie die von #besetzen haben Themen wie Leerstand, Spekulation mit Wohnraum und Wohnungslosigkeit in die öffentliche Debatte eingebracht und gleichzeitig die Aktionsform „besetzen“ aus einem ehemals subkulturellen und szenigen Kontext breiter zugänglich gemacht.

Es lohnt sich dabei auch, einen Blick über die Ländergrenzen hinaus auf internationale Kämpfe der Mietenbewegung zu werfen. So war der spanische Aufruf zum Mietstreik zu Beginn der Covid19-Pandemie ungleich populärer als hierzulande. Während sich in Spanien das „Was wir nicht verdienen, zahlen wir nicht!“ breit gemacht hat und damit auch auf den Zusammenhang der stagnierenden Löhne, aber permanent steigender Mieten aufmerksam gemacht wurde, blieb es hierzulande bei Aufrufen einzelner Gruppen und Initiativen ohne breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Medial wurde sich eher damit beschäftigt, dass Adidas nicht bereit war, die Miete für seine Filialen zu bezahlen. Das wirft durchaus die Frage auf, ob es nicht besser ist, den Kampf der Mieter*innen und der vielen lokalen Akteur*innen zu vernetzen und mit einer gemeinsamen und radikalen Kritik dafür zu sorgen, dass sich die vereinzelten Kämpfe nicht immer wieder sozialdemokratisch verramschen lassen.

Nachbarschaftsinitiativen, Mieter*innenberatungen, öffentliche Kampagnen und militanter Widerstand sind alle Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, der sich immer mehr Menschen anschließen. Trotz Differenzen und verschiedener praktischer Ansätze, gibt es auch einen gemeinsamen Boden, auf dem dieser Widerstand entsteht. Mit dieser Broschüre wollen wir verschiedene ausgewählte praktische Ansätze und Analysen am Beispiel des Kampfes gegen Vonovia dokumentieren.

Der Kampf gegen Immobilienriesen wie Vonovia und die Deutsche Wohnen, ist über die Jahre so komplex geworden, dass es immer schwerer wird, sich einen Überblick zu verschaffen. Dieser wird allerdings immer wichtiger, um den Kampf gegen quasi allmächtige Immobilienkonzerne, auf so vielen Ebenen miteinander zu verknüpfen wie möglich. Es sind eben nicht mehr nur politische Hausprojekte und Wohngemeinschaften, die sich in Gerichtsprozessen, durch Öffentlichkeitsarbeit oder durch militante Aktionen gegen Zwangsräumungen, Mietsteigerungen oder ähnliche Schweinereien wehren. Im Stadtbild sind immer häufiger Häuser mit Transparenten zu sehen, auf denen auf einen geplanten Häuserkauf oder eine überzogene Mietsteigerung aufmerksam gemacht wird. Für die meisten Mieter*innen ist das Gefühl, einer ökonomischen Profitlogik ausgeliefert zu sein, kein fremdes. Umso wichtiger wurden daher all die selbstorganisierten Mieter*innenberatungsstellen, die gerade für nicht deutschsprachige Menschen oftmals die einzigen Anlaufstellen sind, Hilfe zu bekommen. Auch die verschiedenen Kiezinitiativen wie „Kotti und

Co“, „Wir bleiben Alle“ oder auch das „Zwangsräumung verhindern“ Bündnis, sind gerade für den Berliner Raum gute Beispiele für eine Organisierung von unten. Die Tatsache, dass selbstorganisierte Initiativen inzwischen gesellschaftlich anerkannte und überlebenswichtige Institutionen, gerade auf dem Wohnungsmarkt, geworden sind, ist sicherlich eine gute Entwicklung und fördert auch die Sensibilisierung für politische Kritik. Sie zeigt jedoch auch den völligen Unwillen von staatlicher Seite auf die Nöte und Bedürfnisse von Mieter*innen einzugehen. Es lässt sich kaum noch von der Hand weisen, dass das staatliche Interesse eher auf der Erschaffung und Erhaltung attraktiver Investitionsmöglichkeiten liegt, als auf einer Lösung sozialer und immer häufiger existenzieller Probleme, die durch den finanzialisierten Wohnungsmarkt entstanden sind.

Auch wenn es sicherlich unterschiedliche Ansichten gibt, an wen und wie politische Forderungen adressiert werden, wird gerade bei Zwangsräumungen sichtbar, dass der Staat im Zweifelsfall immer der gewalttätige Erfüllungsgehilfe ökonomischer Interessen bleibt. Mittels Gerichtsvollzieher*innen, Bullen oder Securities werden Menschen drangsaliert und gewaltsam aus ihrer vertrauten Umgebung herausgerissen. Weiteren staatlichen Stellen, wie den Sozialämtern, bleibt anschließend nur die Verwaltung der Armut über Vermittlung in Wohnungslosenunterkünfte, sowie weiteren Einrichtungen der Sozialen Arbeit. Da Hauseigentümer*innen angewiesen, aber nicht verpflichtet sind, (drohende) Räumungen zu melden, ist bekannt, dass in Berlin inzwischen durchnittlich zehn Zwangsräumungen pro Tag stattfinden. Nicht alle Immobilienfirmen kommen dieser Vorgabe nach, was auf eine höhere Dunkelziffer schließen lässt. Ob Nachbar*innen, Freund*innen oder Bekannte, die Folgen dieser gewaltsamen Entwicklung sind in der Stadt spürbar und werden für immer mehr Menschen zunehmend bedrohlich. Daher ist es auch kein Zufall, dass sich vermehrt auch militant auf Mieter*innenkämpfe bezogen wird.

Militante Aktionen sind ein gern verschwiegener und verleumdeter, unserer Meinung nach aber wichtiger Teil des Kampfes gegen Verdrängung, sowie Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt. Mit dieser Broschüre wollen wir diesem Teil des bundesweit stattfindenden Kampfes gegen Verdrängung mehr Sichtbarkeit verschaffen, besonders den Angriffen gegen den Immobilienkonzern Vonovia. Vielleicht wird der*die Leser*in nach dem Lesen einen besseren Einblick in die Beweggründe all derer bekommen, die sich für diese Form des Widerstands enschieden haben.

Diese Broschüre stellt keinen Abschluss dar, sondern ist lediglich als Zwischenbericht einer militanten Kampagne gegen Vonovia zu verstehen. Im zweiten Teil haben wir noch ausgewählte Beiträge zur Debatte um die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ dokumentiert, die im Vorfeld des Volksentscheids in anarchistischen und sozialrevolutionären Kreisen geführt wurde.

Wir hoffen, dass die unterschiedlichen Aktionsformen gegen Vonovia fortgeführt werden und sind gespannt zu sehen, mit welcher Intensität und mit welchen Formen der Kampf gegen Immobilienfirmen weiter geht.

VORBEMERKUNGEN

Wir möchten noch einige Bemerkungen zu der Auswahl und Bearbeitung der hier abgedruckten Texte machen. Beim sammeln der Bekenner*innenschreiben ist uns aufgefallen wie vielfältig und divers die Gründe sind, warum Menschen das Risiko der Strafverfolgung auf sich nehmen, um Firmen wie Vonovia militant anzugreifen.

Auch wenn sich die Themen auf den ersten Blick unterscheiden, finden sich Schnittmengen.

Ob wir uns gegen Zwangsräumungen und die Zerstörung autonomer Freiräume wehren, für feministische und ökologische Perspektiven kämpfen, aufzeigen wie Politiker*innen und Parteien die Lobbyarbeit für Firmen wie Vonovia machen oder die Schere zwischen Arm und Reich thematisieren – wir alle Treffen uns bei dem Kampf gegen die aktuelle Wohn- und Mietenpolitik wieder, die darauf ausgerichtet ist, Profite auf unsere Kosten zu generieren. Uns war es daher wichtig allen Themen Platz zu geben. Deswegen haben wir Dopplungen gestrichen. Dies haben wir durch das Symbol [...] sichtbar gemacht.

Manchmal fanden wir auch zwei Texte die einen ähnlichen Aufbau und Inhalt hatten. Hier haben wir geschaut aus welchen Städten die Aktionen kamen und haben dann der Stadt den Vorrang gegeben, die noch weniger häufig vertreten war.

Leider haben wir zu den Aktionen, „Neun Autos auf Vonovia-Parkplatz angezündet“ vom November 2019 und „Feuer in Vonovia-Büro gelegt“ vom Januar 2020, keine Erklärung gefunden. Wir gehen daher davon aus, dass diese ausschließlich an Zeitungen gesendet wurden. Deswegen haben wir dafür jeweils einen passenden Pressetext gekürzt in die Broschüre genommen. Wir haben Stellen gestrichen, in denen Vermutungen zu den vermeintlichen Täter*innen abgegeben werden. Wir sind der Meinung, dass die Bullen schon genug Raum einnehmen und Gehör finden. Der dritte Pressetext mit dem Titel „Vonovia- Firmenfahrzeug angesteckt“ vom Januar 2021 wurde mit in das Heft genommen, da er Informationen dazu gibt, wie hoch in etwa der Sachschaden ist, wenn ein Firmenauto von Vonovia einen Totalschaden erleidet.

Neben den Kürzungen durch inhaltliche Dopplungen haben wir grobe Rechtschreibfehler in den Texten korrigiert, wir hoffen die Verfasser*innen verzeihen uns dies. Wir haben die Form der gendergerechten Schreibweise der Texte nicht verändert. Selbstverständlich entsprechen die in den Erklärungen geäußerten Positionen nicht zwangsläufig unseren. Mieter*innenkämpfe, Aktionstage, Demonstrationen u.Ä., die in den Erklärungen genannt werden, haben wir versucht durch passende Fußnoten zu kontextualisieren. Für bessere Verständlichkeit haben wir den Erklärungen zu den Aktionen einen Text zur Geschichte Vonovias aus dem Mieterecho vorangestellt.

Melkkuh der Aktionäre: Geschichte von Vonovia

MieterEcho 389 / Juli 2017

Vonovia – ein profitabler börsennotierter Wohnungskonzern und größter privater Vermieter Deutschlands

Die Vonovia SE mit Sitz in Düsseldorf und Bochum ist mit Abstand der größte Eigentümer von Mietwohnungen in Deutschland. Sie hat in ihrem Portfolio, wie es in der Sprache der Immobilienwirtschaft heißt, weit über 350.000 Wohnungen. Waren es 2015 noch 357.117, so dürften ihr inzwischen nach der kürzlich erfolgten Übernahme des österreichischen Immobilienkonzerns Conwert ca. 25.000 Wohnungen mehr gehören.

Angesichts der insgesamt 24 Millionen Mietwohnungen, die es in Deutschland gibt, scheinen 300.000 oder 400.000 Wohnungen nicht besonders viel zu sein. Aber die Wohnungen der börsennotierten Wohnungskonzerne sind räumlich stark konzentriert auf große Städte und das verschafft ihnen erheblichen Einfluss, der sich auf den regionalen Wohnungsmärkten und in der regionalen Wohnungspolitik bemerkbar macht. Auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist die Deutsche Wohnen AG mit 107.000 Wohnungen der größte Anbieter von Mietwohnungen. Dann kommt als zweitgrößter Anbieter die Vonovia mit über 38.000 Wohnungen. Die Vonovia hat ansonsten schwerpunktmäßig den größten Anteil ihrer Wohnungen in Nordrhein-Westfalen.

Katalysatoren für marktgetriebene Immobilienwirtschaft.

Politisch hatte sich in Deutschland um die Jahrtausendwende einiges getan, was einer marktgetriebenen Immobilienwirtschaft Auftrieb gab. Die deutsche Wohnungsgemeinnützigkeit war bereits 1990 durch eine Verfassungsänderung aufgekündigt worden, was eine epochale Chance schuf, den traditionellen deutschen Massenmietwohnungsbau, der vorher 50 oder sogar 70 Jahre lang in großen Stückzahlen gemeinnützig gefördert und entwickelt worden war, zu privatisieren. Nun konnte man ihn, von seinen sozial- und finanzpolitischen Regulationen befreit, auf den Immobilienmärkten handeln. Das hieß selbstverständlich, ihn zu höheren Preisen als den bisher üblichen zu verkaufen. Dazu war auch noch die Steuerfreiheit bei der Veräußerung von inländischen Kapitalgesellschaften gekommen, die eine nicht unwesentliche Hürde für die Privatisierung gemeinnütziger Wohnungen von Unternehmen und öffentlichen Körperschaften beiseite räumte. Auch hatte es sich bald in der Branche herumgesprochen, dass die deutschen Landesregierungen unter bestimmten Umständen Befreiung von der Grunderwerbsteuer gewährten. Dazu muss bei immobilienhaltenden Gesellschaften nur der Verkauf als Share Deal, bei dem weniger als 95% der Anteile an die Käufer übergehen, organisiert werden. Die Gemeinden und der Bund drückten den Ländern die mit Share Deals verbundenen Steuerausfälle aufs Auge, die Länder nahmen sie in Kauf, um große Wohnungsunternehmen im Land zu erhalten. Der Neoliberalismus war sowieso mittlerweile Staatsraison geworden.

Privatisierungswelle 1990 bis 2016

Die Bundesregierung und das Land Berlin waren unter den Vorreitern bei der Privatisierung von Wohnungsbeständen. Im Jahr 1998 wurde die Berliner Gehag teilprivatisiert.

1999 verkaufte die Hoechst Chemie ihre 9.099 Werkswohnungen an die Deutsche Wohnen AG. Im Jahr 2000 privatisierte der Bund die bis dahin gemeinnützige Gesellschaft für die Wohnungsbestände der Bahn mit bemerkenswerten 35.922 Wohnungen in einem Share Deal. Ein angelsächsischer Fonds für Geldanlagen bekam den Zuschlag, der unter dem Namen Deutsche Annington ein Portfolio für Anlagen in deutschen Wohnungsimmobilienfirmen aufzubauen begonnen hatte. Diese Deals fand damals kaum jemand so richtig spannend.

In schnellem Takt kam es in den folgenden 16 Jahren in großem Umfang zu Privatisierungen von ehemals öffentlichem und gemeinnützigem Wohnungsbesitz. Einige Kommunen und die Bundesländer Hessen, Bremen, Schleswig Holstein, Niedersachsen, Sachsen und Berlin privatisierten ganz oder teilweise ihr Wohnungseigentum auf dem internationalen Finanzmarkt an Private-Equity-Fonds wie Promontoria Holding, Akelius Residential, Grand City Properties und andere. Bei umfangreichen Verkäufen bildeten sich Bieterkonsortien. Ein Bieterkonsortium von Morgan Stanley und der Corpus Gruppe kaufte die Wohnungen der Thyssen AG, ein Bieterkonsortium von Whitehall Funds der amerikanischen Investmentbank Goldmann Sachs und Cerberus kaufte 2004 die Berliner GSW. Die Wohnungsgesellschaft des Landes NRW wurde 2008 durch eine CDU-Landesregierung ebenfalls an den Whitehall Funds veräußert. Im Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2005 vergrößerte sich der Sektor der vom internationalen Finanzmarkt gesteuerten Wohnungen in Deutschland von 26.000 auf 893.000 Wohneinheiten. Während der Anteil der angelsächsischen Private-Equity-Unternehmen bei den großen Wohnungsverkäufen (über 5.000 Wohnungen) in den Anfangsjahren der Privatisierungswelle von 1999 bis 2003 bei 18% lag, stieg ihr Anteil im Zeitraum von 2004 bis 2007 auf 69%.

Es ist also noch nicht einmal 20 Jahre her, dass es

unter Börsianern in Mode kam, Geld in deutschen Wohnimmobiliengesellschaften anzulegen. Im Jahr 2005 war der Handel auf den deutschen Wohnungsmärkten bereits in vollem Gang (Mieter- Echo Nr. 310/ Juni 2005: „Monopoly – Vom öffentlichen Wohnungsbestand zum Immobilienfonds"). Der deutsche Wohnungsmarkt galt nun als ein aussichtsreiches Anlagenfeld und schaffte es locker in den Fokus ausländischer Finanzinvestoren, die angesichts einer weltweiten Hauspreisinflation auf einen Nachholeffekt am deutschen Wohnimmobilienmarkt spekulierten.

Wohnungskonzern Vonovia entsteht aus dem Finanzmarkt

Im Jahr 2006 hatte die Deutsche Annington 137.000 Wohnungen des Energieriesen E.on für 7,1 Milliarden Euro aufgekauft und wurde damit zur größten privatwirtschaftlichen Wohnungsgesellschaft in Deutschland. Wie Bund und Länder ging auch E.on den Private-Equity-Weg in das internationale Finanzkapital. Das Finanzmanagement von E.on suchte und fand die angelsächsischen Fonds der Terra Firma dafür, die das erforderliche Kreditvolumen für diesen Wohnungskauf zusammen brachten, verbrieften und zahlten. Das Geschäftsmodell, nach dem die E.on-Annington-Connection Kredit im Finanzmarkt aufnahm, um Wohnungen in Deutschland zu kaufen, blieb seitdem im Großen und Ganzen unverändert.

Hausbanken gründeten dafür Gesellschaften, nicht selten in Steueroasen und meistens im internationalen Außerbanken-Sektor, die Kapitalanleger suchten und fanden, die gegen ordentliche Zinsen Kapital für den Kauf auszuleihen bereit waren und in sogenannten Private-Equity-Fonds zusammen agierten. Erst mit den Übergängen in deutsche Aktiengesellschaften änderten sich die Geschäftsmodelle etwas.

Die Deutsche Annington hatte ihre elfjährige Vorgeschichte als private-equity-kontrolliertes Unternehmen hinter sich, als 2013 ihr Börsengang gelang. Sie hatte elf Jahre Erfahrung im Umgang mit internationalen Finanzmärkten sowie mit dem außerbanklichen Handel von Krediten und den Kreditverbriefungen, die die finanzielle Basis ihrer Existenz als Private-Equity-Unternehmen geliefert hatten. In engem Zusammenhang mit dem Börsengang gelang der Deutsche Annington eine Kapitalerhöhung von 400 Millionen Euro und kurz danach die Ablösung aller ihrer früheren Verbriefungen durch ungesicherte Anleiheemissionen in den USA und Europa im Umfang von 1,24 Milliarden Euro. Das war viel Geld.

Mit diesem Geld finanzierte sie 2014/2015 eigene große Einkäufe, sogenannte Übernahmen wie die der Gagfah- oder Conwert-Wohnungen und Beteiligungen in der Höhe von 3,01 Milliarden Euro. Diese Milliarden steckte die Deutsche Annington/Vonovia in die Finanzierung ihres Kapitalstocks und die Dividenden ihrer Aktionäre und nicht in Bestandsinvestitionen, die sicher für die Mieter/innen dringend gewesen wären. Ein halbes Jahr nach der im März 2015 erfolgten Übernahme der Gagfah benannte sich die Deutsche Annington zu Vonovia Immobilien SE um, um das mit der Firma Deutsche Annington verbundene Negativimage abzulegen.

Zur Geschichte der Vonovia gehört auch, dass sie das Unternehmen und ihre Wohnungsverwaltung nach Erfolgskriterien und Kennziffern der Finanzmarktbranche umorganisierte und den Wert des Unternehmens seit 2014 nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften (International Financial Reporting Standards – IFRS) und mit Fair-Value-Konzept bilanziert. Stille Reserven werden nach IFRS weitgehend vermieden. Diese Bilanzierung führt bislang zu unglaublich hohen jährlichen Buchgewinnen, die als Dividenden an die Aktionäre auf die Aktien ausgeschüttet werden konnten, was eben auch Zweck der Fair-Value-Bewertung war. 2015 betrugen die Buchgewinne 1,3 Milliarden Euro, im Jahr 2016 waren es bereits 3,3 Milliarden Euro. So etwas will erst einmal erwirtschaftet sein.

Mieterhöhungen, Vernachlässigung, Kündigungen: Preuswald ist überall

Als 2007 die Deutsche Annington von der Newton International Estate die Wohnungen im Aachener Stadtteil Preuswald kaufte, stand es schon nicht so prächtig um die früher vorbildliche Mischung von Eigenheimen und 625 Mietwohnungen in Hochhäusern. Die Deutsche Annington tat aber auch nichts daran und das Ergebnis waren die geerbten und üblichen Vernachlässigungen in einer 1960er-Jahre-Siedlung. Wo früher Spielplätze waren, gab es Gestrüpp und Müll in Massen, Fassaden waren grün bemoost, Gärten vernachlässigt und die Energiekosten unerträglich hoch.

Die Mieten stiegen trotzdem bei jedem Mieterwechsel. Den früheren Hausmeistern wurde auch in Preuswald gekündigt. Sie hatten mieter- und ortsnah für die Bewohner/innen gearbeitet und waren direkt per Telefon erreichbar gewesen, um kleine alltägliche Reparaturen durchzuführen wie den Austausch von nicht mehr funktionsfähigen Glühbirnen in Treppenhäusern oder das Reparieren von Tür- oder Fensterschlössern. Nun wurde stattdessen das zentrale Call-Center der Vonovia eingerichtet, bei dem die gesamte Kommunikation mit der Mieterschaft anlandete, das Aufträge von Mieter/innen entgegennahm oder auch nicht. So genau wusste man das nie. Vielleicht kam dann jemand, den Vonovia einen Objektbetreuer nannte, der Mängelanzeigen nach To-Do-Listen der Vonovia aufnahm und diese weitergab an mobile Service-Teams, die für mehrere Immobilien zuständig waren und ihre Arbeit nach dem Arbeitsanfall für das gesamte Serviceteam einteilten. Das führte regelmäßig zu Verzögerungen und Verspätungen und – nicht zu vergessen – zu Kostenexplosionen bei den Betriebskostenabrechnungen, die weder für die Mieterschaft noch für die Mietervereine nachvollziehbar waren.

Dazu kamen noch regelmäßige Erhöhungen der Mieten auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete. Wer die Erhöhung nicht zahlen wollte oder konnte, musste mit einem Prozess rechnen. Vonovia-Geschäftsführer Klaus Freiberg verkündigte 2013 für Preuswald Besserung. Aber zunächst tat sich nichts. Das Ladenzentrum blieb verödet und in den Kellerabgängen verrottete Laub. Auf politischen Druck des Oberbürgermeisters tat sich dann

ein wenig, später mithilfe des Landes NRW etwas mehr. Heute strahlen die Fassaden der Hochhäuser wieder glänzend weiß. Der Müll ist von den öffentlichen Flächen weg. Die 2008 gegründete Initiative Preuswald kümmert sich um vieles. Das alte Schwimmbad in einem der Hochhäuser, für die vielen Senior/innen und Kinder im Viertel eine große Wohltat, konnte nach einer Sanierung 2014 wieder eröffnet werden. Aber Ende 2016 musste es wieder schließen. Und selbstverständlich sind die Mieten gestiegen. Dagegen lässt sich wenig machen. Die Mietpreisbremse zieht nicht, nicht in Aachen, nirgendwo.

So wie Preuswald ergeht es mehr oder weniger allen Wohnungsbeständen der Vonovia. Ist das nicht wie ein Krieg für den Profit der Aktionäre und gegen die ärmeren Schichten der Bevölkerung, die die Wohnungen der Vonovia mieten? Wer ist es denn, der in den einfacheren Beständen und kleineren Grundrissen ehemaliger Werkswohnungen oder früher öffentlich geförderter Wohnungen wohnte und wohnt? Es sind vor allem die Mieter/innen mit eher unterdurchschnittlichen Einkommen. In Dortmund lebten in den Wohnungsbeständen von internationalen Investoren im Jahr 2006 zwischen 21% und 64% Transferleistungsbeziehende. Die Sorgen und Proteste dieser Mieter/innen haben die Wohnungsfrage zurück auf die politische Tagesordnung gebracht.





2017

STEINE UND FEUER FÜR VONOVIA

BREMEN. JUNI 2017

Die Häuser denen, die sie brauchen!

Letzte Nacht haben wir zwei Fahrzeuge der Vonovia AG aus dem Verkehr gezogen und die Scheiben ihrer Geschäftsstelle mit Steinen beworfen.

Vonovia ist Eigentümerin von über 10.000 Wohnungen in Bremen und damit die größte private Immobiliengesellschaft der Stadt. Mit Sanierungen, Dachausbauten und der Aufstockung von Gebäuden werden vielerorts die Mieten in die Höhe getrieben und die Bewohner_innen damit verdrängt.

Gegen die fadenscheinig begründeten Mieterhöhungen hat sich eine Initiative von Mieter_innen im vergangenen Jahr gewehrt. Genauso widersprechen die Bewohner_innen der Siedlung Am Sacksdamm in Sebaldsbrück, der Reihersiedlung in Oslebshausen und in der Holsteiner Straße in Walle ausdrücklich dem geplanten Abriss ihrer Häuser, in denen sie z.T. schon Jahrzehnte lang wohnen.

Dass die Vonovia sich nicht um den Willen der Bewohner_innen schert, überrascht uns nicht. Claims wie "Wir geben Menschen ein Zuhause" oder "Vonovia übernimmt Verantwortung" sind dabei mehr als zynisch. Denn wo Wohnraum als Ware gehandelt wird, geht es nicht um die Bedürfnisse der Menschen, sondern um kapitalistisches Verwertungsinteresse.
Vonovia ist nicht nur in Bremen der größte private Vermieter, sondern auch bundesweit das größte private Immobilienunternehmen.

Spätestens seit dem Gang an die Börse 2013 dürfte klar sein, dass sich der Handel mit dem Menschenrecht auf Wohnen vorzüglich auszahlt und große Ausschüttungen bereit hält.

Wir unterstützen die Forderung nach einem bedingungslosen Menschenrecht auf Wohnen und solidarisieren uns ausdrücklich mit den widerständigen Mieter_innen.

Diese Sachbeschädigung richtet sich jedoch auch gegen diese Verhältnisse insgesamt, die wir nicht hinnehmen wollen. Wir wissen um unsere eigene Ohnmacht. Wir sind zur Zeit nicht in der Lage Mieterhöhungen oder Abriss abzuwenden. Vielleicht ist dieser Angriff nichts weiter als ein kleiner, kostentreibender Faktor. Trotzdem bleiben wir dabei: Verrückt sind die, die nichts tun! Mit uns ist zu rechnen!

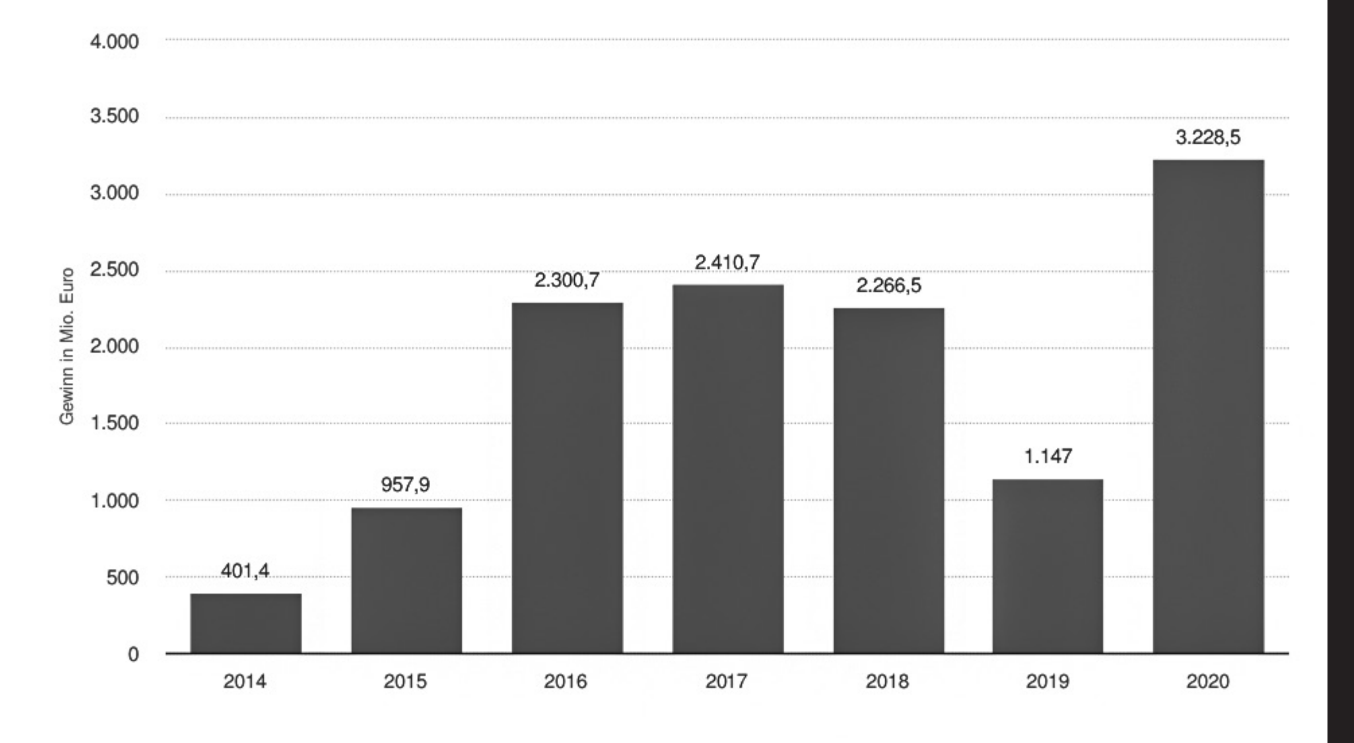
In Erinnerung an den Widerstand in der Rückertstraße![1]

Vonovia aufs Dach steigen!

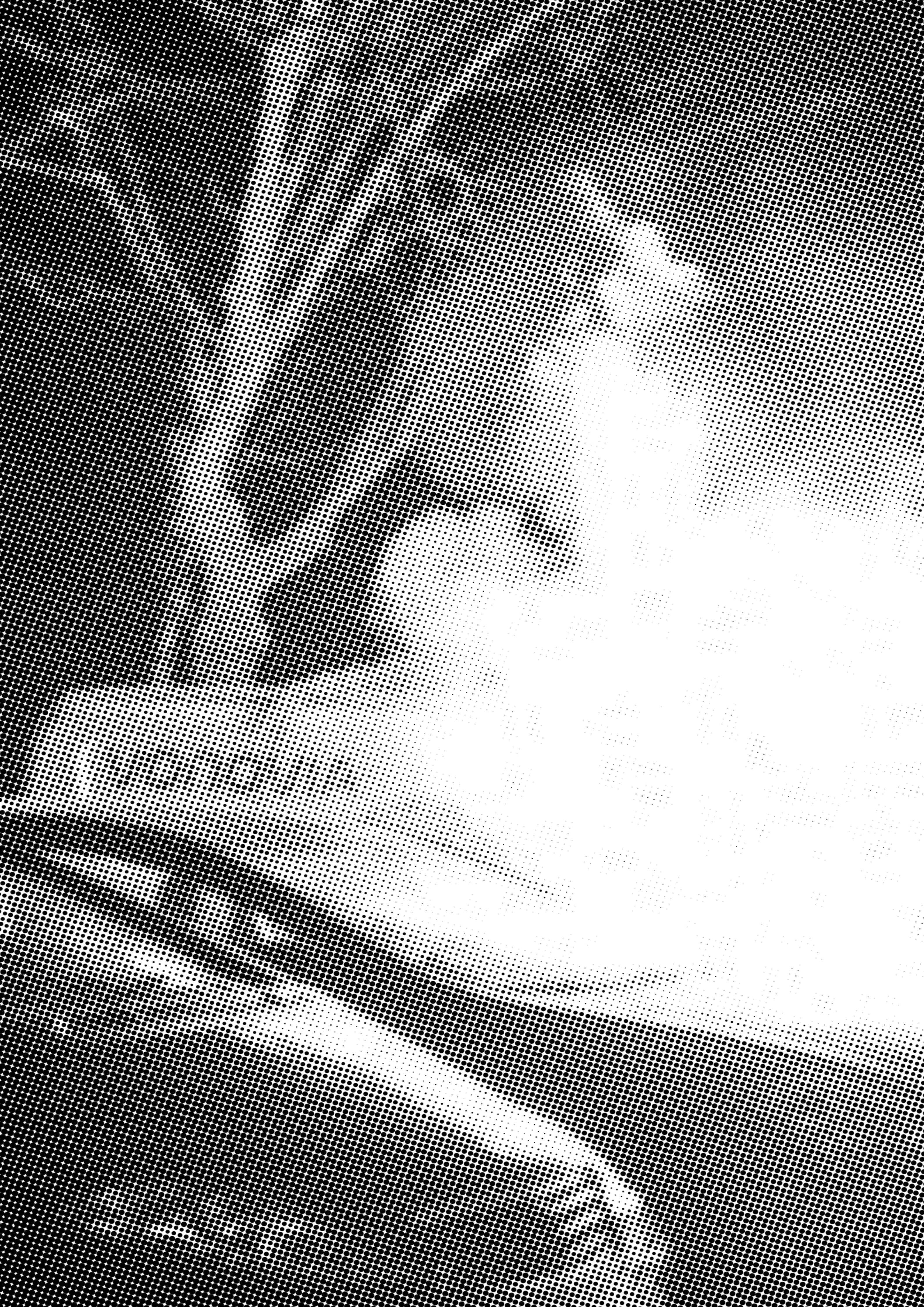
chronik.blackblogs.org/?p=6451

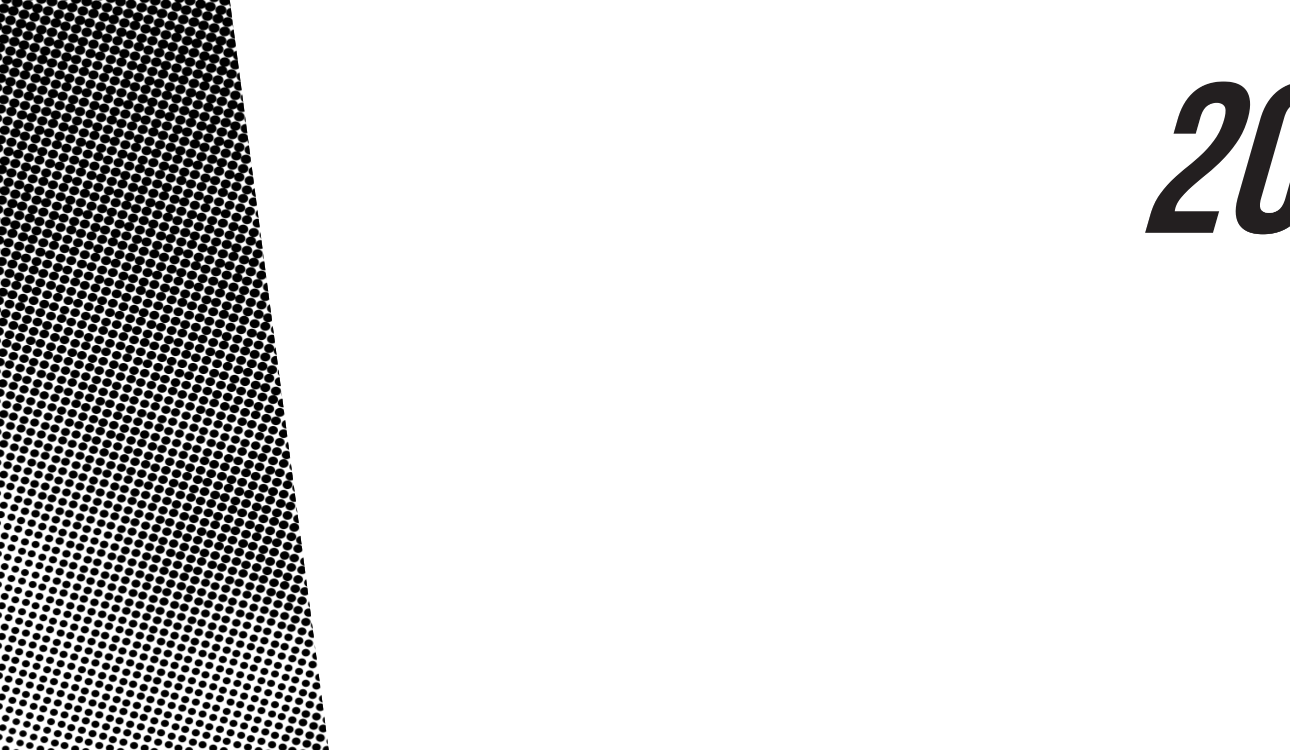
1 Wohnraum, der ironischerweise zu einer profitablen Obdachlosenunterkunft gemacht wurde: https://taz.de/Fragwuerdige-Immobilien-Verwertung/!5246200/

GEWINN DER WOHNUNGSGESELLSCHAFT VONOVIA
IN DEN JAHREN VON 2014 BIS 2020 (IN MILLIONEN EURO)



Quelle
Vonovia







2018

ZWEI VONOVIA-TRANSPORTER ANGEZÜNDET

BERLIN. APRIL 2018

Wie auch der Presse zu entnehmen war, brannten in der Nacht zu Donnerstag zwei Fahrzeuge des Immobilienkonzerns Vonovia in Schöneweide.

Mit dieser Zerstörungsaktion beteiligen wir uns an den stadtpolitischen Aktionstagen[1], welche seit dem 4. April stattfinden. Der Kampf gegen die Stadt der Reichen hat viele Gesichter. Diskussionen – Infoveranstaltungen – Vernetzung – direkte Aktionen – Massenevents. Doch wohin führt unser Weg?

Unser Weg führt zum Aufstand. Nicht zur Machtübernahme, sondern zur Zerstörung der Macht.

Die Zerstörung von zwei Autos von Vonovia kann nur eine Vorschau sein, ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Die Angriffe auf die Profiteure der Umstrukturierung müssen mehr werden. Auch die große Demo[2] am Samstag unterstützt dieses Ziel.

Grüße an alle, die mit ihren Mitteln dafür kämpfen.

Grüße an die Leute, die in Bremen und Dresden Vonovia angegriffen haben.

Sabotagegruppe zur Verbreitung von Chaos und Aufbau eines freien Lebens – projekt phönix

chronik.blackblogs.org/?p=8115

1 Wir vermuten, dass es sich um die Aktionstage „Zusammensetzen“ handelt: https://web.archive.org/web/20180328234400/https://www.jungewelt.de/artikel/329941.aktionstage-und-demonstration-gegen-verdr%C3%A4ngung.html

2 Wahrscheinlich ist die Demo gegen den „Mietenwahnsinn“ vom 14.04.2018 mit 15.000 Teilnehmer*innen gemeint: https://taz.de/Grossdemonstration-in-Berlin/!5498560/

ZWEI VONOVIA-TRANSPORTER ABGEFACKELT

FRANKFURT/MAIN. OKTOBER 2018

In der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober zerstörten wir in Frankfurt-Heddernheim zwei Kleintransporter der Firma Vonovia mit Feuer. Dabei haben wir darauf geachtet, dass keine Menschen oder weitere Gegenstände Schaden nahmen, nur die Transporter sind komplett ausgebrannt.

Vonovia, [...] ist schuld an Verdrängung aus den, unter anderem in Frankfurt, immer weiter aufgewerteten Stadtteilen. Von dem alleinigen Antrieb des Konzerns, der Profitmaximierung durch Privatisierung und Luxussanierungen, leiden wie gewohnt die Mieter_innen. Da uns noch die Möglichkeiten fehlen, den Konzern zu enteignen, wollten wir auf die Auswirkungen von privatwirtschaftlichen Wohnungskonzernen aufmerksam machen und Vonovia selbst einen hohen Schaden zufügen sowie sein alltägliches Geschäft sabotieren.

Die Wut gegen die Wohnungspolitik ist überall zu spüren und es gibt viele Angriffsflächen. Daher sind wir solidarisch mit dem Kampf gegen Gentrifizierung auf vielen Ebenen und freuen uns auf die Mietenwahnsinnsdemo am 20. Oktober in Frankfurt.[3]

Für eine solidarische Stadt für Alle!

chronik.blackblogs.org/?p=9077

3 Auf der Demo waren lt. Veranstalter*innen bis zu 8000 Menschen: https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurt-tausende-demonstrieren-fuer-bezahlbaren-wohnraum-15848109.html

VONOVIA-AUTOS BESCHÄDIGT

HANNOVER. NOVEMBER 2018

In den vergangenen Wochen haben wir in Hannover bei mehreren PKW des Immobilienkonzern Vonovia die Reifen zerstochen und mit Lackfarbe Parolen hinterlassen.

Vonovia ist mit fast 400.000 Wohneinheiten und einer Umsatzsteigerung von 4,2 % das größte deutsche Immobilienunternehmen. Als Börsennotiertes DAX-Unternehmen arbeitet Vonovia ausschließlich gewinnorientiert und ist mit dem flächendeckenden Aufkauf von ehemaligen Sozialwohnungen und regelmäßigen Mieterhöhungen von bis zu 80% maßgeblich beteiligt an Gentrifizierung, Verdrängung und Zwangsräumungen.
Wir haben uns bei diesen Aktionen bewusst für ein niedrigschwelliges Mittel politischer Militanz entschieden. Unsere Aktionen sind für Jede und Jeden ohne großen Aufwand und spontan nachzuahmen.

In diesem Sinne: Geht raus, legt los, greift an!

chronik.blackblogs.org/?p=9192





2019

AUTOS VON VONOVIA UND ADO PROPERTIES BESCHÄDIGT

BERLIN. APRIL 2019

Die Debatte um die Enteignung von Deutsche Wohnen & Co. sowie die praktischen Interventionen in den letzten Wochen und Monaten [...] sollten genug Motivation sein, sich einzureihen und Solidarität zu üben mit denen, die gegen die Stadt der Reichen kämpfen.

Der Brandanschlag auf die Autos von Deutsche Wohnen am 27.02.2019 hat viel Beachtung in der Medienlandschaft gefunden. In Verbindung mit den ganzen Kundgebungen, zumindest behinderten Zwangsräumungen, geklebten Plakaten und der Mietenwahnsinn-Demonstration[1] ergibt sich ein Bild von vielen wütenden Menschen, welche sich von der Individualisierung losgerissen haben, solidarisch zueinander stehen und sich nicht spalten lassen. Wir meinen hier bewusst nicht die schmierigen Politiker*innen von Grünen, Linkspartei und SPD. Von diesen Heuchler*innen haben wir nichts zu erwarten, außer eine Befriedung des Protests.

Um den Druck auf der Straße zu erhöhen gegen die Profiteur*innen der Verdrängung aber auch um den Diskurs zum Thema Stadt der Reichen / Mieten innerhalb der radikalen Linken weiter zu beleben, haben wir uns für verschiedene direkte Aktionen entschieden.

In den vergangenen Tagen haben wir sechs Vonovia Autos, verteilt zwischen Britz und Westend, beschädigt, bei vieren haben wir die Reifen zerstochen und weitere zwei haben wir mit Parolen besprüht und eines entglast. Zu den Besprühten haben die Bullen auch eine Meldung veröffentlicht, welche die Presse wie üblich abgeschrieben hat.
Außerdem haben wir vor der Zentrale des in Berlin drittgrößten privaten Wohnungsunternehmens ADO Properties an der Straße Am Kalsbad an zwei ihrer Autos Reifen zerstochen.

Wir haben uns bewusst für diese Aktionsform entschieden, da wir mit diesen niedrigschwelligen Aktionen, bei denen nicht viel vorbereitet werden muss, andere motivieren wollen selbst auch aktiv zu werden.

Es sind unterschiedliche Werkzeuge ausprobiert worden. Schlecht funktioniert hat bei uns der Schlitzschraubenzieher, da er nicht bis ins Innere der Reifen vorgedrungen ist. Weiterhin haben wir sogenannte Dorn/Vorstecher ausprobiert. Diese haben relativ gut funktioniert, aber achtet darauf, euch möglichst dünne zu besorgen, sonst bedarf es einiger Kraft und zwei Händen. Ein Messer ist weiterhin eine gute Möglichkeit um Reifen zu zerstechen, seid aber vorsichtig, dass ihr nicht in die Klinge rutscht oder holt euch gleich Jagdmesser mit Schutz zwischen Klinge und Griff.
Für die Scheiben haben wir einen Glasbrecher benutzt, der ohne Probleme relativ geräuscharm funktioniert hat.

Und auch das Anzünden von Fahrzeugen ist natürlich ein weiteres taktisches Mittel. Je nachdem welche Ziele erreicht werden sollen, müssen auch die Mittel sorgfältig gewählt werden. [...]

Wir plädieren dafür den 1.Mai, sowie den folgenden suberversiven Mai dafür zu nutzen, die Akteur*innen der Verdrängung auf vielfältige Weise zu bekämpfen. Wie das schlußendlich aussieht, müsst ihr entscheiden.

Gegen die Stadt der Reichen, für einen aktionistischen Mai und Grüße an die Genoss*innen in Stuttgart!

chronik.blackblogs.org/?p=9939

[1] Gemeint ist vermutlich die Demo gegen den „Mietenwahnsinn" vom 04.04.2019 bei der bis zu 40.000 Teilnehmer*innen waren. Am Rande kam es zu einer Besetzung: https://taz.de/Protest-gegen-Immobilienkonzerne/!5586044/

VONOVIA-TRANSPORTER ANGEZÜNDET UND WEITERER BESCHÄDIGT

WUPPERTAL. APRIL 2019

Steigende Mieten und Zukäufe im Ausland haben dem größten börsennotierten Vermietungskonzern Europas, Vonovia SE, im ersten Quartal deutlich mehr Gewinn beschert. So stiegen die Mieteinnahmen im ersten Quartal dieses Jahres um ein Fünftel auf 505 Millionen Euro – mit einem Gewinn von gut 200 Millionen Euro. Seit Jahresbeginn hat die Aktie bis Anfang Mai 17% zugelegt. Anfang der Woche erhöhte der DAX-Konzern sein Kapital um 744,14 Millionen Euro, mit dem u.a. ein Wohnungsportfolio in Schweden finanziert werden soll.

Nicht nur die Gewinne steigen, die Proteste gegen Vonovia SE auch!

Nachdem in Kiel Mieter*innen von Vonovia SE über geplante Baumaßnahmen informiert wurden, bildeten diese daraufhin ein Mieter*innenkomitee und kündigten Widerstand gegen die drastischen Mieterhöhungen von bis zu 60% an. Nach mehreren erfolgreichen öffentlichen Protestveranstaltungen gab das Unternehmen bekannt, von den geplanten Modernisierungsvorhaben vorerst

abzusehen. Auch in Bremen-Gröpelingen, Stuttgart, Witten, Konstanz oder in Nürnberg organisieren sich Mieter*innen und wehren sich gegen den Wohnungskonzern. Ferner kommt es bundesweit immer wieder zu Inbrandsetzungen und zu gezielten Sabotageakten an Fahrzeugen aus dem Vonovia SE Fuhrpark.
Im Wuppertaler Briller Viertel brannte vor dem ersten Mai laut Westdeutscher Zeitung ein Kleintransporter. Berichten zufolge handelte es sich bei dem Kleintransporter, der am 30.04. um kurz nach halb 3 Feuer fing, um ein Fahrzeug von Vonovia SE. Da in der gleichen Nacht, laut verschiedener Quellen, in Wuppertal-Oberbarmen bei einem weiteren Transporter die Reifen zerstochen und die Fensterscheiben stark beschädigt wurden, kann von einem Zusammenhang mit Bezug auf die aktuellen Proteste gegen Vonovia SE ausgegangen werden.

Im Jahr 2018 hat das größte Mietunternehmen Deutschlands einen Rekordgewinn von 1,07 Milliarden Euro (Vorjahr: 920,8 Millionen Euro) erzielt. Der Großteil des Gewinns stammt aus Mieteinnahmen. Nach Vorstellungen des Konzernvorstands soll der Überschuss in großem Maßstab umverteilt werden: Geplant ist, auf der morgigen Aktionärshauptversammlung in Bochum eine Dividende von 1,44 Euro für jede Aktie zu beschließen. Insgesamt sollen damit 746 Millionen Euro an die Anteilseigner*innen ausgeschüttet werden. Eine riesige Summe, die den Mieter*innen ohne Gegenleistung entzogen wird. Von jedem Euro Miete fließen etwa 38 Cent an die Aktionär*innen.

Erzielt wurde dieser Gewinn auf Kosten der Mieter*innen. Im vergangenen Jahr lag die Mietpreissteigerung konzernweit bei 4,4% (2017: 4,2%) auf jetzt durchschnittlich 6,52 Euro pro Quadratmeter. Seit dem Börsengang sind die Mieten der Vonovia SE, früher unter Deutsche Annington bekannt, bereits um 20% gestiegen, – ein Durchschnittswert, hinter dem sich zum Teil extreme Mietensprünge verbergen.
Aufgrund der dominanten Marktposition hat sich der DAX-Konzern, der in Deutschland, Österreich (2018 wurde die BUWOG für 3,6 Milliarden Euro gekauft) und Schweden (2018 wurde die Victoria Park für 770 Millionen Euro gekauft) knapp 395.000 Wohnungen – darunter viele einstige kommunale oder Werkswohnungen, die privatisiert wurden – besitzt, zu einem entscheidenden Mietpreistreiber in vielen Großstädten entwickelt.

Deutschlands größtes Mietunternehmen greift dabei auf Modernisierungsmaßnahmen zurück, denn die dafür anfallenden Kosten dürfen vollständig auf die Miete umgelegt werden und gehen damit allein zu Lasten der Mieter*innen. Diese können die Mieterhöhungen hinnehmen oder werden aus ihren Wohnungen verdrängt. Der Konzern hingegen profitiert von dauerhaft höheren Mieteinnahmen und zusätzlich von Wertsteigerungen seiner Immobilien. Die potentiellen Einsparmöglichkeiten auf Mieter*innenseite etwa bei den Energiekosten sind hingegen kaum spürbar. Entsprechend viel wird modernisiert. Während für Instandhaltung 2018 lediglich 290 Millionen Euro ausgegeben wurden, entfielen auf Modernisierungsmaßnahmen 1,14 Milliarden Euro. Im Rahmen der „Mietenwahnsinn stoppen"-Kampagne haben viele Menschen gegen diese Praxis protestiert und seit Anfang 2019 dürfen nur noch 8% statt 11% der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden. Die grundsätzliche Benachteiligung bleibt aber weiterhin bestehen, die Mieter*innen haben die Kosten zu tragen, ob sie wollen oder nicht. [...]

Vonovia SE steht mit seiner Strategie beispielhaft für Gewinnmaximierung und die Finanzialisierung der Wohnungsbranche auf Kosten der auf bezahlbaren Wohnraum angewiesenen Mieter*innen. Das Grundbedürfnis Wohnen wird vom Konzern und dessen Aktionär*innen ausgenutzt, um individuelle Profitinteressen zu befriedigen. Einige wenige Personen erzielen dabei auf Kosten hunderttausender Menschen riesige Gewinne. Allein der Vorstandsvorsitzende der Vonovia SE, Rolf Buch verdiente im vergangenen Jahr 4,7 Millionen Euro.

Auch wenn es zukünftig in der Substanz keine Änderung der Mieterhöhungspolitik gibt, bleibt doch bemerkenswert, dass der größte deutsche Vermieter bekundet, mit einer wichtigen Strategieänderung auf Proteste der Mieter*innenschaft zu reagieren. Die (potentielle) Artikulation ist zu einem Faktor im Kalkül eines DAX-Konzerns geworden. Das ist ein relatives Novum und der vorläufige Höhepunkt eines Konflikts, der sich in den letzten Jahren immer mehr zugespitzt hat. Bei der Durchführung großer Modernisierungsprojekte zeigt sich immer häufiger, dass die Vonovia SE die soziale Lage und die Stimmung der Mieter*innen völlig falsch eingeschätzt hatte. Es ist auch deutlich, dass ihre kostenoptimierte Strukturen und automatisierten Verfahren nicht in der Lage sind, die komplexen Anforderungen bei größeren Projekten zu bewältigen.
Während die Vonovia in früheren Jahren Mieter*innenproteste und rechtliche Widersprüche mittels kleinerer, individueller Zugeständnisse und der üblichen Beschwichtigungsrhetorik der Pressesprecher*innen lokal beschränken konnte, gelang dies im Jahr 2018 nicht mehr. Mieter*innengruppen organisierten sich, ein handfester antagonistischer Interessenkonflikt lag vor.

Um möglichst gar nicht erst eine eigenständige Artikulation der Mieter*inneninteressen aufkommen zu lassen, stellt Vonovia SE inzwischen zusätzliches Personal ein, das sich um das Härtefallmanagement oder die Durchführung von Mieter*innenversammlungen kümmert. Damit versucht der DAX-Konzern, die Kontrolle über die Sorgen und Kommunikationswege der Mieter*innen zurückzugewinnen.

Klar bleibt: Wohnen darf keine Ware sein. Die Mieter*innenproteste gegen Vonovia und CO wachsen und die Debatte um Enteignung solcher Mietsteigungsmaschinen ist gerade aktueller denn je. Also: Weiter organisieren, Fahrzeuge demolieren – egal wie – egal womit, sich vernetzen, Mieter*innenkomitees bilden... Die Möglichkeiten für den Gegenwind sind vielfältig! Feuer und Flamme für Vonovia SE!

chronik.blackblogs.org/?p=10163

VONOVIA-AUTOS BESCHÄDIGT UND ANGEZÜNDET

BERLIN. AUGUST 2019

Anfang August haben wir zwei Vonovia-Autos auf dem Martin-Wagner-Ring tiefergelegt, entglast, mit Parolen besprüht und jeweils den Inhalt eines Feuerlöschers in den Innenraum entleert.
Ein Weiteres hab wir in der Nacht auf den 26. August in der Kiefholzstraße angezündet. Wir haben darauf geachtet, dass keine unbeteiligten Autos Feuer fangen. [...]

Vonovias (ehemals Deutsche Annington) größter Einzelaktionär ist mit 8 Prozent Blackrock, mit fast CDU-Chef Friedrich Merz als Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist. Diese sind übrigens mit 10 Prozent auch Hauptaktionär bei der Deutschen Wohnen. [...]

Dabei macht Vonovia einen guten Teil des Gewinns überhaupt nicht mit den eigentlichen Mieteinnahmen, sondern mit lächerlich überzogenen Nebenkostenabrechnungen.

Der Trick dabei ist, dass sich Vonovia die Rechnungen für Instandhaltung und Modernisierungen über eines ihrer über 350 Tochterunternehmen selbst in Rechnung stellt und diese Rechnungen dann auf die Mieter*innen umlegt. Ob diese Instandhaltungen wirklich notwendig sind, entscheidet dabei allein der Vermieter – also Vonovia. „Insourcing der Dienstleistungen für optimales Prozessmanagement und maximale Kostenkontrolle“ nennt Vonovia diese Abzockstrategie.

Und hier kommen auch die Vonovia-Autos ins Spiel, weiße Transporter, die mit großer Vonovia-Aufschrift in nahezu allen deutschen Innenstädten zu sehen sind. Die gehören als Dienstwägen der sogenannten „Objektbetreuer“, streng genommen nicht Vonovia, sondern einem der besagten Tochterunternehmen. Die vier größten heißen Deutsche TGS, Deutsche Multimedia Service GmbH, Vonovia Immobilienservice GmbH und Vonovia Wohnumfeld Service GmbH.

Die Aufgabe der sogenannten „Objektbetreuer“, die mit den Vonovia-Autos rumfahren ist nicht, wie jetzt vielleicht einige denken könnten, notwendige Reparaturen an z.B kaputten Fenstern durchzuführen. Sowas könnte ja durchaus im Interesse der Mieter*innen sein. Reparaturen dürfen den Mieter*innen aber nicht in Rechnung gestellt werden, Instandhaltungsmaßnahmen schon.
Dementsprechend erstreckt sich der größte Teil der Aufgaben der „Objektbetreuer“ eben nicht auf Reparaturen, oder Auffinden echter Mängel, sondern auf allgemeine Kontrollen, die allein der Minimierung des Verwaltungsaufwandes, der Risiken des Vermieters und der Beschaffung von Informationen für die Geschäftssteuerung dienen – „optimales Prozessmanagement und maximale Kostenkontrolle“ eben.
In anderen Worten: Statt kaputte Wasserleitungen zu reparieren, haben die „Objektbetreuer“ den Job mit den weissen Vonovia-Transportern von Objekt zu Objekt zu fahren und die Nebenkosten in die Höhe zu treiben, indem sie sich dort zu neuen „Instadhaltungsmaßnahmen“ inspirieren lassen, die den Mieter*innen in Rechnung gestellt werden können. Baum- und Hydrantenkontrollen zum Beispiel. Die Kosten dieser „Objektbetreuung“ werden – Überraschung – über die Betriebskosten abgerechnet und damit direkt den Mieter*innen in Rechnung gestellt und übersteigen die – viel zu niedrigen – Löhne der als „Objektbetreuer“ Angestellten deutlich. Beide, Mieter*innen und Angestellte sind somit Leidtragende und Ausgebeutete der Vonovia und ihrer Tochterunternehmen.

Weil für die meisten Mieter*innen ein Umzug in einen neuen Mietvertrag in Berlin unbezahlbar geworden ist, müssen sich leider allzu viele solche Schikanen gefallen lassen. Nicht zuletzt wegen dieser systematischen Abzocke hat Vonovia seine Gewinnprognose für das Jahr 2019 um ein paar schlappe hundert Millionen nach oben korrigiert. Die Aktionär*innen dürften sich freuen.
Die von Vonovia betriebene Strategie des „Insourcing“ steht für die in der Wohnungsbranche vorherrschende Gewinnmaximierung um jeden Preis auf Kosten der auf bezahlbaren Wohnraum angewiesenen Mieter*innen. Die Grundbedürfnisse hunderttausender Menschen werden zur Befriedigung individueller Profitinteressen ausgenutzt.

Wir solidarisieren uns mit unseren Aktionen mit allen, die gegen die Stadt der Reichen kämpfen, mit den Mitteln die sie für vertretbar halten. Dieser Kampf kann dabei nicht losgelöst von den vorhandenen kapitalistischen Verhältnissen gesehen werden, die den Mietenwahnsinn übehaupt erst produzieren.

Keine Rendite mit der Betriebskostenabrechnung!

chronik.blackblogs.org/?p=10633

ANGRIFFE AUF IMMOBILIENBÜROS UND VONOVIA

BREMEN. AUGUST 2019

AUFWERTUNG? ABWERTEN!

Erklärung zu den Angriffen & Aufruf zu direkten Aktionen gegen die Profiteur*innen der Verdrängung

In Bremen lassen sich aktuell zwei Tendenzen beobachten. Zum einen wird die Stadt der Reichen unaufhörlich vorangetrieben. Die Aufwertung geht einher mit Sanierungen, dem Neubau von luxuriösen Eigentumswohnungen, der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, der Etablierung hochpreisiger Läden, zunehmender Präsenz von Polizei, Objektschutz und Ordnungsamt, genereller Säuberung des Straßenbildes von Graffiti, von marginalisierten Gruppen und nicht-konformen Personen, wie z.B. Obdachlosen, Sex arbeiter*innen, Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund, queeren Menschen, Drogenkonsument*innen, vermeintlichen Drogendealer*innen, etc.

Zum anderen wird diese Entwicklung öffentlich wahrgenommen und führt zu vielfältigen Protesten: Mieter_innen organisieren sich, Verbände demonstrieren, Basisinitiativen entstehen und in der bürgerlichen Presse wird laut über Mietpreisbremsen und manchmal gar leise über Enteignungen diskutiert.

Was fehlt, ist eine umfassende Praxis direkter Aktionen, die die Kämpfe gegen die Gentrifizierung, Ausbeutung und deren Profiteur*innen verschärft und den Widerstand gegen die kapitalistisch organisierte und vom Staat kontrollierte Stadt in ein unversöhnliches Terrain führt. In der Vergangenheit gab es unter anderem direkte Aktionen gegen Immobilienbüros, Vonovia-Fahrzeuge und die Privathäuser von Gerichtsvollziehern. Sie hatten jedoch wenig Einfluss auf die Wohnraumdebatte. Aus diesen Gründen haben wir in den letzten Tagen eine Reihe von Angriffen durchgeführt.

11.08.2019 Fahrzeug von Vonovia in Bremen-Walle in Brand gesetzt

12.08.2019 Büro von Vonovia in Bremen-Gröpelingen zerstört und mit Parolen besprüht

13.08.2019 Scheiben zweier Immobilienbüros in Bremen-Findorff zerstört

13.08.2019 Scheiben von Immobilienbüro in Bremen-Walle zerstört und Parolen hinterlassen

14.08.2019 Fahrzeug von Vonovia in Bremer Neustadt tiefer gelegt und mit Parolen besprüht

14.08.2019 Immobilienbüro in Bremer Neustadt mit Parolen besprüht

16.08.2019 Fahrzeuge von Vonovia in Bremen-Findorff und Walle tiefer gelegt

17.08.2019 Fahrzeug von Vonovia in Bremer Neustadt entglast

17.08.2019 Scheiben von Immobilienbüro im Bremer Steintorviertel zerstört

WARUM IMMOBILIENBÜROS? WARUM VONOVIA?

Immobilienbüros sind die Aushängeschilder von Gentrifizierung. Hier kaufen Wohlhabende Häuser und Wohnungen. Spekulation, Mietsteigerung und Verdrängung sind die Folgen. Immobilienbüros und -makler*innen sind direkte Profiteur*innen der Verdrängung und finden sich verstärkt in den Stadtteilen, die bereits stark von Gentrifizierung betroffen sind.

Vonovia fällt in der Debatte um Wohnraum immer wieder mit betrügerischen Nebenkostenabrechungen und exorbitanten Mietsteigerungen auf. Als größter privater Akteur auf dem Wohnungsmarkt in Bremen (und bundesweit) trägt der Konzern besondere Verantwortung für diese Entwicklung. Der Wohnungsmarkt, in dem Wohnen zur Ware gemacht wird, ist kapitalistisch strukturiert. Im heutigen kapitalistischen Wohnungsmarkt wird Wohnen zur Ware gemacht. Deshalb gibt es keinerlei Interesse daran, dass jede Person, die eine Wohnung braucht, auch eine bekommt. Daher ist auch das Wohnungsunternehmen Vonovia nicht an bezahlbarem und sozial verträglichem Wohnraum interessiert. Höchstens daran, dass Widerstand in jeglicher Form befriedet wird, damit die möglichst hohe Gewinnausschüttung über eine schnelle Rendite gewährleistet werden kann.

DIE WAHL DER MITTEL

„Die Verbreitung von Signalen der Unordnung führt zu einer Reihe von Dingen. Es erhöht unsere taktische Stärke, wenn wir eine Praxis des Vandalismus, der Eigentumszerstörung, der öffentlichen Besetzung und der Rowdys verfeinern. [...]
Sie unterbrechen die Erzählung des sozialen Friedens und schaffen die unbestreitbare Tatsache, dass Menschen sich dem gegenwärtigen System widersetzen und gegen es kämpfen.“
Signals of Disorder

Neben bereits erwähnten Zusammenschlüssen von Mieter*innen, selbstverwalteten Häusern und Mietenwahnsinn-Demos stärken gezielte Aktionen gegen Immobilienbüros, teure Läden oder Wohnungskonzerne die Praxis der Unordnung und der Wiederaneignung von Stadt. Profiteur*innen müssen markiert und Widersprüche zugespitzt werden.

Der Immobilienmarkt ist ein lukratives Geschäft – auf der ganzen Welt. Häuser, Grundstücke und Wohnungen sind attraktive Anlageprojekte, die ausschließlich als Investitionsmöglichkeit betrachtet werden. Die Menschen, die darin wohnen oder die sozialen Zusammenhänge in den Vierteln, die überhaupt erst eine Gesellschaft ermöglichen, spielen dabei nur peripher, und wenn dann oft nur als Störfaktor, eine Rolle.

Zusammenhänge in den Vierteln, die überhaupt erst eine Gesellschaft ermöglichen, spielen dabei nur peripher, und wenn dann oft nur als Störfaktor, eine Rolle.

Attraktiv sind Investitionsobjekte aber nur dann, wenn eine bestimmte Anlagesicherheit gegeben ist. Es muss gewährleistet sein, dass sich Verdrängungsprozesse nach Plan entwickeln, sich soziale Gefüge z.B. Nachbar*innenschaften widerstandslos auseinanderreißen lassen, Vereinzelung fortschreitet und schicke Neubauten unbeschadet bleiben. Diese Konsequenzen neoliberaler Stadtentwicklung müssen wir jedoch nicht hinnehmen und auch nicht akzeptieren, dass Wohnraum, der allen zustehen muss, zum Spekulationsobjekt gemacht wird. Immobilienspekulant*innen verunsichern und angreifen!!!

In diesem Sinne schlagen wir vor, eine Praxis sicht- und reproduzierbarer Angriffe zu etablieren. Ziele und Verantwortliche sind überall zu finden.

Stadt für alle!

chronik.blackblogs.org/?p=10500

Acht Vonovia-Transporter beschädigt

Berlin. September 2019

Vonovia ist ein börsennotierter Konzern mit Verbindungen in die Politik. Vonovia ist ein Beispiel dafür, wie sowohl die Wirtschaft, als auch die Mächtigen, die uns regieren, von der allgegenwärtigen Wohnraumverteuerung profitieren. Die Immobilienwirtschaft vereint heute in besonderem Maße die Gewinnmaximierung und den Angriff auf das widerständige Potential der Gesellschaft. Gentrifizierung spült mehr und mehr Geld in die Taschen derer, die über Geld, Aktien, Boden und Häuser verfügen – also die sowieso schon Reichen. Gentrifizierung bedeutet aber gleichzeitig einen enormen Druck auf diejenigen, die über relativ wenig oder gar kein Kapital verfügen. Druck, sich an katastrophale Arbeitsbedingungen anzupassen, wie z.B. die Scheinselbstständigkeit von Lieferant*innen und Messebauer*innen oder die roboterartigen Arbeitsprozesse in den Hallen von Amazon. Druck, um den knappen, überteuerten Wohnraum in den Städten zu konkurrieren. Druck, weit weg vom alten Bekanntenkreis eine neue Existenz in neuem Wohnumfeld aufzubauen, dessen Zukunft fragwürdig ist. Dieser enorme Druck ist kein Zufall oder ein Gefühl der Betroffenen, unter Druck gesetzten, Unterdrückten, sondern die Umsetzung des neoliberalen Plans der totalen Herrschaft des Kapitalismus – die Ausbeutung der Einen durch die Macht der Anderen und die Vereinzelung des Menschen.
Kein Zufall also, dass der Aufsichtsratsvorsitzende vom größten Einzelaktionär von Vonovia (und außerdem von der Deutsche Wohnen) der CDU-Spitzenmann Friedrich Merz ist, wie in einer Anschlagserklärung auf Autos von Vonovia veröffentlicht wurde.

Als diejenigen, die nicht vom Wohnungsmarkt profitieren, müssen wir ganz unten anfangen, wenn wir aus unserer Rolle ausbrechen wollen. Wir müssen ein Bewusstsein darüber schaffen, dass unsere Kooperation, unsere Miete und unsere Nebenkosten die Grundlage für die Macht der Herrschenden sind. Für Immobilienkonzerne wie Vonovia sind wir leichte Beute. Wir müssen die Jäger zu den Gejagten machen.
Eine Möglichkeit, den Spieß umzudrehen, sind Angriffe auf die hunderten weißen Transporter mit der Aufschrift von Vonovia und ihrer Tochterfirmen, die in allen größeren Städten zu finden sind. [...] Uns geht es nicht darum, die Objektbetreuer*innen anzugreifen, sondern wir schlagen vor, das Eigentum von Vonovia massenhaft zu zerstören, um unseren Widerstand weiterzuentwickeln.

Wir stellen aber auch in Frage, ob es überhaupt notwendig ist, Hausmeister*innen in unseren Wohnhäusern zu haben. Brauchen wir wirklich Dienstleister*innen für jeden Bereich unseres Lebens außer für Arbeiten und Schlafen? Das moderne Gebäudemanagement von Konzernen wie Vonovia verstehen wir als totale Entfremdung von unserem direkten Lebensraum. Ist die Gesellschaft so sehr mit Arbeiten und Schlafen überlastet, dass die Menschen verlernt haben, selbst ihre Wohnung oder ihr Haus in Stand und in Ordnung zu halten? Es ist zumindest noch nicht so lange her, dass die Hausmeister*in selbst vor Ort wohnte und man sich untereinander kannte. Es gibt darüber hinaus auch aktuelle Beispiele von größtenteils selbstverwalteten Häusern in Berlin, welche die Möglichkeit eines anderen Lebens unter Beweis stellen. Dies leider fast nur in Gemeinschaften von Menschen mit Kapital in Form von Geld, Teilhabe an Machtstrukturen, oder exklusivem Wissen über Methoden der Herrschaft. Währenddessen reihen sich unzählige Menschen mit beschränktem Zugang zu anderen Formen der Organisierung und finanziellem Rückhalt in die gesichtslose produktive Basis des kapitalistischen Systems ein.

Wir als Zusammenhang verschiedenster Hintergründe – unter anderem auch expliziten flint*-Gruppen – haben uns dazu entschlossen, Widerstand zu leisten. Wie in einer Erklärung zum Angriff auf den Transporter eines anderen Immobilienkonzerns erwähnt, kann unser Widerstand nicht harmlos sein sondern muss spürbar zurückschlagen und sein Potential ständig vergrößern.
Mit folgender koordinierter Aktion in der Nacht vom 1. auf den 2. September drücken wir die allgemeine Wut auf die Gentrifizierung aus:

- Friedrichshain: Transporter von Vonovia entglast, besprüht und beschmutzt
- Treptow: Transporter eingehämmert und eingefärbt

- Köllnische Heide: 2 Transporter entglast sowie Reifen zerstochen
- Fennpfuhl: 2 Transporter entglast und Karosserie verbeult
- Hohenschönhausen: Transporter entglast und Karosserie verbeult
- Wedding: Transporter entglast und Reifen zerstochen

Wir handeln in informeller Koordination mit Gruppen im gesamten europäischen Raum, insbesondere jenen in verschiedenen deutschen Städten, die auch militante Angriffe auf Vonovia ausführen. Dies betrifft Berlin, Bremen, Dresden, Frankfurt a.M., Hannover, Köln, Leipzig, Nürnberg, Stuttgart, Wuppertal.

Informelle Koordination bedeutet: Wir müssen uns nicht persönlich kennen oder treffen, da wir über unabhängige Medien offen und für alle Welt nachvollziehbar kommunizieren. Die Nutzung und Absicherung dieser Medien ist insbesondere deshalb notwendig, da die privaten und staatlichen Organe von Twitter bis ARD die Verbreitung von Nachrichten kontrollieren und systemgefährdende Inhalte und Aktionen bis zur Unkenntlichkeit filtern.

Außerdem reagieren wir mit unserer Aktion auf die Aufrufe von offen kämpfenden Strukturen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit der selbstverwalteten, anarcha-queer-feministischen Liebig34[1] sowie dem besetzen Wagenplatz DieselA[2] an der Rummelsburger Bucht.

Wir wollen außerdem die Gelegenheit nutzen, zu den Tu Mal Wat! Tagen[3] in Berlin aufzurufen.

Bereit, auch die Hand zu beißen, die uns füttert:
Autonome Gruppen

chronik.blackblogs.org/?p=10739

1 Hausprojekt in Berlin-Friedrichshain welches im Oktober 2020 geräumt wurde: https://defendliebig34.noblogs.org und http://liebig34.blogsport.de/
2 Queer-feministisches Kollektiv in Berlin welches durch Besetzungen einen Wagenplatz erkämpfen will: https://www.besetzen.org/wagenplatz-diesela-und-rummelsburger-bucht-konkret-raeumungsbedroht/ und https://diesela.noblogs.org/
3 Aktionstage zum Thema Freiräume und Mietenpolitik welche vom 26-29.09.20219 in Berlin stattfanden: https://tumalwat.noblogs.org/

Neun Autos auf Vonovia-Parkplatz angezündet

Bremen. November 2019

[PRESSETEXT: Weser Kurier, 2019]

Am Sonntagmorgen haben auf dem Gelände des Tabakquartiers in Woltmershausen mehrere Fahrzeuge des Immobilienkonzerns Vonovia gebrannt. Bei dem Feuer wurden neun Autos beschädigt oder komplett zerstört. Die Täter hatten sich gegen drei Uhr morgens durch einen Maschendrahtzaun Zutritt zum Gelände verschafft. Sie schnitten den Draht auf, danach steckten sie die Autoreifen in Brand. Nach Angaben der Polizei beläuft sich der Schaden auf etwa 250.000 Euro. [...]

Auf den Brandanschlag am Sonntag folgte ein weiterer Angriff auf Vonovia. In der Nacht zu Mittwoch schlugen unbekannte Täter drei Fenster der Bremer Firmenzentrale des Bochumer Wohnungskonzerns ein. Am Tatort fanden die Beamten mehrere Pflastersteine. Noch am selben Tag tauchte im Internet ein Text auf, in dem sich „autonome Gruppen“ zu dieser Attacke bekennen. Sie beziehen sich direkt auf den Anschlag in Woltmershausen und schreiben: „Vom Freudenfeuer auf dem Parkplatz von Vonovia inspiriert (...), zerlegten wir die Fensterfassade unter Verwendung von Kleinpflastersteinen.“

Im Schreiben, abgesendet von der Mail-Adresse „autonome@gruppen.org“, werden „militante Angriffe“ auf Wohnungskonzerne als „eines von vielen Mitteln“ gerechtfertigt. Sie seien „legitim und notwendig“. Es heißt: „Ein direkter wirtschaftlicher Schaden zerrt die Akteure in die Öffentlichkeit und schmälert die Bilanzen.“ Die Forderung am Schluss des Schreibens lautet: „Vonovia vergesellschaften!“
Vonovia ist der größte Immobilienkonzern in Deutschland. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres summierte sich der operative Gewinn auf 932,8 Millionen Euro. Das Unternehmen, das allein in Bremen etwa 11.300 Wohnungen besitzt, steht seit einer Weile massiv in der Kritik. Es geht um Mieterhöhungen, die als ungerechtfertigt hoch wahrgenommen werden. Der Vorwurf: Der Konzern treibe die Mieten unter dem Vorwand von Modernisierungsmaßnahmen wie den sogenannten energetischen Sanierungen in attraktiven Stadtlagen künstlich in die Höhe. Immer wieder klagten zuletzt Bremer Mieter gegen das Vorgehen von Vonovia und bekamen recht. Immer wieder legte der Konzern dagegen Berufung ein. Und immer wieder scheiterte er.

Am Donnerstag zeichnete sich vor dem Landgericht Bremen die nächste Niederlage für Vonovia ab. Die Richter kündigten an, die Berufung des Konzerns gleich in acht Fällen abzuweisen. Den Klägern stehe eine Erstattung der zu viel gezahlten Mieten zu. Der Grund:

Vonovia hat die Mieterhöhungen nicht verständlich genug erklärt. Das Unternehmen schlüsselte seinen Mietern nicht genau auf, warum ihre Miete teurer geworden ist. Vonovia nannte bloß den neuen Betrag. Wie viele Kosten etwa für Maurer oder Maler angefallen und später auf die Miete umgelegt worden sind, erfuhren die Kunden nicht. Die Richter sagten, dass so niemand nachprüfen könne, ob hinter der Mieterhöhung nicht auch Kosten steckten, für die Mieter gar nicht aufkommen müssen.

Vonovias Mieterhöhungen rufen nicht zum ersten Mal Gewalttäter auf den Plan. Schon im Sommer dieses Jahres hätten Fahrzeuge des Konzerns in Bremen gebrannt, sagte eine Vonovia-Sprecherin. [...]

chronik.blackblogs.org/?p=11161

STEINE GEGEN VONOVIA-ZENTRALE

BREMEN. NOVEMBER 2019

Feste feiern wie sie fallen! Vom Freudenfeuer auf dem Parkplatz von Vonovia inspiriert, besuchten wir die Zentrale des Immobilienriesen in der Bremer Innenstadt und zerlegten die Fensterfassade unter Verwendung von Kleinpflastersteinen.

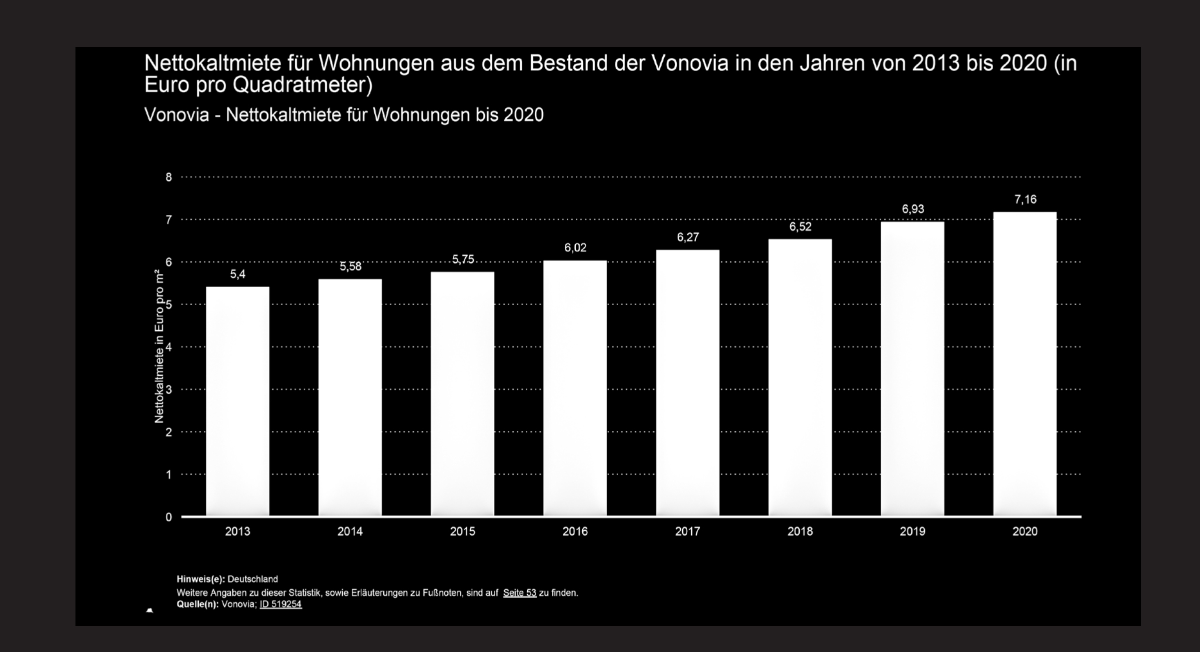
Vonovia macht regelmäßig Schlagzeilen, auch in der bürgerlichen Presse. Durch Mietsteigerung, strategische Modernisierung und Betriebskostenbetrug ist Vonovia ständig bestrebt, seinen Gewinn zu steigern und „ihren“ Wohnraum bestmöglich zu verwerten. Leidtragende sind Mieter und Mieterinnen, die zum Umzug genötigt und in letzter Konsequenz zwangsgeräumt werden. Kurzum: Vonovia ist ein Scheißverein!

Unser Handeln ist Teil des vielfältigen Widerstandes gegen die Aufwertung von Quartieren und die Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohnern. Immer wieder gibt es Angriffe auf die Profiteure der Gentrifizierung, Proteste gegen Vertreibung, die Organisierung von Mieterinnen und Mietern in ihrer Nachbarschaft und große Demonstrationen für das Recht auf Wohnen. Militante Angriffe sind dabei eines von vielen Mitteln, sie sind legitim und notwendig. Ein direkter wirtschaftlicher Schaden zerrt die Akteure in die Öffentlichkeit und schmälert die Bilanzen. Die abgebrannten Fahrzeuge vom vergangenen Wochenende sind sicher mehr als die kaputten Fensterscheiben von vergangener Nacht. Dennoch: ein Anfang ist ein Anfang.

Für das bedingungslose Recht auf Wohnen!

Vonovia vergesellschaften!

chronik.blackblogs.org/?p=11155



FEUER AN VONOVIA-FIRMENWAGEN GELEGT

BERLIN. DEZEMBER 2019

In der Nacht auf Samstag, den 14.12.2019, haben wir, eine Feministische Autonome Zelle (FAZ), in der Bellermannstraße in Berlin Wedding einen Firmenwagen des Immobilien-Großkonzerns Vonovia angezündet. Das Fahrzeug hat den Angriff scheinbar überlebt, es ist also nicht komplett in Flammen aufgegangen, aber trotz dieses halben Erfolgs bleibt unsere Botschaft: Vonovia ist ein Scheißverein und gehört weiter feurig und farbig attackiert!

Mit dem Angriff auf den größten Immobilienkonzern in Deutschland, berüchtigt für seine unmenschlichen Methoden in der Abpressung von Profit aus Wohnraum, senden wir solidarische Grüße an das anarcha-queer-feministische FLINT* Hausprojekt Liebig34, das derzeit akut von Verdrängung bedroht ist. Wehren wir uns gemeinsam gegen kapitalistische Verdrängung, Patriarchat und jede Herrschaft!

Solidarität mit der Liebig34!
Die „Liebig34 ist ein selbstorganisiertes, anarcha-queer-feministisches Hausprojekt, direkt am ‚Dorfplatz' in Friedrichshain. Das Haus wird von verschiedenen Kollektiven genutzt; dem Infoladen ‚Daneben', der L34-Bar und dem anarcha-queer-feministischen Wohnprojekt, das sich ohne cis-Männer organisiert." Das Haus wurde 1990 besetzt, 1999 zum Frauen- und Lesbenprojekt und später dann FLINT* Raum. Nach einem gescheiterten Kaufversuch wurde 2008 ein 10 Jahre langer Pachtvertrag vereinbart. Da dieser nun ausgelaufen ist und der neue Besitzer Gijora Padovic, „dem nachgesagt wird in Berlin bis zu 2000 Häuser zu besitzen und der gezielt Hausprojekte aufkauft und zerstört hat", das Projekt raus haben will, läuft nun ein Gerichtsprozess gegen die Liebig34. Der erste Termin fand bereits statt, der zweite wäre eigentlich diesen Montag gewesen, wurde aber auf Januar verschoben. Wir wollen diesen Zeitraum nutzen, um den Druck weiter zu erhöhen. Denn die Liebig34 bleibt. Punkt.

Was ist genau passiert?
Wir haben, wie bei der ähnlichen Aktion einer FAZ in Hamburg in diesem Monat, einen Grillanzünder genutzt, um das Fahrzeug zu zerstören. Genauere Informationen dazu findet ihr im entsprechenden Artikel zur Aktion. Bei der Aktion wurden aber auch die Nachteile dieser sehr einfachen Methode deutlich. Mensch muss mit einer Flamme hantieren, die meist von irgendeiner Seite für Vorbeilaufende oder Anwohner*innen direkt sichtbar ist. Dadurch entsteht gerade in belebten Straßen ein höheres Risiko als bei der Nutzung von zeitverzögerten Methoden, wobei letztere eine aufwendigere Vorbereitung bedeuten. Zudem kann der Brand sehr leicht gelöscht werden, indem der Grillanzünder entfernt wird oder ein kleiner Feuerlöscher von Aktivbürger*innen gezückt wird. Wir gehen davon aus, dass ein solches Szenario sich auch in dieser Nacht abgespielt hat, was für den geringen direkten Effekt der Aktion sorgte.
Ein weiteres Problem, das uns immer wieder auf Aktion begegnet, sind kleine Unwägbarkeiten. Zum Beispiel ein abgeschlossenes Tor auf dem Weg zur Aktion, das tagsüber beim Scouten noch offen war. Oder eine Streife, die wegen irgendetwas Anderem zum falschen Zeitpunkt in der Nähe steht. Eigentlich kein Problem, aber manchmal dann doch nötig abzubrechen und letztlich nicht zu vermeiden. Es kann immer etwas schief gehen und dann klappt es eben einmal nicht. Lieber die Aktion abbrechen, als dass wenn etwas schief geht, Leute erwischt werden, weil zum Beispiel wichtige Minuten verloren gehen, um auf dem Rückweg über das Tor zu klettern.

Und nun?
Ein Text zu einer nicht komplett erfolgreichen Aktion? Ja, das finden wir auch wichtig sichtbar zu machen. Denn mal ehrlich, es klappt bei keiner Gruppe jede Aktion und wir brauchen zwar keine hundert Texte in denen steht, was alles nicht geklappt hat. Wenn aber immer nur von Erfolgen geschrieben wird, vermittelt das den Eindruck, dass Scheitern nicht normal und möglich ist. Es hat nicht so geklappt, wie es unser Ziel war. Aber wir haben daraus gelernt und auch das stärkt uns. Wir wollen lernen besser mit Frustration und dem Scheitern von Aktionen kollektiv umgehen zu können. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen wollen, genauso wie Ehrlichkeit und ein Vermeiden von perfektionistischer Selbstdarstellung, wie das bei uns alles immer perfekt läuft. Nächte gibt es genug, wir bleiben unvorhersehbar.
Es war ein heißer Herbst, besonders für Immobilienfirmen. In vielen Städten wurden für einige Zeit wöchentlich bis täglich Akteur*innen der Verdrängung angegriffen. Daran haben wir angeknüpft und wollen noch mehr Menschen zu weiteren Taten inspirieren. Lasst uns gemeinsam der Logik der Verdrängung etwas entgegensetzen. Feurig in der Nacht, aber auch tagsüber durch den Aufbau solidarischer kollektiver Strukturen jenseits der herrschenden Logik. Weiter geht's!

Finger weg von der Liebig34 und allen anderen bedrohten feministischen Freiräumen!
Burn patriarchy down to its ground!

Gruß und Kuss,
eine Feministische Autonome Zelle (FAZ)

chronik.blackblogs.org/?p=11422



2020

FEUER IN VONOVIA-BÜRO GELEGT

KIEL. JANUAR 2020

[PRESSETEXT: SHZ, Januar 2020]

„Brandanschläge auf Vonovia Büro“ – mit diesen Worten ist eine „Pressemitteilung“ überschrieben, die unsere Redaktion um 3.58 Uhr am Samstagmorgen erreichte. Eine Gruppe mit dem Namen „F.S.K (Freiräume. Schaffen.Kiel)“ bekennt sich darin, am frühen Morgen des 25. Januars zwei Brandanschläge auf das Vonovia Büro Kiel-Wik verübt zu haben.
Auch ein mutmaßliches Foto des Feuers liefern die Unbekannten mit dem Schreiben, das das von Feuer erleuchtete Büro des oft kritisierten Immobilienkonzerns zeigt. Es befindet sich im Stadtteil Wik an der Ecke Holtenauer Straße/Prinz-Heinrich-Straße.

Brandanschlag in Kiel bestätigt sich erst am Nachmittag

[...] Die Täter haben demnach die Scheibe eingeschlagen und mit Brandbeschleuniger das Feuer gelegt. Personen seien nicht zu Schaden gekommen. Das Haus sei nicht bewohnt und werde als Bürogebäude genutzt. [...]

Brandanschlag als Zeichen gegen Wohnraumprobleme

[...] In dem Schreiben, das der Redaktion vorliegt, werden weitere Straftaten angekündigt: „Das wird nicht der letzte Anschlag auf den Ausbeuter Konzern Vonovia sein, wir werden weitermachen bis sich etwas ändert.“

Zu den Motiven äußern sich die Täter in ihrem Bekennerschreiben wiefolgt: „Die Aktivist*innen wollten mit der Aktion auf das Wohnraumproblem, in Zusammenhang mit Vonovia, aufmerksam machen.“ Der Konzern kaufe günstig Wohnraum auf, biete diesen für extrem niedrige Preise an und beute Mieter anschließend durch regelmäßige Mieterhöhungen aus, heißt es weiter. Auf wichtige Probleme wie Schimmel und Wassereinbrüche reagiere Vonovia hingegen nicht. [...]

Erst in der vergangenen Woche hatten Aktivisten in Kiel ein Vonovia-Haus sechs Tage lang besetzt. Die Villa in Friedrichsort stand leer. Auch in dem Fall gab es ein über die Plattform „indymedia“ verbreitetes Bekennerschreiben einer „Aktionsgruppe Andys“. Die Hausbesetzer hatten das Haus in dieser Zeit nach eigenen Angaben „bemalt, verschönert, möbliert und als Jugendzentrum und Wohnraum genutzt.“ Auch mit dieser Aktion solle auf das Wohnraumproblem in Kiel und Vonovias Geschäftspolitik aufmerksam gemacht werden.

chronik.blackblogs.org/?p=1175

VONOVIA-TRANSPORTER BESCHÄDIGT

NÜRNBERG. MÄRZ 2020

Inspiriert durch die kämpferische Demo zum Internationalen Frauenkampftag in Nürnberg[1] haben wir in den Abendstunden des 8. März mehrere Transporter des Konzerns Vonovia angegriffen. In verschiedenen Teilen der Stadt haben wir Reifen zerstochen und Fahrzeuge großflächig mit Farbe verziert, um sie fürs Erste unbrauchbar zu machen.

Wieso Vonovia und wieso am 8. März?

[...] Vonovia hat die kapitalistische Verwertung des menschlichen Grundbedürfnisses nach Wohnraum perfektioniert: Über wuchernde Mietpreise hinaus, setzt das Unternehmen auf einen endlosen Katalog menschenverachtender Praktiken, um Mieter*innen auszubeuten und zu terrorisieren (u.a. systematischer Betrug bei Nebenkostenabrechnungen, generelle Verweigerung von Instandhaltungsmaßnahmen, sowie Erpressung drastischer Mieterhöhungen mit unangemessenen „Modernisierungen“). Dadurch leistet Vonovia Gentrifizierung und Wohnungsnot massiv Vorschub.

Wohnungsnot betrifft Frauen besonders. Schuld daran ist die patriarchale Struktur dieser Gesellschaft: Frauen leisten den größten Teil der unbezahlten Care-Arbeit. Dadurch befinden sie sich häufiger in finanzieller Abhängigkeit und sind stärker von Prekarität und Armut betroffen als Männer. In der Lohnarbeit haben sie zudem wesentlich öfter mit schlechten Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung zu kämpfen. Fakt ist, Frauen können weniger Geld und Sicherheiten vorweisen und haben somit schlechtere Karten auf dem Wohnungsmarkt. Das betrifft ganz besonders migrantische und geflüchtete Frauen.
Unter den menschenverachtenden Zuständen des Kapitalismus leiden Frauen mehr als Männer.

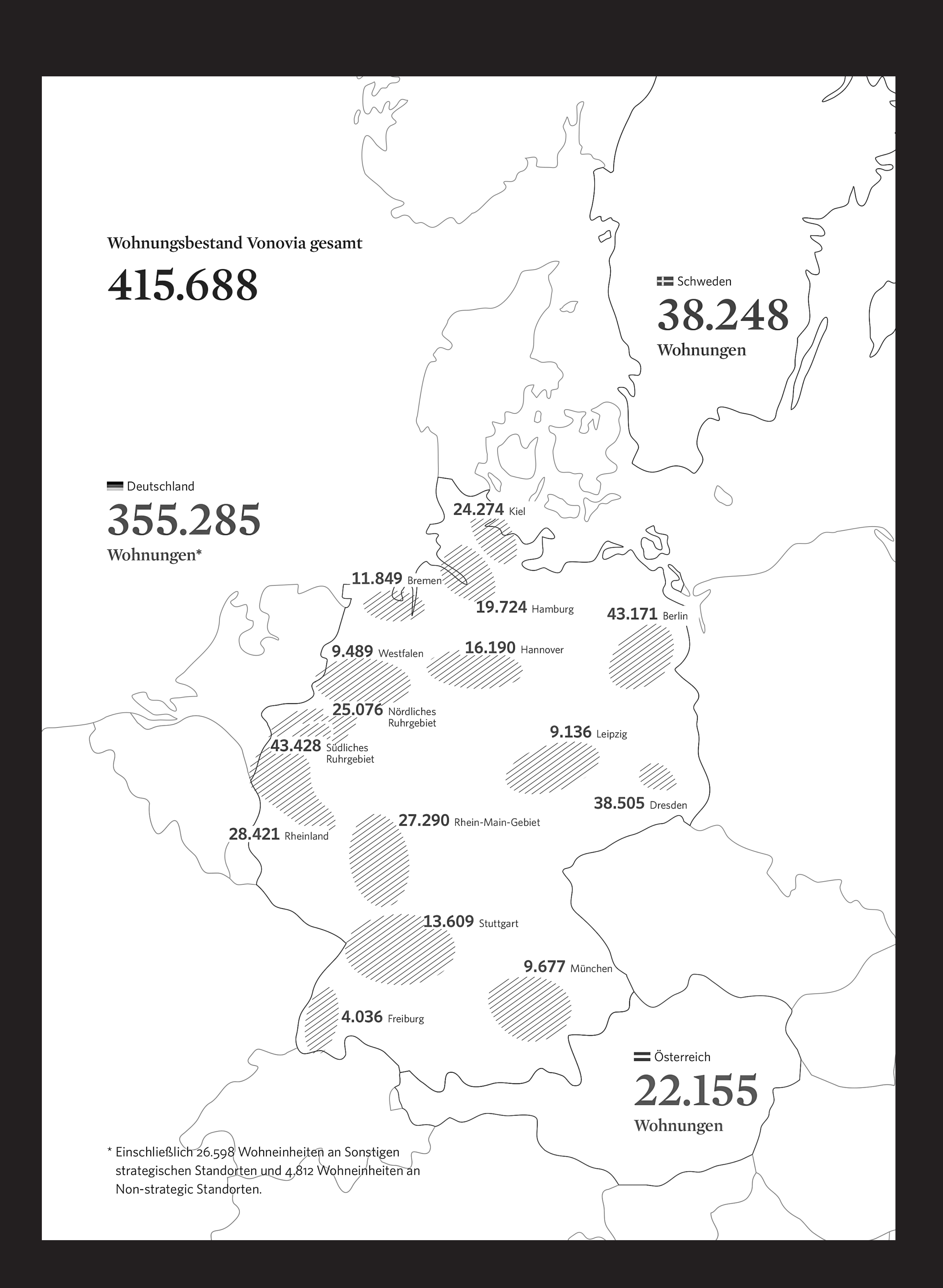
Darum muss feministischer Kampf immer auch antikapitalistisch sein.

Für einen militanten, radikalen, antikapitalistischen 8. März – ob in Mexiko, Chile oder Nürnberg!

chronik.blackblogs.org/?p=1203

1 Gemeint ist vermutlich die Demo am 07.03.20 bei der bis zu 1500 Teilnehmer*innen waren: https://www.redside.tk/2021/03/07/bis-zu-1500-auf-8-maerz-demonstration-in-nuernberg/

WOHNUNGSBESTAND VON VONOVIA IM JAHR 2020



VONOVIA-TRANSPORTER BESCHÄDIGT -

FRANKFURT/MAIN. APRIL 2020

Gerade in Zeiten von Corona, wo zahllose Menschen ihren Job verlieren oder in die Kurzarbeit gezwungen werden um die Profitrate möglichst nicht zu gefährden, wird die Wohnsituation für die ohnehin schon marginalisierten Gruppen und ärmeren Schichten noch prekärer. Vonovia hat zwar, wie andere VermieterInnen, versprochen die Miete zu stunden und es ist ein weitgehendes Räumungsverbot gesetzlich erlassen worden, doch sobald es von den Herrschenden wieder einigermaßen vertreten werden kann und die Gefahr eines gesellschaftlichen Aufschreis gering erscheint werden diese Schulden mit Zinsen eingetrieben werden. Nach der „Coronakrise", wann das sein wird entscheiden die Herrschenden und, wie für alle klar sein muss, wirtschaftliche Zwänge und nur an zweiter Stelle eine Abwesenheit des Virus, folgt für viele Menschen der ökonomische Kollaps. Dieser wird im Moment noch einigermaßen sozialstaatlich abgefedert, aber wie nicht nur an den Milliardenpaketen für die Wirtschaft absehbar ist, gehört das Eintreiben von Schulden und Entlassen von Arbeiter*innen als unvermeidliche Konsequenz dazu, um die Interessen des Kapitals durchzusetzen.

Deshalb ist es aus unserer Perspektive notwendig, schon frühzeitig und vermittelbar in bereits bestehende Konflikte mit Vonovia einzugreifen und wo dies noch nicht der Fall ist möglicherweise Anschubhilfe zu leisten. Ein gutes Beispiel dafür bietet die Kuhwaldsiedlung, welche eine migrantisch geprägte Arbeitersiedlung ist, die in den letzten Jahren fast vollständig von Vonovia aufgekauft wurde. Durch ihre gute Lage zwischen Messe/Europaviertel und Leonardo-da-Vinci-Allee, ist sie für Vonovia ein interessantes Spekulationsobjekt und es ist davon auszugehen, dass die Kuhwaldsiedlung in Zukunft nach ähnlichen Vorstellungen umgestaltet werden wird.

Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden dort und in ähnlichen Stadtteilen in Frankfurt aktiv zu werden und Autos von Vonovia zu zerstören und mit der Parole „Mietstreik!" zu versehen.

Wir halten es für notwendig, auch in Zeiten von Kontaktverboten und anderen Maßnahmen die Perspektive nicht zu verlieren, dass die richtige Krise noch kommt und die Folgen für viele Leute existenziell sind. Solidarität mit den Prekarisierten und Marginalisierten ist jetzt vielleicht wichtiger denn je und wo Konflikte bestehen, werden wir Teil dessen sein und wo sie noch nicht bestehen, werden wir sie befeuern.

Die staatlich verordnete Handlungsungfähigkeit ist für uns weder eine Option, noch eine Lösung gesellschaftlicher Probleme. Wie aus Papieren des Bundesinnenministeriums und des IWF hervorgeht haben die Herrschenden durchaus Angst vor sozialen Unruhen aufgrund der ökonomischen Krise, deshalb begreifen wir die Maßnahmen des Staates auch als Ausdruck einer präventiven Aufstandsbekämpfung. Verantwortung übernehmen und blinder Gehorsam schliessen sich für uns gegenseitig aus!

Benutzt den eigenen Verstand, bleibt aktiv, schützt euch und andere!

chronik.blackblogs.org/?p=12282

ZWEI VONOVIA-TRANSPORTER ABGEFACKELT

BERLIN. JUNI 2020

In den vergangenen Jahren, hat sich in Deutschland und besonders auch in Berlin, ein vielfältiger Widerstand, auf verschiedensten Ebenen, gegen die aktuelle Wohnungspolitik entwickelt und etabliert. Besonders Konzerne wie Deutsche Wohnen oder Vonovia standen dabei im Fokus. Die Tatsache, dass Wohnraum eine Ware ist, und dementsprechend wenig auf die Lebensrealität der Mieter*innen geachtet wird, wenn bspw. Zwangsräumungen in der Obdachlosigkeit enden oder es vermehrt Suizide durch prekäre Lebenssituationen gibt, in die Mieter*innen gedrängt werden, ist in einer breiteren gesellschaftlichen Debatte angekommen.

Dass nun zum wiederholten Male der größte börsennotierte Wohnimmobilienkonzern Vonovia, mit mehr als 400.000 Wohneinheiten, den zweitgrößten börsennotierten Wohnimmobilienkonzern Deutsche Wohnen mit über 150.000 Wohneinheiten übernehmen will, ist ein klares Signal, dass der Widerstand nun noch verstärkt werden muss.

Insgesamt besitzen alle börsennotierten Wohnimmobilienkonzerne in Deutschland zusammen etwa 1.000.000 Einheiten. Die Übernahme der Deutschen Wohnen durch Vonovia würde demnach zu einer massiven Marktzentralisierung führen. Gerade in Berlin wird dies im Stadtbild deutlich sichtbar werden, denn die Wohnungen der Deutschen Wohnen befinden sich zu 70% eben da. Für Vonovia wird es kein Problem sein, den Mietspiegel in der Stadt anzuheben.

Die Argumente der aktuellen Debatte um die Enteignung von Deutsche Wohnen (Marktzentralisierung, strukturelle Mietsteigerung, die generelle Spekulation mit Wohnraum, keine ausreichende Instandhaltung bei hohen Betriebsnebenkosten und so weiter) müssen daher erst Recht für Vonovia, auch gerade im Falle einer Übernahme, gelten.

Da sich Vonovia in den vergangenen Jahren als Führer auf dem deutschen Immobilienmarkt etabliert hat, zeigt sich das Unternehmen auch dementsprechend unbeeindruckt von der Corona Krise, die Anfang 2020 einen Großteil der Menschen weltweit in finanzielle und existenzielle Bedrängnis gebracht hat. Man verbucht gar eine Steigerung der Einnahmen und erhöht das sechste Jahr in Folge die Gewinnausschüttung an die Aktionäre. „Für die Hauptversammlung am 30. Juni 2020 empfiehlt der Vorstand eine Gewinnausschüttung in Höhe von 850 Millionen Euro. Was das bedeutet? Dreieinhalb von zwölf Monatsmieten einer jeden Mieter*in wandern direkt auf die Konten von BlackRock, Fidelity Investments, APG SGA und zahlreichen weiteren Finanzdienstleister*innen und Anteilseigner*innen. Das geht aus dem Jahresabschlussbericht des Konzerns hervor.“

Dass diese wirtschaftliche Stabilität nicht von ungefähr kommt und vor allem nicht auf Grund der „sozialen Wohnungspolitik“ Vonovias, sollte klar sein, auch wenn Rolf Buch, Vorsitzender der Vonovia im Mai 2020 im Zusammenhang mit der Corona Krise verlauten ließ:
„Wir stehen zu unserer Verantwortung als großes Wohnungsunternehmen. Unsere wirtschaftliche Stabilität bildet die Basis dafür, dass wir in der Corona-Krise gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und unsere Kraft und Fähigkeiten nutzen können, um zu helfen“

Die Krise schürte bei tausenden, gerade in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeitenden Mieter*innen die Angst, ihre nächste Miete nicht bezahlen zu können. Um größeren Unmut oder gar Widerstand zu verhindern, beschloss die Bundesregierung einen Stopp der Mieterhöhung, sowie ein Aussetzen aller Zwangsräumungen, bis Ende 2020. Außerdem wurde eine Mietstundung angeboten, zu einem Zinssatz von aktuell 4,22%. Da sich der Zinssatz der Mietstundungen vom aktuellen Basiszinssatz ableitet, bleiben die anfallenden Zinsen, bei ausfallenden Mietzahlungen, eine sichere Einnahmequelle für die Immobilienbranche. Obwohl sich Vonovia also rein an gesetzlichen Vorgaben hält, setzt sich das Unternehmen als „soziales Unternehmen“ in Szene. Ein Blick auf die ersten 3 Monate des Jahres 2020 reicht dabei aus, um zu erkennen, wie es um das „soziale“ bei Vonovia bestellt ist.

So verzeichnete die Vonovia eine Einnahmesteigerung durch Mieteinnahmen von 12,3 % auf 564 Millionen € und eine Mietsteigerung von 5,8 %. Für das Jahr 2020 war eine Steigerung der Mieten von 4 % vorgesehen, diese wurde (sozial wie Vonovia ist) auf 3,8% gesenkt, als Corona bereits in Deutschland wütete.

Es sollte bei alldem auch erwähnt werden, dass durch eine komplexe Unternehmensstruktur mit diversen Tochterfirmen, wie bei großen Unternehmen üblich, Vonovia aktiv Arbeitskämpfe versucht zu verhindern und unmöglich zu machen. Nach wie vor zahlt der Immobilienriese kaum Tarif (nicht einmal 20% der Mitarbeiter*innen), befristet nahezu alle Arbeitsverträge und sorgt für ein Unternehmensklima, in dem Mitarbeiter*innen durch Druck und Drohungen dazu angehalten werden, sich der profitorientierten und menschenfeindlichen Firmenpolitik zu fügen.

Gerade als militante Akteur*innen wollen wir einmal deutlich herausstellen, dass sich die Aktionen gegen Vonovia nicht gegen die Angestellten richten soll, auch wenn einige von ihnen wahrscheinlich umsonst früh aufgestanden sind, um dann vor ihren kaputten Autos zu stehen. Wir sehen die vielen Aktionen gegen Vonovia im Kontext einer sich verschärfenden Lage auf dem Wohnungsmarkt, einer immer deutlicher werdenden Interessenvertretung der Immobilieneigentümer*innen durch parlamentarische Politiker*innen und Journalist*innen und einer Staatsmacht, die keine Probleme damit zu haben scheint, die privaten Interessen von Investoren mit Gewalt zu schützen und durchzusetzen.

Um dem „angespannten“ Berliner Wohnungsmarkt etwas zu „entlasten“, wurde entgegen dem Widerstand der verärgerten Immobilienlobby, Anfang 2020 der sogenannte Mietendeckel beschlossen. Eine parlamentarische Lösung für ein strukturelles Problem zu suchen, in dem Gewinnmaximierung die einzig relevante Größe bleibt, halten wir für falsch.

Die Tatsache, dass der Mietendeckel in Berlin für das konkrete Leben der Menschen aber durchaus positive Folgen hat, wollen wir nicht in Frage stellen. Auch, dass Berlin als Standort für Immobilienspekulation dadurch eventuell etwas uninteressanter wird, könnte sich positiv auswirken.

Das es dabei allerdings nicht bleiben kann steht für uns außer Frage. Die zeitliche Beschränkung auf 5 Jahre, die Tatsache, dass Vermieter, unter anderem auch die Deutsche Wohnen, versuchen, mit Zusatzklauseln in ihren Mietverträgen neue Mieter*innen zu Mietnachzahlungen auf das Niveau vor dem Gesetzesbeschluss zu zwingen (sollte der Mietendeckel gerichtlich gekippt werden). Die zahlreichen Klagen gegen den Mietendeckel zeigen, dass weiterer Widerstand und Druck von unten unbedingt notwendig sind, um langfristige Veränderungen der Gesellschaft im allgemeinen und des Wohnungsmarktes im speziellen, zu erreichen.

Die Forderungen, die in den Protesten der letzten Jahre gegen die Entwicklungen des Wohnungsmarktes formuliert wurden, sind viel weiter und umfassender, als die Zugeständnisse, die der Mietendeckel macht.

Deshalb bleibt die einzig sinnvolle Forderung die Enteignung und Vergesellschaftung der Vonovia, der Deutsche Wohnen und ihren Partner*innen. Der Mietendeckel bietet keinen ausreichenden Schutz für Mieter*innen und ist keine langfristige und qualitative Änderung des Wohnungsmarktes.

Solange Wohnraum eine Ware ist, an der sich riesige Vermögensverwalter wie Blackrock (größter Aktienteilhaber von Vonovia und Deutsche Wohnen) beteiligen, solange muss es Widerstand auf der Straße geben um klarzumachen, dass sich mit dem Wohn- und Lebensraum von Menschen kein Profit machen lassen darf! Genauso wenig ist der Wohn- und Lebensraum von Menschen dazu da, sich die Rente zu sichern oder sein*ihr „Vermögen klug anzulegen“! Es muss sich dann auch niemand wundern, wenn einem die ganze Sache um die Ohren fliegt!

Wir gehen davon aus, dass diese Krise, so wie sonst jede Krise, besonders auf den Schultern der armen und prekären Bevölkerungsschichten ausgetragen wird. Dass sich Firmen wie Vonovia und Deutsche Wohnen aktuell zurückhalten, liegt wohl eher an erwartetem Aufschwung und an Subventions- und Soforthilfeprogrammen, mit denen viele Leute zwar weiter Miete zahlen können, allerdings langfristig dem immer teurer werdenden Wohnungsmarkt ausgeliefert und in existenzielle Nöte gedrängt werden.

Es ist darum umso wichtiger den Widerstand aufrecht zu erhalten und deutlich zu machen, dass es keine Alternative zur Vergesellschaftung des Wohnraums gibt. Deshalb haben wir uns in der Nacht zum 12. Juni Zugang zum Vonovia Gelände in der Bergholzstraße in Tempelhof verschafft und zwei ihrer Autos erfolgreich angezündet.

Wir rufen auf sich an der Mietenwahnsinnsdemo am 20. Juni zu beteiligen.

#Mietenwahnsinn
Liebig 34 verteitigen!

chronik.blackblogs.org/?p=12531

BUWOG-VERKAUFSRAUM ANGEGRIFFEN

BERLIN. DEZEMBER 2020

Wir haben in der Nacht vom 15.12.20 auf den 16.12.20 den Showroom der BUWOG Baustelle im Kreuzköllner Gräfekiez eingeschlagen und einen Feuerlöscher mit Bitumfarbe in den Innenraum entleert.

„Einzigartige Lage und eine Ausstattung für höchsten Anspruch“ mit diesem flotten Spruch wird ein neues Stück Luxushölle mit dem Namen „xbergliving“ beworben, das gerade in Kreuzkölln hochgezogen wird.

Während die breite Masse der Berliner Bevölkerung unter endlos steigenden Mieten und fehlendem bezahlbaren Wohnraum zu leiden hat, werden in einem Hinterhof im Gräfekiez 41 edle Eigentumswohnungen für die Oberschicht gebaut, inklusive Penthouse, privaten Gärten und Dachterrassen.

Verantwortlich für das Ganze ist die BUWOG, ein österreichisches Aktienunternehmen. Als solches ist das Unternehmen ganz den Gewinnansprüchen seiner Investor*innen verpflichtet. Dass solche Luxusprojekte, die sowieso in Berlin und vor allem Kreuzberg-Neukölln immer unerträglicher werdenden Verdrängungsprozess noch weiter befeuern, ist ihnen dabei herzlich egal.

Xbergliving ist nicht das erste Projekt der BUWOG, mit dem sie sich als Akteurin der Verdrängung hervortut. 2010 hat sie für mehr als 100 Millionen Euro 2235 Wohnungen in Tempelhof im Verlauf der folgenden Jahre mit mietsteigernden Zwangsmodernisierungen überzogen. Mieter*-innen, die nicht das passende Kleingeld hatten um mit ihrer Miete die astronomischen Dividendenansprüche der Investor*innen zu finanzieren, wurden verdrängt und zwangsgeräumt.

Soviel menschenverachtender Wille zur Profit-maximierung weckt im großen Fressen und gefressen Werden des kapitalistischen Marktes natürlich Begehrlichkeiten. So wurde die BUWOG im Jahr 2018 von VONOVIA gekauft. Überall wo BUWOG draufsteht ist seither also VONOVIA drin. […] Wegen des Mietendeckels wird [Vonovia] in über 10000 Wohnungen in Berlin die Mieten senken müssen und damit ungefähr 10 Millionen Euro Mieteinnahmen verlieren. Angesichts des für das Jahr 2020 erwarteten Gewinns von bis zu 1,325 Milliarden Euro ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mit dem Kauf der BUWOG versucht VONOVIA seinen Monopolanspruch auf dem Wohnungsmarkt zu verfestigen. Einerseits natürlich indem es deren Wohnungen übernimmt. Vor allem ist die BUWOG aber, wie man an dem Bauprojekt im Gräfekiez sehen kann, auf mietentreibenden Neubau spezialisiert. In diesen Sektor versucht VONOVIA mit dem Kauf vorzustoßen, um vom ersten Spatenstich an die Rendite für ein ganzes Leben an Mietzahlungen inklusive Nebenkosten einzusacken.

VONOVIA gehört, zusammen mit allen anderen Wohnungsunternehmen vergesellschaftet und zerschlagen. Wohnraum ist ein existenzielles Grundbedürfnis, das jedem Menschen auf der Welt zusteht. Niemand sollte damit Profite machen können. Dass es trotzdem passiert, ist eine der vielen Widerlichkeiten des elenden kapitalistischen Systems in dem wir zu leben gezwungen werden.

Wir wollen solidarische Kieze in denen Menschen frei und glücklich leben können, ohne an jedem Monatsende Angst um ihre Existenz haben zu müssen, weil sie die Miete nicht zahlen können.

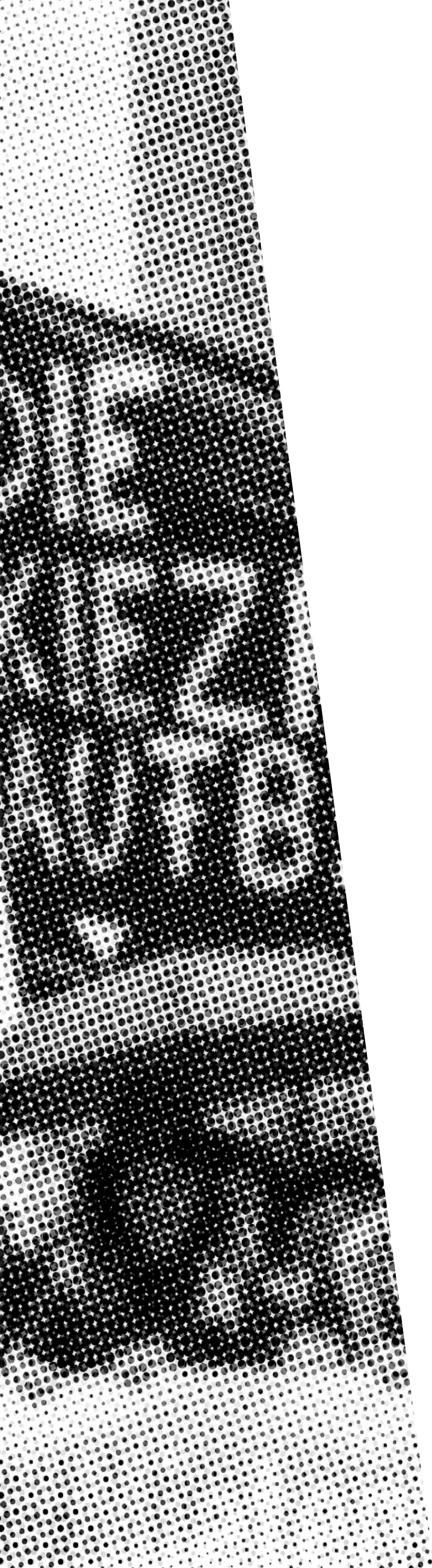
Gegen die Stadt der Reichen

Liebig34 und Syndikat[1] bleiben unvergessen

chronik.blackblogs.org/?p=13666

1 Linke Kiezkneipe in Berlin die im August 2020 nach 35 Jahren Betrieb von tausenden Bullen geräumt wurde





2021

VONOVIA-FIRMENFAHRZEUG ANGESTECKT

DRESDEN. JANUAR 2021

[PRESSETEXT: Tag24, Januar 2021]

[...] In der Nacht von Sonntag auf Montag ist in Dresden ein Fahrzeug des Wohnungsunternehmens Vonovia abgebrannt. Das Auto stand auf der Fritz-Reuter-Straße in der Leipziger Vorstadt. Es fing gegen 1.40 Uhr Feuer und brannte komplett aus, teilte die Polizeidirektion Dresden am Montag mit.

Als die Berufsfeuerwehr der Wache Albertstadt eintraf, konnten die Kameraden den brennenden Opel Vivaro mit Strahlrohren schnell löschen. Dennoch wurde der Fahrgastraum vom Feuer völlig verzehrt, auch ein Teil des Laderaums war durch die Flammen verrußt.

Das Auto erlitt vermutlich einen Totalschaden. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf etwa 45.000 Euro.

Die Ursache des Feuers ist bislang unbekannt. Die Polizeibeamten ermitteln jedoch wegen politisch motivierter Brandstiftung.

Es ist nicht das erste Mal, dass in Dresden ein Vonovia-Auto brennt. In der Vergangenheit erwischte es bereits mehrere Fahrzeuge des Unternehmens. Verletzt wurde bei dem jüngsten Autobrand in Dresden glücklicherweise niemand.

chronik.blackblogs.org/?p=13864

CDU-LANDESGESCHÄFTS-STELLE UND WAHLKAMPFAUTO ANGEGRIFFEN

BERLIN. JUNI 2021

Wir haben in der Nacht vom 09. auf den 10. Juni die Landesgeschäftsstelle der CDU angegriffen. Dabei haben wir sowohl das Gebäude, als auch das im Hinterhof geparkte Wahlkampfauto beschädigt. [...]

In der Berliner Innenpolitik ist die CDU derweil, anders als im Rest der BRD, in einer eher randständigen Position. Ihre Mitglieder in der BVV machen hauptsächlich, wie zuletzt Harald Sielaff, durch rassistische Ausfälle von sich reden. Dazu kommen die gelegentlichen öffentlichen Wettkämpfe im Stiefellecken mit Politikern anderer rechter Parteien, wie Tom Schreiber (SPD) und Andreas Geisel (auch SPD).
Das alberne Spektakel lässt leicht vergessen, dass der CDU in Berlin darüber hinaus die durchaus ernst zu nehmende Rolle als Sprachrohr des Großkapitals zukommt, vor allem von Immobilienkonzernen. Das zeigt sich schon daran, wessen Spenden bei der Partei auf dem Konto landen: Die drei größten privaten Parteispenden im letzten Jahr kamen von Immobilienspekulanten, nämlich jeweils 500.000€ und 300.000€ von der Koksnase Christoph Gröner und 225.000€ vom Kölner Mogul Christoph Alexander Kahl. Umso lächerlicher war es dann, als sich die CDU 2020 die hohen Mieten in Schöneberg nicht mehr leisten konnte und mit ihrer Landesgeschäftsstelle nach Charlottenburg ziehen musste. Daraufhin verfasste der Vorsitzende Kai Wegner auch noch einen Brief an den regierenden Bürgermeister Michael Müller in dem er eine Bundesratsinitiative der Landesverbände von CDU und SPD zur besseren Bekämpfung des Mietwuchers forderte, als hätte die Politik seiner Partei nicht einen gewaltigen Anteil an jener Entwicklung, deren Opfer sie nun geworden sind.

Die großen Player auf dem Immobilienmarkt tauchen in der Spenderliste der CDU jedoch nicht auf. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie nichts unternehmen, um sich in der Partei Gehör zu verschaffen. Finanzunternehmen wie VONOVIA SE und Deutsche Wohnen üben, statt mit großzügigen Spenden sanfte Stupser in die gewünschte Richtung zu geben, lieber direkten Einfluss aus. Das tun sie, indem sie sich einfach (Ex-)CDU Politiker*innen auf auf die Gehaltsliste setzen, die dann über die persönlichen und politischen Netzwerke im Sinne der Immobilienlobby den Gesetzgebungsprozess mitbestimmen.

Beste Beispiele dafür sind im Fall der VONOVIA SE Frank Balzer auf lokaler Ebene und Hildegard Müller auf bundesweiter.

FRANK BALZER

Frank Balzer ist momentan Bezirksbürgermeister von Reinickendorf und beabsichtigt bei der Wahl am 26. September 2021 für das Abgeordnetenhaus zu kandidieren. Und zwar im Wahlkreis Frohnau/ Hermsdorf/Freie Scholle. Er ist quasi ein alter Hase der Berliner CDU und hat es als solcher schon bei verschiedenen Gelegenheiten geschafft, den Zorn der unteren Klassen auf sich zu ziehen. Als Reinickendorfer Sozialstadtrat war er um die Jahrtausedwende unter anderem für die rassistische Politik verantwortlich, mit der dort Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, statt Bargeld nur noch Gutscheine für Lebensmittel erhielten. Außerdem war er an der sozialchauvinistischen Kampagne gegen „Sozialbetrug" beteiligt, die – der rot-grünen Regierung sei dank – damals in vollstem Gange war. In seiner Rolle als Bezirksbürgermeister scheint heutzutage seine Hauptbeschäftigung darin zu bestehen, zu versuchen der Nachbar*innenschaft das jüngste Großprojekt von VONOVIA SE schmackhaft zu machen. Die hat nämlich in Reinickendorf, mit der Umgebung der Ziekowstraße, einen ganzen Kiez aufgekauft. Der leicht zu durchschauende Plan des Finanzkonzerns ist offenbar, sich mittelfristig den Wegfall des Fluglärms des Flughafens in Tegel und die tendenzielle Rückkehr der Oberschicht ins Randgebiet für massive Mietsteigerungen zu Nutze zu machen. Der Ziekowkiez ist für ein solches Projekt bestens geeignet, denn er ist nah am Wasser und mit der U6 bestens mit den Öffis nach Mitte angebunden. Dass es den Menschen, die jetzt im Ziekowkiez eher nicht gefallen würde von nach Mitte pendelnden Yuppies verdrängt zu werden, hat die VONOVIA SE schon verstanden. Deshalb arbeitet sie an einer schmierigen Charmeoffensive, mit der den Mieter*innen der falsche Eindruck vermittelt werden soll, dass es bei VONOVIA SE um irgend etwas anderes, als Gewinnmaximierung geht. Jeder billige Vorstoß wird dabei von Fank Balzer mit öffentlichkeitswirksamen Applaus gewürdigt.

Das Soziale Engagement der VONOVIA SE ist im übrigen nichts als Fassade. Zwar baut das Unternehmen gern Spielplätze und vermietet Lastenfahrräder. Dahinter steht tatsächlich aber hauptsächlich eine mittelfristige Strategie der Quartiersentwicklung – verbunden mit der Hoffnung, mittel- bis langfristig höhere Mieten erzielen zu können. Außerdem fürchten Kozerne wie VONOVIA SE um ihren guten Ruf: Eine interne Risikorechnung besagt, dass bei einem drastischen Einbrechen ihres öffentlichen Images oder ihrer Reputation als Vermieter ein Verlust von 250 Millionen Euro und mehr möglich sind. Für Frank Balzer verbindet sich derweil in Wahrheit auch ganz eigene Hoffnungen mit der Modernisierungsoffensive der VONOVIA SE. In einem Interview mit der Morgenpost rutschte ihm nämlich raus, dass er sich „eine Verbesserung der Sozialstruktur" erhoffe, mit anderen Worten, die Verdrängung der ärmeren Bevölkerung aus dem Bezirk.

HILDEGARD MÜLLER

Hildegard Müller war von 2002 bis 2008 Mitglied des Bundestags und von 2005 bis 2008 Staatsministerin im Bundeskanzleramt. Ihre politischen Ämter hat sie 2008 niedergelegt, um die dort gewonnenen Verbindungen für ihre rentablere Lobbytätigkeit zu verwenden. Inzwischen ist sie hauptberuflich Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie und damit die Cheflobbyistin der Autobranche. Als solche findet sie, ihrer Zeit in der Regierung sei dank, auch ganz oben Gehör. Im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung sitzt sie übrigens auch. Damit hört der Spaß aber noch nicht auf, denn Müller ist nämlich seit 2013 auch Miglied des Aufsichtsrates der VONOVIA SE. Dafür kriegt sie schlappe 120.000€ pro Jahr. Ein absurdes Gehalt, wenn mensch sich überlegt, dass es sich dabei nur um einen Neben-Nebenjob handelt. Noch so einen gut bezahlten Minijob hat sie bei der Siemens Energy AG, wo sie auch pro Jahr 120.000€ plus Zulagen erhält. Wir kriegen für das Maß an Arbeit bestenfalls einen unbezahlten Praktikumsplatz, für den wir auch noch dankbar sein sollen. Das Ganze macht aber Sinn, wenn klar wird, was Hildegard Müller für diesen Betrag auf den Tisch bringt, nämlich das offene Ohr der allerhöchsten Regierungsebene, Kanzlerin und Minister inklusive. Und dass Finanz- und Immobilienfirmen das offene Ohr der Regierung haben steht außer Zweifel. So wurde beim letzten „Neujahrstalk der Immobilienwirtschaft" der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier persönlich herbeizitiert. Der bezeichnete den Mietendeckel brav als „sozialistische Fantasie" und sagte Ja und Amen zur Wunschliste der Immobilienlobby.

Im Resulat hat CDU hat nicht nur das Scheitern des Berliner Mietendeckels orchestriert. Sie hat auch verhindert, dass die Grunderwerbssteuer auf eine Art reformiert wird, die den großen Immobilienkonzernen einige Steuerschlupflöcher verschlossen hätte. Dies dürfte auch dazu führen, dass bei der Übernahme der Deutsche Wohnen durch die Vonovia SE, Milliarden Euro am Fiskus vorbei gehen werden.

Die Übernahme der Deutsche Wohnen verdeutlicht auch, wie selbstverständlich sich Politiker*innen als Interessenvertreter der Immobilienbranche inszenieren. Die Pressekonferenz bei der Michael Müller (SPD) zusammen mit den beiden Konzernchefs der Deutsche Wohnen und der Vonovia SE einen vorher eingefädelten Deal präsentieren, steht da für sich. Die imageschädliche Marke Deutsche Wohnen soll verschwinden und der börsennotierte Immobiliengigant Vonovia SE tritt als Partner der öffentlichen Hand auf.

Bei dem Refinanzierungsdruck nach einem 18 Milliarden Euro Deal müssen sich auch keine Illusionen gemacht werden, auf wessen Kosten und auf wessen Rücken das passieren wird. Da hilft auch das joviale Angebot, 20.000 Wohnungen mit enormen Instandhaltungsrückstand zu schlechten Konditionen an das Land zu verkaufen, nicht. Auch über die charmanten Aussagen zur Mietpreissteigerungen können wir nur lachen, da sich die Bestandsmiete meist eh nur um ein bis zwei Prozent erhöht und der Preistreiber von jeher Neuviermeitungen sind, für die

diese Versprechen wohl kaum gelten. Auch werden öffentliche Versprechen wohl keinen juristischen Bestand haben.

Die Ergebnisse der Komplizenschaft von Politik und Immobilienlobby im Klassenkampf von oben können sich sehen lassen: Allein der größte deutsche Immobilienkonzern VONOVIA SE hat im Jahr 2020 1,348 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Hildegard Müller kann sich also vermutlich auch dieses Jahr über ihre 120.000€ freuen. Leistung soll sich ja auch lohnen. Die „Lobbytätigkeiten" von schmierigen Personen wie Frank Balzer und Hildegard Müller sind eine Form legaler Korruption, die für die bürgerliche Demokratie im Kapitalismus symptomatisch sind. Die gehören zwar bei praktisch allen Parteien, die am Tisch der Macht sitzen, zur Normalität.

Die CDU schießt mit der Dreistigkeit und Würdelosigkeit, mit der sie dieses Spiel betreibt, aber den Vogel ab.

Diese Art von Verbindungen zeigen auch, dass Staat und Kapital zwei Seiten derselben Medallie sind. Versuche, die eine Seite gegen die andere auszuspielen, sind deshalb von vorne herein zum Scheitern verurteilt. Das Spektakel um den Berliner Mietendeckel hat das mal wieder gezeigt. Statt realpolitisch daherkommenden, reformistischen Nebelkerzen hinterher zu rennen, sollten wir uns deshalb auf die Mittel besinnen, die uns wirklich aus der Misere helfen können: (Miet-)Streik, Aufstand, Klassenkampf.

CDU – korrupter Scheißverein.

Wir grüßen alle räumungsbedrohten Projekte und Mieter*Innen und wünschen ihnen viel Kraft!

Gegen die Stadt der Reichen.

chronik.blackblogs.org/?p=14780

BRANDANSCHLÄGE AUF VONOVIA-FAHRZEUGE UND ANGRIFF AUF BÜRO

BERLIN. AUGUST 2021

Die angekündigte Übernahme der Deutsche Wohnen durch Vonovia ist ja fürs erste geplatzt.

Die Pressekonferenz und Show, mit der am 25. Mai die Chefs der Deutschen Wohnen, Michael Zahn, und Vonovia, Rolf Buch, sowie Oberbürgermeister Michael Müller versucht haben die Aktionär*innen zu überzeugen war also umsonst. Der Grund dafür war aber nicht, dass sich irgendwelche der Beteiligten plötzlich auf ihr soziales Gewissen besonnen haben. Einfach zu viele Hedgefonds hatten darauf gewettet, dass die Übernahme klappt und sie bei einem möglichen späteren Abfindungsangebot noch mehr Geld bekommen.

Die Chefetage von Vonovia zeigt sich weiterhin fest entschlossen, die Wohnungsbestände der Deutsche Wohnen aufzukaufen und damit bundesweit und in Berlin zum mit Abstand größten Immobilienkonzern zu werden.

Vonovia hat es in den letzten Jahren geschafft, sich einen Spitzenplatz auf der Liste der in der Berliner Stadtbevölkerung am meistgehassten Immobilienkonzerne zu verdienen, trotz harter Konkurrenz durch Akelius, CG-Gruppe und co. Von Zwangsmodernisierungen, über überteuerte Nebenkostenabrechnungen bis zum Aufkauf ganzer Stadtviertel hat der Konzern kaum etwas unversucht gelassen, um im Namen der Profitmaximierung den Mietenwahnsinn auf Kosten der breiten Masse der Berliner Bevölkerung weiter anzuheizen.

Dabei macht Vonovia seine größten Profite streng genommen nicht einmal mit unserer Miete. Die Geschäftsstrategie von Vonovia basiert vielmehr auf Finanzmarktinvestitionen. Der Konzern macht sich nämlich die weltweite Tendenz steigender Immobilienpreise zunutze. Die kommen dadurch zustande, dass sich der Kapitalismus nach wie vor in einer gewaltigen Krise befindet. Weil weltweit einfach viel zu viel produziert wird, finden sich für Kapitalist*innen keine vernünftigen Anlagemöglichkeiten mehr. Die Notenbanken reagieren darauf, indem sie billige Kredite mit niedrigen Zinsen vergeben – nur an Banken und Unternehmen versteht sich, also an die, die sowieso schon reich sind.
Diese Bedingungen – niedrige Zinsen und fehlende Anlagemöglichkeiten – machen Immobilien überhaupt erst für Finanzinvestor*innen interessant. Unter „normalen" kapitalistischen Bedingungen würde kaum jemand überhaupt in Immobilien investieren, weil sie vergleichsweise niedrige Rendite abwerfen. In Krisenzeiten wie jetzt aber laufen, wie gesagt, im übertragenen Sinne überall Kapitalist*innen mit haufenweise Geld in der Hand herum und suchen verzweifelt nach Möglichkeiten es anzulegen. Dieses überschüssige Kapital fließt dann verstärkt in den vermeintlich sicheren Immobiliensektor – und wo viel Geld hinfließt, da steigen die Preise, inklusive der Miete, weil sich die Preise aus der zu erwartenden Mietrendite berechnen.

Das Geschäftsmodell von Vonovia basiert darauf, dass darauf spekuliert wird, dass sich dieser Trend zu steigenden Immobilienpreisen und Mieten weiter fortsetzt. Indem, durch billige Kredite finanziert, Konkurrenzunternehmen aufgekauft und unrentable Bestände abgestoßen werden, wird der Bestand an Immobilien, den Vonovia hält immer größer und steigt, so die Wette, gleichzeitig permanent an Wert. Allein im zweiten Halbjahr 2020 ist zum Beispiel der Wert der von

Vonovia gehaltenen Immobilien um 2,3 bis 2,9 Milliarden Euro gewachsen. Von den zwischen 2012 und 2017 vom Konzern verbuchten 11 Milliarden Euro Gewinn, sind ganze 9 Milliarden auf solche Wertsteigerungen zurückzuführen. Die fetten Buchgewinne führen zu fetten Dividenden für die Aktionär*innen. Zumindest solange die Wirtschaftskrise weiter anhält und keine Blase platzt. Im Grund ist Vonovia also nichts weiter als ein schöngeredeter Hedgefonds.

Der Konzern ist von seiner ganzen Struktur her darauf angewiesen, dass Immobilienpreise und Mieten weiter steigen. Denn, wie gesagt, als Finanzkonzern verkauft er keine Wohnungen, sondern das Versprechen an Kapitalst*innen mit zu viel Kapital, dass Mieten und Wohnungspreise in Zukunft weiter steigen werden. Die Macht der Immobilienkonzerne, allen voran Vonovia, steht also auf wackeligen Füßen. Denn das Kapital ist ein scheues Reh. In dem Moment, wo sich abzeichnet, dass sich das Versprechen der steigenden Immobilienpreise und, damit einhergehend, steigenden Mieten nicht realisieren lässt, ziehen die Aktionär*innen ihr Geld genau so schnell wieder ab, wie sie es auf den Tisch geworfen haben. Vonovia hat also quasi keine andere Wahl, als beständig die Miete zu erhöhen.

Michael Müller muss das alles gewusst haben, als er sich am 25. Mai im Roten Rathaus ganz sozialdemokratisch zwischen den Konzernchefs Buch und Zahn öffentlich erniedrigt hat. Sämtliche sozialen Versprechungen und das ganze Gelaber von sozialer Verantwortung und „Mietendimmer“ sind nichts als Augenwischerei, um dem Widerstand gegen den Ausverkauf der Stadt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Müller hat so mal wieder unmissverständlich klar gemacht, wem Staat und Regierung im Kapitalismus zu Diensten sind, nämlich eben dem Kapital und nicht den Menschen.
Statt den seit mehr als hundert Jahren in Lügen und Verrat geübten Sozialdemokrat*innen zu vertrauen, sollten alle, die eine lebenswerte Stadt für alle wollen, versuchen, dafür zu sorgen, dass in Berlin und überall ein so Investor*innenfeindliches Klima wie möglich entsteht.

Durch Demos, Kundgebungen, Besetzungen, Hausbesuche, Sit-ins, Mietstreiks, Blockaden, Barrikaden, brennende Autos oder fliegende Steine kann ganz Berlin zu Risikokapital werden.

Wir haben dazu folgenden Beitrag geleistet:

– In der Nacht vom 9. auf den 10. August haben wir die Berliner Zentrale der Vonovia in Moabit mit Feuerlöscher und Hämmern angegriffen. Auf den zerstörten Scheiben steht jetzt meterlang „Gegen Vonovia“.

– In der darauffolgenden Nacht haben wir in Lichtenberg, Friedrichsfelde, Steglitz, Tempelhof und Wedding Firmenfahrzeuge angezündet.

Die Kleinbusse gehören zu den sogenannten „Objektbetreuern“ und sind, wie von anderen schon umfangreich dargestellt, ein essentieller Teil der von Vonovia zur Abzocke der Mieter*innen betriebenen „Insourcing“-Strategie.

Die sogenannte Bundesschlange, das in Schlangenlinien verlaufende Gebäude an der Joachim-Karnatz-Allee beherbergt wohl das, was einer Berliner Zentrale von Vonovia am nächsten kommt. Zumindest haben hier in der Hausnummer 45 sowohl der Gebietsleiter Nordost, Sebastian Jung, als auch die Quartiersmanagerin des jüngsten Großprojekts von Vonovia im Ziekowkiez, Janna Großklaus, ihre Büros.

Wer glaubt, Profite machen zu können, indem sicherer und bezahlbarer Wohnraum zu einem Privileg der oberen Klassen gemacht wird, sollte noch viel mehr Gründe für schlaflose Nächte haben, als einen Zwangsverkauf zum Marktwert, wie ihn die Initiative dwenteignen will.

Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Akelius und wie sie alle heißen gehören entschädigungslos zerschlagen. Die Wohnungen und der Lebensraum der Menschen in der Stadt sollte keine Verhandlungsmasse für die Aktiengeschäfte von Großkonzernen und Bonzen sein. Auch nicht für die Machtspielchen der staatlichen Politiker*innen- un Bürokrat*innenkaste. Die Häuser sollten weder Staat, noch Kapital gehören, sondern denen, die drin wohnen und die sie brauchen und zwar unabhängig vom Geldbeutel.

Wir wollen keine ausverkaufte Stadt, voll mit Luxusapartements und Konsumtempeln!
Wir wollen solidarische Kieze und rebellische Nachbarschaften – von Spandau bis Marzahn, von Tegel bis Lichtenrade.

Investor*innenträume platzen lassen!

Gegen die Stadt der Reichen

chronik.blackblogs.org/?p=14950

> *Buch: Die Menschen wissen vor dem Einzug, ob sie sich eine Wohnung leisten können oder nicht. Wir halten uns natürlich an die gesetzliche Mietpreisbremse, aber auch wir können nicht dauerhaft Wohnungen unterhalb der Marktpreise anbieten.*
> *ZEIT: Sind Vonovia und die Deutsche Wohnen deswegen zum Feindbild geworden? In Berlin brennen regelmäßig Ihre Firmenfahrzeuge, allein an einem Tag im August waren es fünf Stück.*

»Mieter brauchen keine Angst zu haben«, DIE ZEIT, 02.09.2021
Interview mit Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender von VONOVIA





ENTEIGNUNGS-DEBATTE

Neues sozialrevolutionäres Stadtentwicklungsprogramm – Mietkampf & Anarchie

10. Juli 2019

Anlass dieses Beitrages ist eine Veröffentlichung in „Analyse&Kritik" (AK) vom März 2019 Nr. 647 zum Thema „Man muss den Unternehmen die Wohnungen wegnehmen." Besagten Artikel gelesen zu haben, ist keine Voraussetzung, um der nachfolgenden Kritik folgen zu können. Eine Kritik entlang der formulierten Positionen der Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen" (im weiteren Verlauf: „Kampagne DW") ist überfällig.

Wir nehmen das Ergebnis unserer Kritik gleich vorweg: Die Kampagne wird weder halten was sie verspricht, noch wird sie eine Einlösung der Parole „Deutsche Wohnen enteignen" auch nur annähernd auf den Weg bringen. Unsere Fazit: Das was uns in dem Artikel und dem Interview mit zwei Funktionären von „Deutsche Wohnen enteignen" als „Enteignen" verkauft wird, ist nicht nur eine Luftnummer, sondern bedeutet ein fettes Geldgeschenk an die Immobilienwirtschaft. Enteignen sieht anders aus."

Gleich zu Beginn des Artikels werden wir so richtig radikal eingestimmt: „Es hilft alles nichts, die Immobilienunternehmen müssen enteignet werden." Der AK-Redakteur, der das verkündet, wird an anderer Stelle in der Printversion wortreich erklären, dass Parteien nur zu den Spielregeln des Kapitals spielen dürfen und dass darum eine Organisation außerhalb der Parlamente nötig ist. So platt wie wahr. Es erübrigt sich eigentlich auszusprechen, welche Organisation gemeint sein könnte, blättern wir doch gerade in dem Sprachrohr der Organisation – der „Interventionalistischen Linken" (IL). Dass es aber auch innerhalb der radikalen Linken Verwirrungen über die Bedeutung der „Kampagne DW" gibt, zeigt auch das Beispiel des Bündnisses „Zwangsräumung verhindern", die der Kampagne einen fulminösen Start auf der Mietenwahnsinndemo zuspricht. Auch in der Interim, die für sich bestimmt alles andere in Anspruch zu nehmen, als reformistisch zu agieren, lässt sich blenden von dem Begriff „Enteignen". Entsprechend positiv der Bezug zu der „Kampagne DW" in ihrem Editorial.

Aber es wäre auch vermessen zu glauben, sozialdemokratische Denke sickere nicht auch immer wieder in Strukturen, die sich zwar für radikal halten, aber diese „Radikalität" dann doch eher über identitäre Codes produzieren. Zugehörigkeitsinszenierungen und szeneüblicher Konformismus dominieren, eine offene Praxis und Diskussionen entlang anarchistischer Perspektiven kommen im Alltag kaum vor. Einerseits. Andererseits gibt es gegenüber der „Kampagne DW" auch bis hin ins bürgerliche Spektrum der Mieter*innenbewegung Vorbehalte.

Zeit für eine Schärfung einer radikalen Position und entsprechenden Widerspruch

Es ging bei der Kampagne gegen „Deutsche Wohnen"nie um enteignen. Hier geht es nur um einen Rückkauf von Wohnungen. Erinnern wir uns: Der rosarote Senat hat die GSW vor mehr als 10 Jahren verscherbelt. Und das damals weit unter Preis: für etwas mehr als 400 Millionen. Zusammengezogen mit den Schulden von etwas mehr als 2 Milliarden, die die Konzerne übernahmen, haben diese ein Schnäppchen gemacht. Die landeseigene GSW wurde damals von der SPD und den LINKEN auf Betreiben des damaligen Finanzsenators Sarrazin (SPD), bekannt eher nur für seine rassistischen und heute AfD-kompatiblen Positionen in der Migrationsdebatte, verkauft, d.h. privatisiert. Es soll jetzt ganz schnöde zurückgekauft werden – die Kampagne nennt auch einen Preis: 8 bis 13 Milliarden. Es steht – auch für die Kampagnenmacher*innen – außer Frage, dass nicht der damalige Verkaufswert den heutigen Rückkauf bestimmt, sondern der heutige Wert der Immobilie. Denn das bestimmt das Grundgesetz und auf dessen Boden bewegt sich die Kampagne ausdrücklich.

Der Rückkauf ist nicht einfach ein Rückkauf, der beliebig verhandelbar ist. Es handelt sich um einen Entschädigungsanspruch, der aus der Verfassung resultiert. Die Höhe der Entschädigungen werden ja nicht von der IL festgelegt, noch nicht mal vom Senat, sondern von „Experten" und „Deutsche Wohnen "und in letzter Instanz von deutschen Verfassungsrichter*innen. Dass eine Entschädigung in der zu erwartenden Höhe den Mieter*innen keine Luft verschaffen wird, liegt auf der Hand, wird aber wie so vieles unterschlagen in den Argumentationen für die Kampagne. Denn, eine Entschädigung wird nicht in Obst, nicht in Pflanzen, nicht in Dildos oder Kondomen, sondern in Geld getätigt. Logisch. Und was macht ein Konzern mit Geld in der Regel? Er setzt es sofort zur weiteren Wertschöpfung ein – eine Wertschöpfung die sich sofort gegen andere Mieter*innen anderswo wenden wird. So sieht sie also aus, die not-in-my-backyard-Solidarität von Teilen der Berliner Mietenbewegung.

Der ganze Vorgang hat genau genommen mit emanzipativer Politik nichts zu tun, sondern läuft auf eine juristische Auseinandersetzung hinaus, die in den Gerichten und Verwaltungen ihren Ort hat. Dort sitzen dann auch keine Mieter*innen, sondern Experten, Anwälte, Gutachter, Bänker und all so ein Zeug. Die Mieter*innen der Kampagne dürfen dann Beifall klatschen oder was um einiges wahrscheinlicher sein wird, ernüchtert und resigniert spüren, auf welchen Irrweg sie von ihren Bewegungsfunktionär*innen

mit ihrer Enteignungslüge geführt wurden. Wir gehen sogar so weit zu behaupten: Durch solche Lügen, Versprechungen und den nachfolgenden Enttäuschungen produzieren solche Kampagnen Ohnmacht und Resignation. Ein guter Nährboden für Kräfte wie der AfD. Aber scheuklappenbewehrt würden sie, die Kampagnenfunktionäre, uns den Rückkauf als Erfolg ihrer Enteignungskampagne verkaufen. Das ganze auch nur annähernd mit dem Begriff der „Enteignung" zu belegen, ist nicht nur dumm und frech, sondern politisch brandgefährlich.

ENTEIGNEN...? KLINGT IRGENDWIE GEIL... ICH BIN DA GANZ BEI DIR...

Wir verstehen „Enteignen" als Kampfverhältnis, das an die Wurzel des kapitalistischen Privateigentums geht und nicht als den sozialdemokratischen Regulierungsansatz,der uns gerade serviert wird. Für uns sind unbezahlbare Mieten und Verdrängung nur eine Facette einer ungerechten Gesellschaft, ein Ausdruck. Als revolutionäre Anarchist*innen stellen wir die soziale Ordnung grundsätzlich in Frage, weil sie nicht sozial ist und meinen das auch so. Wenn die „Kampagne DW" diesen Begriff im Bezug auf den Mietkampf von den radikalen Kräften der Bewegung räubert, vereinnahmt, in Besitz zu nehmen versucht, damit kokettiert, dann muss sie sich auch daran messen lassen.

Bereits seit mehr als fünf Jahren diskutieren verschiedene Strömungen immer wieder entlang der Eigentumsfrage. Sie tasten sich darin langsam im Tempo der Bewegung und entlang der Möglichkeiten vorwärts. #Besetzen ist der sicherlich sichtbarste Ausdruck derzeit, aber eben auch viele direkte Aktionen in Richtung dieser Thematik. Die „Kampagne DW" hat den Begriff noch nicht mal selbst gesetzt oder gar entwickelt, sondern aufgegriffen und verdreht. Der einzige wirklich anerkennenswerte Erfolg der Kampagne liegt auf der diskursiven Ebene: Die Frage des Eigentums ist derzeit breites Thema – wenn auch in verkürzter Form.

Denn: Das was hochtrabend als „Diskursverschiebung" abgefeiert wird, ist ohne materielle Bedeutung. Immer wenn ihnen nichts mehr einfällt, kommt der Hinweis auf die „Diskursverschiebung". Diese geschieht nur an der Oberfläche und bewegt nichts – die materielle Substanz des Problems (das Eigentumsverhältnis) hat sich weder verschoben noch wurde es berührt. Und es wird auch nicht berührt werden, genau dafür garantiert der sog. Enteignungsartikel im Grundgesetz und die Konformität der Kampagne dem gegenüber. Der Enteignungsartikel ist ein Entschädigungsartikel. Er ist kein Artikel zum Angriff auf das Privateigentum, sondern im Gegenteil: zu dessen Garantie – für den vielleicht politisch opportunen Ausnahmefall einer Enteignung eines Privaten aus öffentlichem Interesse. Wenn der CEO von „Deutsche Wohnen", Michael Zahn, die Kampagne beschreibt, dann tut er das aus einer gänzlichen anderen Sicht als wir natürlich, aber er trifft einen Nagel auf den Kopf: Die Kampagne „Enteignung schafft derzeit viel Emotionen, aber keine Wohnung."

Aber das Mantra von der Enteignung macht sich vor allem gut, für alle die daran glauben wollen und eignet sich auch zur Inszenierung eines Etappensiegesgegenüberden Unterstützer*innen der Kampagne. Regel Nummer 1 der Kampagnen-Heinze dieser Welt: Starte nie eine Kampagne, die du nicht gewinnen kannst. Egal wie kümmerlich die Zielsetzung, egal wie erbärmlich die Begriffverdrehungen, mit denen du arbeiten muss – möchten wir hinzusetzen.

Uns stört es nicht, in einer Kampagne auf Emotionalisierung zu setzen. Uns stören die Lügen dahinter. Das ist bestenfalls irreführend, aber eigentlich fällt die Kampagne den Mieter*innen in den Rücken: Indem sie etwas vorgibt zu sein, was sie nicht ist. Der Volksentscheid ist zahnlos hinsichtlich der Eigentumsfrage. Die Hoffnung kann nur betrogen werden.

Es ist nicht schön, diese Hoffnung zum Platzen zu bringen und die Finger in die Wunden zu legen. Aber uns wird niemand sorgenfreies Wohnen auf dem Silbertablett servieren. Das Ganze ist ein heftiger Kampf, der Zähigkeit braucht, viele Rückschläge einstecken wird, keine großen Siegesinszenierungen verspricht, aber eine revolutionäre, eine militante Perspektive sucht und braucht. Um den Herrschenden das Zittern zu lehren – diejenigen also, die aus Sorge vor dem sozialen Frieden Zugeständnisse machen müssen (auf denen wir uns es nicht leisten werdenauszuruhen).

UND WAS MACHT DIE KAMPAGNE? FREUT SICH WENN PARTEIEN ZUSPRUCH SÄUSELN...

So sollte eigentlich wundern,warum der Umstand unhinterfragt bleibt, wenn die Kampagne Zuspruch von einer Partei der Besserverdiener und Modernisierungsvertreter – den Grünen – erhält? Und wie kommt es, dass die LINKE, die Berlin mit der SPD und den GRÜNEN die nach wie vor neoliberale Stadt verwaltet, die Kampagne ebenfalls unterstützt in ihrem Europawahlkrampf? Ausgerechnet die Partei, die die GSW zu einen Spottpreis verscherbelt hat und deren Personal heute immer noch die Politik bestimmt? Was läuft falsch, wenn von Fraktionen der herrschenden Parteien Zuspruch kommt? Richtig, dann kann das alles ja gar nicht so dolle sein, will man da meinen. Denn eine

Partei, so haben wir ja eingangs in der „Analyse ohne Kritik Nr 674“ lernen dürfen, folgt ja immer nur den Spielregel des Kapitals. Was also ist das für eine Kampagne, die ihre Unterstützung im „linken“ Spektrum der Parteien erfährt, die den kapitalistischen Rahmen nicht verlassen können und nicht wollen – denn das Verbleiben in dem Spielrahmen garantiert ihre Existenzberechtigung.

Natürlich ist „Deutsche Wohnen“ ein großer Player, dem ein Riegel vorgeschoben gehört, das steht außer Frage, aber was ist das für ein Riegel im Falle der Kampagne „DW enteignen“ – wenn das Parteienspektrum bis hin zu Teilen der SPD sich damit gemein machen können?

Es ist ihr alltägliches Geschäft, vereinnahmen und spalten. Die Kampagne bietet den Parteien mit deren Profilierungsanspruch bei der Frage der Mieten eine Steilvorlage an. Auf den seichten Zug einer nicht ernst gemeinten Enteignungskampagne, die die Menschen auf den Staat hoffen lässt und die zu dem billigen Preis nur einer Unterschrift zu haben sind, das ist doch geradezu grandios. Die Parteien wären doof, wenn sie nicht auf diesen Zug aufspringen würden. Eine Kampagne mit Anschlussfähigkeit Richtung Sozialdemokratie eben. Und das Beste, nicht die Parteien müssen ein Spaltungsprojekt der Mieter*innenbewegung inszenieren, das machen deren selbsternannte Manager*innen und Sprecher*innen schon von selbst. Nicht nur dass die Kampagne die Mitwirkung an einem mehr oder weniger radikalen Projekt vortäuscht und emotional auflädt, sondern bewusst die Leute verarscht, die unterschreiben, genau genommen.

Vergessen die Rot-Grüne deutsche Beteiligung am NATO-Angriffskrieg auf Serbien vor 20 Jahren -ohne Grüne und SPD wäre das nicht durchsetzbar gewesen. Ebenso Hartz IV. Und heute zum Beispiel: Der größte Teil des Hambacher Forsts wurde unter einer Rot-Grünen Regierung gerodet: Mehr als 3500 der etwa 4000 Hektar. Und die Leute wählen trotzdem „Grün“, weil die vielleicht das Klima retten – hoffentlich... Wieder besseren Wissens wird eine Kampagne inszeniert, die alleinig dafür sorgen wird, das alles so bleibt wie es ist.

Wieso sollten die Reformist*innen da auch anders agieren als die Parteien, wenn es ums Eingemachte der bürgerlichen Gesellschaft geht, um das geliebte Privateigentum? Denn die Kampagnenheinze lassen völlig außer Acht, das sich die Eigentumsfrage nicht ohne die Frage der (Gegen-)Gewalt stellen lässt . Dies zu unterschlagen ist Basis der Lüge, auf der die Unterschrift gegeben wird. Die herrschende Klasse wird es nicht zulassen, dass durch eine Unterschriftensammlung die Eigentumsfrage zu ihren Ungunsten entschieden wird. Wer verteidigt das Eigentum? Wer besitzt? Und warum? Und wer besitzt nicht? Und wo war das Eigentumsrecht als die Zwangsräumung mit knapp 1000 Bullen in der Lausitzer Strasse durchgesetzt wurde? Wenn die Dörfer für die Kohlekonzerne enteignet, geräumt und abgebaggert werden? Und welche juristische Handhabung machte diese Durchsetzung möglich? Keine Unterschriftenkampagne war in der Lage, diese Enteignungen und Zwangsräumungen zu stoppen. Das ist der Klassencharakter jeder grundgesetz- und damit systemkonformen Enteignungsdebatte.

Hier werden Hoffnungen geschürt, die nur enttäuscht werden können. Hier ist ein Selbstbetrug in Gange, durch eine entweder naive und/oder korrumpierte Linke, die im eigentlichen Sinne einfach nur eine Rückkaufkampagne entlang der Gewinnerwartungen der Immobilienwirtschaftbetreibt.

LUSTIGE IDEE...

Doch tun wir mal so als könnte das klappen, nur mal so tun; die Politik beschließt die Verstaatlichung von „Deutsche Wohnen“...

Bei einer solchen Verstaatlichung haben sich ja die Spielregeln nicht plötzlich geändert, wenn der Staat im Besitz der Häuser ist. Weder Polizisten noch Gerichte sind verschwunden. Die Machtverhältnisse bleiben die gleichen, der Rahmen der Wohnen zur Ware macht, verändert sich nicht. Denn, ist ein Haus im Besitz der Stadt was ändert sich denn dann wirklich? Wir kennen die Geschäftsmodelle der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, die ebenfalls überschussorientiert arbeiten. Dort ist das gleiche Managerpersonal am Start wie in den Immobilienfonds. Sie steuern diese Unternehmen nach den gleichen Vorgaben des gleichen Marktes. In sofern ist auch der Ruf nach „Neubau, Neubau, Neubau, aber bitte sozial“ – ein Mantraähnlicher Ruf in der Wüste. Ob Stadt, Staat oder Investor – gebaut wird nach Marktgesichtspunkten, und auch die so viel gepriesenen Genossenschaften taugen eben oft auch nicht mehr als Beispiel. Ohne eine radikale Mietbewegung, die die Wurzeln, das Eigentum, den Besitz an Grund und Boden in Frage stellt, wird jeder Neubau keine soziale Lösung sein, sondern ein Geschäftsmodell.

Vorkaufsrecht: die selbe Kacke in klein
Nebenbei: Das von vielen bejubelte Instrument des kommunalen Vorkaufsrechts funktioniert im Grunde genauso, nur im kleinen. Auch für das Vorkaufsrecht gelten die Marktpreise. Die Bezirke spendieren 10% zur Kaufsumme hinzu, Geld das woanders gekürzt wird. Der Rest läuft über Kredite, die über die künftigen Mieten in der Regel über 30 Jahre gegenfinanziert werden. Hohe Einlagen in Hausgenossenschaften oder ähnliche Zusammenschlüsse sollen den Eigenanteil erhöhen und die Kredite verbilligen. Wer diese Einlagen nicht auf Tasche hat, kann sie abstottern. Am Ende kommen derzeit bei diesem Modell „wohnwirtschaftlich gerechnet“ Quadratmetermieten von 10 bis 12 Euro raus, brutto kalt. Und freiwillig, selbst ausgerechnet. Da freut sich doch das landeseigene Wohnungsbauunternehmen, das die Trägerschaft übernommen hat. Und die Bank, die die Kredite gegeben hat. Und der Verkäufer, der seinen Wertzuwachs aus der Immobilie realisiert hat und nun woanders wieder zuschlagen kann. Und die, die solche Mieten bezahlen können. Die, die das nicht können, haben halt irgendwas falsch gemacht. Sie sind dann schon ausgezogen aus dem tollen per Vorkaufsrecht der „Spekulationssphäre entzogenen“ Objekt. Mit dem kommunalen Vorkaufsrecht bekommt der zahlungskräftige


Wütender Mob

Mittelstand seine Mietwohnung gesichert. So wird Widerstand befriedet, indem man einen Teil der Akteure kauft, bzw. sich selbst zum Kauf vorschlägt. Teile und Herrsche. Wer von dem in der Masse üblichen Einkommen leben und ohne Ersparnisse auskommen muss, dem oder der hilft das Vorkaufsrecht nicht.

Sowohl diese selbst auferlegten Monstermieten im Vorkaufsrecht als auch die Mietsteigerungen der landeseigenen Konzerne heizen den Mietspiegel an und werden so zur Rechtfertigung neuer Mietsteigerungen. Sie deckeln auch keine Mieten, sondern halten Schritt mit der Aufwertung einer Stadt, die eben beabsichtigt ist. Als ob die landeseigenen Wohnkonzerne keine Mieten steigen ließen. Die Aufwertung und damit einhergehende Verdrängung ist kein Kollateralschaden, sondern Programm. Der einzige Unterschied zwischen landeseigenen und privaten Konzernen: Überschüsse gehen nicht als Dividende an Aktionäre, sondern in Sanierungen. Denn mit sanierten Wohnungen lassen sich höhere Mieten nehmen. Oder in unbezahlbaren Neubau, wie von städtischen Wohnungsbauunternehmen hinlänglich bekannt. Oder die Überschüsse gehen an den Eigentümer, die Stadt und von dort z.B. über den Schuldendienst doch wieder an die gleichen Leute, die auch die Dividenden der Immobilienfonds und privaten Konzerne kassieren. Denn verschuldet ist die Stadt ja massiv, weil sie die ganzen Wohnungen zurückgekauft hat – zu Entschädigungspreisen, die selbst die Kampagne bei 8 bis 13 Milliarden Euro ansetzt.

NOCH EINE LUSTIGE IDEE...

Nur mal so... Die Kampagne reflektiert die Kritik und verändert ihre Zielsetzung... Kann sie nicht, wird sie nicht, will sie nicht, aber tun wir mal so... Als Ausflug in die Realpolitik zwar, aber radikal gedacht...

Wenn die Kampagnenmacher*innen also einen Rest von politischem Verstand und Klassenstandpunkt hätten, dann würden sie jetzt den Fokus ändern und sagen: So, wir haben erreicht was wir wollten, die ganze Welt spricht über Enteignungen. Aber Enteignungen mit Entschädigungen sind natürlich Quatsch. Wir wollen entschädigungslos enteignen. Was ist das spannende am Eigentum für den Besitzenden, für den Investor? Die freie Verfügungsgewalt des Eigentümers über sein Eigentum bzw. über von seinem Eigentum betroffene Mieter*innen. Deckeln wir also diese Verfügungsgewalt. Dafür müssen wir ihm oder ihr gar nicht ihr geliebtes Eigentum abnehmen. Daher kämpfen wir ab sofort mit unseren Mitteln 1. für die Entfristung des Mietendeckels und 2. für die Neuberechnung des Mietspiegels. In den Mietspiegel müssen auch die Mieten reingerechnet werden, die unverändert blieben im Berechnungszeitraum. Nicht nur die Neuvermietungen und die Mietsteigerungen. Der Berechnungszeitraum ist von 4 auf mindestens 20 Jahre hochzusetzen. Mieten, die nach der Neuberechnung drüber liegen, müssen gemindert werden. Zweitens: Ein entfristeter Mietendeckel ist eher eine Enteignung als ein Rückkauf. Denn wem macht das Eigentum noch Spaß, wenn er nicht mehr damit machen kann was er will, z.B. ständig die Miete steigern? Ein entfristeter Mietendeckel ist die de facto-Enteignung, bei der aber der Entschädigungszwang des Art. 15 nicht greift.

Auch das totale Verbot von Neubau zu fordern, wenn es sich um Eigentumswohnungen handelt – auch das wäre ein Feld das es zu bearbeiten gälte – denn der Berliner Mietmarkt soll langfristig in einen Eigentumswohnungsmarkt transformiert werden, weil das die größte Rendite bringt .

Das wäre radikale Realpolitik: Die Widersprüche innerhalb des Bestehenden immer weiter zu treiben statt ein selbstgesetztes reformistisches Ziel zu erreichen, koste es was es wolle und selbst wenn sich im Prozess die Handlungsmöglichkeiten erweitern. Dazu fehlt ihnen der Mut und die Fähigkeit zur Selbstkritik. Stattdessen distanziert man sich von zwei Autos von „Deutsche Wohnen", die abgebrannt wurden. Das sei der falsche Weg, sagt ausgerechnet der Oberguru der „Kampagne DW", dem der Begriff und die Deutungshoheit „Enteignen" nicht nur mit solchen Aktionen längst enteignet wurde. Selbst die BILD-Zeitung in ihrem Titelblatt war da solidarischer, indem sie den Zusammenhang zur Wut der Mieter*innen und der Aktion herstellt.

KEINE HOFFNUNG AUF KAMPAGNEN WIE DIESE...

Wir vermuten, und das hat Gründe, dass diese Riege, die den Volksentscheid forciert, bereits jetzt für Kritik unempfindlich ist. Denn sie haben noch nicht mal ein selbstkritisches Wort darüber verloren, wie sie den letzten Mietenvolksentscheid[1] erfolgreich in den Sand gesetzt haben. Ohne Rücksprache mit den Unterstützer*innen, ohne Einbeziehung der Basis hat die zum Teil gleiche Clique (!) eigenmächtige Entscheidungen getroffen und viele Menschen vor den Kopf gestoßen. Auch diese Kampagne war hochemotional aufgeladen. Und man ließ die Basis Unterschriften sammeln, hochmotiviert und engagiert. Doch der sogenannte K.O.-Kreis spielte damals ein doppeltes Spiel und verhandelte mit dem Senat im Geheimen, traf intransparente Entscheidungen und schockierte die Basis bis auf die Knochen. Was war das für ein Frust, eine Enttäuschung und Ernüchterung. Als hätte es das alles gar nicht gegeben wird eine neue Kampagne aus der Taufe gehoben, ebenso fragwürdig wie die damalige. Vielen gelten die damaligen Akteurebis heute als politische Verräter*innen an der Mietkampfbewegung der Stadt.

Ein Teil der damaligen Kritiker*innen an dem K.O.-Kreis schweigt vielleicht heute aus Höflichkeit, manche auch aus Resignation. Doch andere haben eine klare Haltung. Sie setzen auf eine Verbreiterung einer radikalen Bewegung gegen die Stadt der Reichen. Friedrichshainer Nordkiez und internationale und interkiezonale

1 Eine Berliner Kampage aus dem Jahr 2015, die einen Volksentscheid zum Thema Wohnraum angestrebt hat. Diesen aber eigenmächtig zurückgezogen hat, nachdem es Verhandlungen mit dem Senat gab. https://mietenvolksentscheidberlin.de/

2 Friedel54: 2017 geräumter Kiezladen in Berlin Neukölln

Aktionen, #besetzen, Basisstrukturen, Demos wie „Keine Rendite mit der Miete“, „Fang den Bus“, Aktionen und Blockaden vor den Immobilenversammlungen, Friedel 54², Radikale Beratungsstellen, Küchen für Alle, Zwangsräumungskämpfe, direkte Aktionen und Anschläge z.B. auf das Carloft, auf Investoren, Googlecampus – die Agenda der Radikalen setzt seit langem eigene und vielfältige Akzente. Der braune Verfassungsschutz (VS) kotzt und warnt vor der Gefahr, dass anarchistische Gruppen Zuspruch im bürgerlichen Lager bekommen. Zu spät in dem Fall. So arbeitet der VS daran, seinen parlamentarischen Arm, die AfD, soziale Fragen von Rechts besetzen zu lassen. Das gelingt derzeit in dem Mietenkampf nicht, nicht mit so dummen wie plumpen Parolen wie „die Ausländer haben uns die Wohnungen weggenommen“.

Das Thema ist von linker und anarchistischer Seite durch eine jahrelange Kontinuität, Praxis und Ansprechbarkeit und einer Offenheit gegenüber Bürgerlichen und Gestrandeten im Kapitalismus gleichermaßen gesetzt. Und die Mietenbewegung

wird auch diese Kampagne hinter sich lassen und die „Eigentumsfrage“ radikalisieren. Diejenigen, die das dann aufgreifen und zu verwässern versuchen, werden mit dem Gegenwind klarkommen müssen. Die Kampagnenheinzezu zwingen sich immer wieder einer Perspektive zu stellen, stellen zu müssen, die eine andere Gesellschaft will und nicht die Menschen mit ihren Nöten verarscht durchBevormundung, das ist der Part jener Gruppen, die länger dabei sind und erkennen wann wieder die Kampagnenheinze Sozialdemokratie in die Bewegung hinein zu etablieren versuchen. Wenn diese die Menschen und Bewegung versuchen zu benutzenund zu funktionalisieren, für das eigene Projekt, die eigene Ego-Befriedigung, die eigene Organisation, für eine zukünftige Machtbeteiligung… dann ist ein klares, ehrliches und offenes Wort zu sagen. Wenn die Menschen durch die Machtstrukturen und Verarschungen durchblicken, können sie den Bewegungsmanager*innen auch das Management versauen und die Bewegung schützen.

Rückkauf von DW ist Wohnraum im Besitz des Landes… und?

Doch kommen wir nochmal zurück und vertiefen wir inhaltlich den Gedanken rückgekaufter Wohnungen am Beispiel „Deutsche Wohnen“: Auch wenn ein teurer Rückkauf der Wohnungen von „Deutsche Wohnen“ und anderer stattfinden sollte, ist das Eigentum nur in den Händen anderer Betriebswirtschaftlergelandet und eben nicht in der Verfügung von Vergesellschafter*innen. Nehmen wir Stadt & Land. Sie nutzen den Mietspiegel ständig um Gewinn zu generieren, wie einst von Sarrazin verordnet und bis heutevon der Regierung vorgeschrieben. Sie handeln nach Marktgesichtspunkten und sind per Senatsweisung auch daran gebunden rentabel zu arbeiten. Rentabilität bedeutet Gewinne zu erwirtschaften, die nicht nur in Sanierung, sondern auchin Neubau investiert werden.Neubau geht aber marktkonform nur in einem Preissegment, das die Mittelschichten bedient,aber nicht die sowieso schon ausgegrenzten Klassen. Diese werden als „Überflüssige“ verwaltet und an den Rand geschoben: verarmte Rentner*innen, „Hartzer“, Alleinerziehende, prekärBeschäftigte und jene, die gerade den Mindestlohn erhalten, Geflüchtete mit Arbeitsverbot, der White Trash, der vor den Supermärkten und in den Parks rumlungert, etc. Und so arbeitet auch „Stadt und Land“ und die HOGOWE „rentabel“ – diese landeseigenen Betriebe führen sogar die Liste der Zwangsräumungen für 2017 in Berlin an – mit über 750 Zwangsräumungen. Öffentliche Wohnungsbauunternehmen in Hand der Stadt sind also nicht Teil einer Lösung, sondern Teil eines Problems.

Sollte tatsächlich eine Gesetz auf den Weg gebracht werden, so sagen die Interviewten in dem AK-Artikel: „Die Umsetzungen werden wir natürlich kritisch begleiten und kontrollieren“. Welch eine Selbstherrlichkeit und Selbstüberschätzungen der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten: Der Glaube, sich auf fremden Terrain souverän entlang der Interessen von Unten bewegen zu können. Und was für eine Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse zu glauben, dass durch den Bescheid etwas anderes heraus kommen könnte als ein weiteres bürokratisches Wohnungsverwaltungsmonster, das entlang der marktlogischen Gewinn- und Wachstumsambitionen operiert. Und wer vielleicht darauf schielt ein Pöstchen zu ergattern um diese Umsetzung kritisch zu begleiten – der*die lasse sich besser auf keiner einzigen Demo mehr sehen.
Warum wohnen nicht alle Menschen zu einigermaßen ähnlichen Bedingungen in Wohnungen, die der Gesamtheit gehören, die im kleinen durch die Mieter*innen verwaltet werden? Hier behauptet niemand, dass das ein leichter Prozess wäre. Aber an der eigenen Entmündigung zu arbeiten und dem Konzern „Deutsche Wohnen“ den Besitz wegzunehmen, um ihm dem Staat zu übereignen, der mussnicht nur ein ausgesprochenes loyales Verhältnis zum Staat haben und verharrt anscheinend darüber hinaus gerneauch in Knechtschaft. Oder er verarscht die Anderen absichtlich, um selber voran zu kommen. Denn es ist eine süße Illusion, dass dem Landeseigentum leichter beizukommen ist als dem privaten. Hat Stadt und Land sich nennenswert bewegt, als sie für die Mieterhöhungspolitik kritisiert wurden? Bleiben sie weit unter dem Mietspiegel, haben sie bezahlbare Wohnen gebaut, haben sie vielleicht sogar Mieten gesenkt in den letzten Jahren, um angesichts der Mietspiegelentwicklung im Sinne der ärmeren Bevölkerungsteile gegen zu halten? Komisch, warum eigentlich nicht? Sind doch städtisch. Aber „Deutsche Wohnen“im Besitz des Senats soll nun plötzlich alles verändern?

8 oder 13 Milliarden? Ach, nur 30 Milliarden? Peanuts…

Die Macher*innen des neuen Volksentscheides hantieren mit Entschädigungssummen wie die Großen, vielleicht 8 Milliarden, vielleicht aber auch 13, als wären sie die Finanzabteilung des Senates. Die Gegenseite hantiert im übrigen mit 30-35 Milliarden Euro als Entschädigungssumme. Dass der Kampagne nicht selber auffällt, dass das mit Enteignung im politischen Sinne nichts zu tun hat? Das ist das Problem mit reformistischer und Ängste funktionalisierender Politik, die sich auf Spielregeln einlässt anstatt das Spiel zu beenden. Kann eine solche Politik zu einer radikalen

Selbstkritik fähig sein? Folgerichtig kann man auch andere Wege nicht erkennen und hält den eigenen für alternativlos. „Die Entschädigungssumme ist natürlich ein hoher Preis (...) Aber die Enteignung ist die einzige Möglichkeit wie man sich die Bestände [Verkaufte GSW-Häuser Anm. Verfasser*innen] wiederholen kann, ohne die hohen Preise zu bezahlen, die zukünftige Mietsteigerung schon eingepreist haben.“ (Zitat A&K) Kein Wort von anderen politischen Möglichkeiten. Keine Perspektive entlang von Widerstand. Stattdessen schwadroniert im Artikel der ILer weiter: „Insofern ist das sogar unter finanziellen Gesichtspunkten die beste Variante“. Spricht da noch ein Linker? Oder ist Links-sein so sehr auf den Hund gekommen?

Stadt von unten selber machen – Es lebe die Anarchie...

„Enteignen“ steht Land auf, Land ab, für einen radikalen Ansatz – Kampagne hin oder her. Es ist an der Mietkampfbewegung damit weiter zu experimentieren und die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Es sind und bleiben die Eigentumsverhältnisse als Ganzes, es bleiben die neuen Klassenverhältnisse, die uns bewegen werden. Wer arm ist, wird arm bleiben und wird folglich immer beengter wohnen, oder aufs Land gehen, bis auch dort das Wohnen schwierig wird. Ein Teil wird obdachlos, ein anderer Teil bleibt einfach bei Mama wohnen, und viele resignieren und zerbrechen an den Verhältnissen. Oder werden von ihrer Existenzangst aufgefressen, im Irrglauben sie seien selber schuld an der Misere.

Es geht also um einen Kampf, der sich gegen eine Stadt der Reichen richtet. Gegen deren kaputte Konsumbedürfnisse, gegen die Touristifizierung der Stadt, den Ballermanntourismus in unseren Kiezen und die Ferienwohnungen und Hostels in unseren Häusern. Es geht gegen das Unternehmen Stadt, das nicht nur seine Wohnungsbaugesellschaften gewinnorientiert zu wirtschaften zwingt, sondern als Ganze nach betriebswirtschaftlicher Logik verwaltet wird. Es geht gegen die Startups, die hoffen im Run auf das große Geld aufs richtige Pferd gesetzt zu haben, es geht gegen Baugruppen und öko-konservative Eliten wie sie in der Markthalle 9 zusammen schmausen. Es geht gegen die Gier, alles zu Geld zu machen, den Boden, das Haus, die sozialen Beziehungen. Der Kampf ist vielseitig zu führen und immer wieder zu bündeln an der Frage des Eigentums, der Klassenfrage im Neoliberalismus, an anarchistischen Gegenentwürfen, die militant verteidigt werden müssen und an einer sozialen Kultur, die ernsthaft auch an einem anderen sozialen Entwurf arbeitet, der im Widerspruch zur Konkurrenz, zur Lüge, zur Kälte, zur Macht, zur Intrige steht – denn genau das sind unsere Strukturen nicht. Sie sind in ihrem Inneren in der Regel zu oft ein Abbild der von Herrschaft dominierten Gesellschaft. Denn das private ist politisch!

Wer steht im Weg rum und nervt...?

Gerade ist doch das Problem, dass die Eigentumsverhältnisse in ihrer bürgerlichen Auslegung den Anspruch auf Besitz in welcher Größe auch immer garantiert, während es zugleich den Ausschluss der Nichtbesitzenden garantiert. Die Nichtbesitzenden haben noch nicht mal die Garantie darauf, an den Rändern der Stadt wohnen zu können, um dann für die Reichen zu Dienstleistungszwecken anzureisen, zu putzen, kochen, die Kinder zu betreuen und die Hunde auszuführen, die Autos zu reparieren, den Bus zu fahren, sexuell zu Diensten zu sein, den Dachgarten zu pflegen, den Partymüll von der Straße zu sammeln. Die Boulevardpresse titelte schon: Polizisten können sich die Stadt nicht mehr leisten, die sie schützen sollen. Da lachen wir über die der Polizei zugeschriebene Rolle, denn „ganz Berlin hasst die Polizei“, wie wir wissen. Eine Polizei, die zur Sicherung des Eigentums, Zwangsräumungen durchsetzt und immer wieder brutal zuschlägt um den Mächtigen die Macht zu sichern, die den Nordkiez terrorisiert und über die Funktion des Befehlsempfängers hinausgehend ein politischer Player gegen den Mietkampf ist. Beispielsweise sei hier die illegale Räumung des besetzten Ladens in der Wrangelstraße erwähnt.

Der Klassencharakter von Wohnsituation ist aber exemplarisch klar benannt.
Besetzen als Wille das Eigentum zu Vergesellschaften..

Es wird um die Weiterführung der Besetzungsversuche gehen. Um die militante Absicherung der Besetzungen entweder, oder mit den Körpern von tausenden Menschen die der Polizei das durchkommen unmöglich machen. Das sind nicht irgendwelche Körper, sondern Menschen, mit dem Willen, ein von Räumung bedrohtes Haus, Mieter*in, Zwangsgeräumte, ein Haus im Mietstreik kollektiv und verantwortlich zu schützen. Dieses Bewusstsein fällt nicht vom Himmel, diese Angst vor den Gegenreaktionen wird nicht einfach so überwunden. Es geht darum auch eine Stimmung zu schaffen, die jede Räumung zu einem hohen politischen Preis für die Stadt werden lässt, wie damals bei der Zwangsräumung in der Lausitzer Strasse. Da hasste ganz Kreuzberg mal die Polizei. Eine Bewegung, die sich tief verankert in der Bevölkerung und solidarisch handelt. Ein Mietstreik zu propagieren und dann aber tatsächlich dafür die sozialen, solidarischen und kämpferischen Bedingungen zu schaffen, sind zwei unterschiedliche Sachen. Für einen Mietstreik braucht es eine sehr starke Bewegung, die den Streikenden bei einer Räumung Perspektive bietet. Oder die eben schon so stark ist, das sie den Mietstreik über eine Bewegung durchzusetzen in der Lage ist.

Wir setzten auf Kontinuität, auf die Stärkung einer basisorganisierten Mieter*innenbewegung, die sich nicht anführen lässt, sondern selbst anführt. Eine Bewegung, die Mut hat zur Diversität, zu internationalen Bezügen und Kämpfen, die Erfahrungen mit Staat und Gesellschaft macht, von bürgerlich bis anarchistisch. Die Erfahrungen sammelt mit unterschiedlichen praktischen Ansätzen, sozialrevolutionär, feministisch, breite Massenaktionen und mit Massenmilitanz, mit Straßenfesten und Kulturaktionen, mit Wohnungsbesetzungen und gekaperten Aktionärsversammlungen. Und diese Erfahrung miteinander teilt und ihre nächsten Schlüsse und Aktionen daraus ableitet.

Die Mietenwahnsinnsdemo 2019 mit ihren über 35.000 Menschen war vor allem ein Erfolg eines jahrelang

gewachsenen, basisorientierten Organisierungsansatzes, der mit den ersten Mietenstoppdemos vor rund zehn Jahren begann. Damals wie heute: Keine Parteien, Sekten und NGOs, die uns anführen, geschweige denn als Organisationen offen auftreten durften. Und dann dieses Jahr der Versuch einer Ladenbesetzung in der Wrangelstrasse im Rahmen dessen was möglich war.

ETAPPENZIEL: ALLEN EIGENTUMSNEUBAU VERHINDERN...

In diese Richtung gilt es weiter zu denken: Verstetigung, kontinuierliche Stadtteilarbeit, Beratungen, Kiez- und Hausversammlungen durch öffentliche Gruppen etc. bei gleichzeitig militanten Angriffen informeller Gruppen. Offene Diskussion und Versammlungen an vielen Orten über eine Aneignung der Stadt auf breiter und auch auf massenmilitanter Basis (Blockaden, Mietstreiks, Besetzungen etc.) sind zu initiieren. Auch tatsächlich Mietkampf mit anderen Kämpfen zu verbinden und auszuweiten. Und anarchistisch-revolutionäre Herangehensweisen und Konzepte diskutierbar und zugänglich zu machen. Subversive Kommunikationsattacken auf die Eliten (z.B. Kündigungen/Zwangsräumungen an Reiche aussprechen). Nicht nur auf den Grunewald beschränkte Spaziergänge sondern auch Spaziergänge oder Angriffe auf ihre sozialen Orte der Reproduktion (wie Golf & Tennisplätze, Saunen, Edelkitas, Privatschulen, SUVs, Restaurants, etc). Und ihre Arbeitsstätten, Privatjets, Firmenwagen, Hausverwaltungen, Wachschutz... Hier liegt auch die Verschränkung mit dem Klimathema auf der Hand. Zerstören sie die Welt, in der wir leben, verdrängen sie uns aus der Stadt, zerstören sie sozial-gewachsene Kieze, werden wir sie besuchen. Der Bau von Eigentumswohnungen muss vielfältig zum Erliegen kommen.In jedem Winkel der Stadt. Das sollte eine unserer Zielrichtungen unter vielen anderen werden: Tags mit Vielen, Nachts mit wenigen.

PARTY ENDE GELÄNDE...

Und auch der Ballermanntorismus und die Hostels: Das ist nur die kommerzielle (Aus-)Nutzung unserer sozialen Räume, die damit verkauft werden. Lassen wir uns in diesem Gewerbebereich des Unternehmens Stadt nicht weiter zu unbezahltem Statistenvolk degradieren. Die Stadt ist keine ergiebige Tourismusfabrik, wie sie sich das rot-rot-grünen Regierungspersonal erhofft und wofür es alles tut, sondern unser Lebens- und Wohnort. Zerstören wir den Partyort Berlin, das geile Feierimage, bevor wir zwischen Lärm, Oberflächlichkeit, sozialer Kälte und Konsumterrorismus zerrieben werden. Es kann nur eine große Party geben: Die der Zerstörung der Herrschaft. Und den Feiern der Etappensiege, wenn ein Kampf gewonnen wird – ein Haus verteidigt, eine Besetzung durchgeführt wurde, ein Investor aufgibt (Google raus), ein CEO den Koffer packt (tschüss, Zahn), ein Bulle überläuft, eine Spitzel sich outet, eine Enteignung praktisch von Tausenden, Wütenden, Entschlossenen durchgesetzt wird.

WIR PLÄDIEREN AN ALLE:

An die miltanten Gruppen zum Beispiel, und diejenige die es werden wollen: Setzt Akzente, die die Menschen in ihrem Kampf um bezahlbare Mieten, um ihr Wohnrecht, um eine andere Stadt stärken und ihnen den Rücken frei halten. Verbindet den Kampf um unsere Freiräume und Projekte mit Mietkämpfen und Auseinandersetzungen anderer Betroffener. Greift die Konzerne und Reichen an. Helft den Stadteilkampf auszuweiten in die Konzernetagen und Villenviertel. Unberechenbar. Bunt. Vielfältig. Offensiv.

WIR PLÄDIEREN AN ALLE:

An die offen auftretenden Zusammenschlüsse von Mieter*innen, Stadtteil-Initiativen etc.: Sucht die Diskussion mit dem radikalen Teil der Bewegung, tauscht Euch mit ihnen aus. Entwickelt eigene (radikale) Ansätze, stellt sie zur Diskussion und fordert Unterstützung vom militanten Teil der Bewegung ein. Organisiert Euch sozial, solidarisch, kollektiv und offensiv.

Ja, es sieht nicht gut aus insgesamt. Unsere Erfolge stehen oft nicht im Verhältnis zu unseren Niederlagen. Ja, bevor wir eine Wohnung erfolgreich verteidigt haben, sind mehr als zehn andere verloren gegangen. Ja, einer bezahlbaren Unterkunft stehen weit mehr zehn Eigentumsneubauten gegenüber. NOCH!

Denn wir sind entschlossen. Ja, wir haben keine andere Wahl. Ja, aber wir werden unsere Kraft entdecken und uns wundern, was wir auszurichten in der Lage sind – wenn wir uns nicht spalten. Wenn wir den BewegungsManagern (und Managerinnen) und Führern die Macht wegnehmen und uns von ihnen nicht immer wieder aufs Glatteis führen lassen – wenn wir die Kuschelspiele mit der Politik beenden, wenn Tausende an einer Baustelle, Zwangsräumung, Besetzung, Entmietung stehen und „NEIN“ sagen, und auch „NEIN“ meinen und auch „NEIN“ durchsetzen

ENTEIGNEN!
Es lebe die Anarchie! Viva la revolucion!
Juli 201 9

„Wir sind über zehntausend Jahre alt – unser Name ist Mensch“.

trend.infopartisan.net/trd0719/t230719.html

DWE ADE?! WER ZU OFT RECHT HATTE OHNE KONSEQUENZEN HAT TROTZDEM UNRECHT.

10. AUGUST 2021

Eine anarchistische Position zu „Deutsche Wohnen & Co. enteignen"

Am 26. September steht in Berlin das große Wahlspektakel an. Die Leute sollen sich eine neue Regierung wählen. Gleichzeitig wird auch über das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen" (DWE) abgestimmt. Warum wir uns weiterhin nichts vom Parlamentarismus versprechen aber trotzdem für DWE stimmen werden, warum DWE ein sozialdemokratisches Projekt ist aber trotzdem ein richtiger Schritt sein kann, warum wir uns nicht auf die Kader hinter DWE verlassen können sondern unsere eigene Perspektive aufzeigen müssen – darum soll es in den nächsten Zeilen gehen.

0. ENDLICH EINE DEBATTE

Während wir diese Zeilen schreiben, erscheint auf Kontrapolis ein Debattenbeitrag zur „Kritik an Kampagne: Deutsche Wohnen kaufen" (https://kontrapolis.info/4395/). Die Debatte um DWE aus anarchistischer Perspektive scheint damit eröffnet. Angestoßen wurde das durch Perspektive Selbstverwaltung und den Rauswurf eines Unterschriftensammlers für DWE beim Kronstadt Kongress (https://perspektivesv.noblogs.org/post/2021/06/22/statement-dwe-kronstadt-kundgebung/). Hier setzen wir gerne an.

I. ALLES SCHON MAL GEHABT

Ein erfolgreiches Volksbegehren in der ersten Phase, „das den Bürgern gefiel", schreibt die taz. Eine junge Bewegung, der große Hoffnungen gemacht werden. Handfeste Erfolge, in Gesetz gedruckt, für alle Mieter*innen der Stadt gültig. Beim Unterschriften sammeln kommen statt der benötigten 20.000 mehr als das Doppelte zusammen. Nein, nicht DWE sondern der Mietenvolksentscheid 2015. Die erste große Kampagne einer Gruppe Aktivist*innen von IL, über Linkspartei bis Kotti & Co. Eine angedrohte Verfassungsklage und ein paar Verhandlungen im Hinterzimmer mit den Regierungsparteien bleibt nicht viel übrig: „Als Revoluzzer gestartet, als Erfüllungsgehilfen der SPD geendet." Denn die Initiative dahinter hatte einen „Kompromiss" ausgehandelt. Einige Linke sprachen eher von einem Verrat. Wie gut der Kompromiss funktioniert hat zeigt die heutige Lage des Wohnungsmarktes. Die Bewegung war gelähmt, viele aktive Mieter*innen zogen sich gefrustet wieder zurück. Der Volksentscheid wurde eine Niederlage.

Was das mit „Deutsche Wohnen & Co. enteignen" zu tun hat? Nun: Es sind die gleichen Leute. Leute, die seit jeher eng mit Linken und Grünen zusammenarbeiten oder von denen über Stiftungen sogar bezahlt werden. Das macht sie für uns nicht zu erbitterten Feind*innen aber auch nicht zu Menschen denen wir vertrauen sollten.

DWE ist ein sozialdemokratischer Reformversuch, aber keine Enteignung. Enteignen würde für uns bedeuten, den Profit zu enteignen. Beispielsweise hat Deutsche Wohnen den Kaufpreis der ehemalig landeseigenen Häuser (GSW) von 2004 längst wieder drin. Der Abkauf durch die Stadt würde zwar zukünftige Gewinne ausschließen, mit dem Kapital kann aber leicht auf einem anderen Markt wieder zugeschlagen werden. Leipzig soll ja im Kommen sein haben wir gehört. Doch gleichzeitig müssen wir anerkennen: Die Richtung stimmt. Ohne eine Enteignung der Wohnungskonzerne wird es nicht klappen, ohne die Vergesellschaftung von Wohnraum wird die Verdrängung weitergehen. DWE ist keine Enteignung, aber ein Schritt in die Richtung.

II. REFORM VS. REVOLUTION

Viele Anarchist*innen haben ein ambivalentes Verhältnis zu Reformen und Forderungen, das immer wieder unsere aktuelle Schwäche verdeutlicht. Einerseits predigen wir eine radikale aber oft abstrakte Kritik an den Grundsätzen der Gesellschaft. Diese Kritik weist ausgenommen von konkreten Kämpfen (Google Campus[1] verhindern, bedrohte Projekte erhalten oder Zwangsräumung verhindern) in ihrer Komplexität meist in eine revolutionäre Zukunft. Fragen uns Menschen nach unseren Ansätzen um dieses oder jenes Problem zu lösen holen wir – und das hat ja auch berechtigte Gründe! – groß aus und erklären, dass sich das erst verändert wenn wir das Patriarchat überwunden, das Eigentum an Produktionsmitteln abgeschafft und Räte in allen Nachbarschaften installiert haben. Knäste auflösen klappt nur wenn wir den Kapitalismus überwinden. Damit haben wir vielleicht Recht, weiter bringt uns das – ohne eine konkrete Strategie – trotzdem nicht. Wenn wir keinen revolutionären Weg vorzeichnen können sondern ihn nur an den Horizont projezieren verlieren wir irgendwann selbst den Glauben daran. Andererseits entstehen daraus zwei verschiedene Perspektiven in der anarchistischen Bewegung und der radikalen Linken: Entweder lehnen Menschen Reformen grundlegend ab oder verfallen ihnen aus Mangel an anderen Perspektiven. Ein strategisches Verhältnis ihnen gegenüber fehlt oft.

1 Google-Campus Im Jahr 2018 verhinderten Proteste die lokale Ansiedlung des Internetkonzerns in Kreuzberg. http://googlecampusverhindern.blogsport.de/

Denn der naive Glaube an Reformen ist gefährlich: Wenn der Staat Protestbewegungen entgegenkommt, ihre Wut in Papier umwandelt dann meist um sie zu befrieden. Dazu kann der Staat sie selbst jederzeit zurücknehmen. So lange unsere Gegenmachtstrukturen nicht genug ausgebildet sind, werden wir uns der staatlichen Logik jedoch nicht voll entziehen können. Wenn wir reale Verbesserung wollen, nicht der Elendstheorie folgen und nicht auf die marxistische Naturgegebenheit der Revolution warten können, dann liegt es auch an uns der Regierung Reformen abzuringen. Nicht von oben, nicht mit ihnen zusammen, sondern als Zugeständnisse an eine revolutionäre Bewegung. So wurde der 8-Stunden-Tag erkämpft, so das Frauen*wahlrecht. Es geht nicht darum über Reformen zum Ziel zu kommen, wie es die Sozialdemokratie sich einbildet. Es geht darum eigene Stärke zu gewinnen, als Bewegung die Mächtigen vor sich her zu treiben. Es geht darum reale Erfolge zu erzielen, ohne die keine Bewegung überlebt. „For reforms, not reformism" wie Thomas Giovanni schrieb.

Genau das könnte DWE sein, doch genau hier zeigen sich auch beispielhaft die unterschiedlichen Haltungen: Teile der radikalen Linken lehnen das Volksbegehren grundsätzlich ab. Hier gehören z.B. die anonymen „Kritiker*innen an Deutsche Wohnen & Co. kaufen" dazu. Sie sehen grundsätzlich keine Hoffnung im Parlamentarismus, argumentieren, dass „nur mit einer Unterschrift niemand enteignet wird". Sie werfen DWE – durchaus nachvollziehbar – vor, die Leute zu verarschen. Auf der anderen Seite unterstützen auch viele aus der radikalen Linken DWE, engagieren sich in den Kiezgruppen und freuen sich endlich mal mit vielen Berliner*innen beim Sammeln ins Gespräch zu kommen. Diskursveränderung, neue Basisarbeit oder einfach die aktuell erfolgsversprechenste Kampagne, die Gründe sind vielseitig.
Wir wollen diese beiden Positionen zusammenführen.

III. Den nächsten Schritt schon denken

Als Fridays for Future 2019 plötzlich entstand, war das nicht ohne die Kämpfe um den Hambi[2] möglich. Sie hatten den Boden gesetzt in einer günstigen Zeit. Als an Pfingsten 2018 #besetzen gleichzeitig 10 Häuser in ganz Berlin besetzte und ein „Frühling der Besetzungen" ankündigte, war dies vielleicht das erste mal seit den 1990ern, dass die Parole „Den Häusern denen die drin wohnen" mit Leben gefüllt wurde. Auch DWE ist ohne die Radikalisierung der Mieter*innen und der kleinen Besetzungsbewegung nicht denkbar. Es war der logische Schritt reformistischer Kräfte.

Gleichzeitig wäre ein Scheitern fatal: Der Bruch für die Mieter*innenbewegung wäre nur schwer auffangbar. Das hat auch schon der Volksentscheid 2015 gezeigt. Genau deshalb rufen wir dazu auf: Wählt keine Regierung, keine Partei – aber wählt DWE! Doch dann geht es für uns erst richtig los.
Bei einem Wahlerfolg für DWE ist nämlich noch gar nichts gewonnen. Der Volksentscheid ist kein „Gesetzesvolksentscheid" bei dem direkt ein Gesetz verabschiedet wird. Sondern mehr ein besonders starker Willensausdruck. Doch wir sind uns sicher: Egal wer an die Regierung kommt – niemand wird die Pläne von DWE einfach umsetzen. Die Grünen geben das sogar schon zu. Was wir stattdessen erwarten können sind jahrelange Verzögerungstaktiken, juristische „Prüfungen" und sonstiger Käse. Niemand darf so naiv sein, dass ein Wahlerfolg bedeutet, dass DWE & Co. 2022 der Stadt gehören.

Doch viele werden das tun. Und in der Logik der liberalen Demokratie haben sie jedes Recht dazu! Die Bevölkerung stimmt ab und trotzdem wird es nicht durchgesetzt – der Vertrauensbruch in den Parlamentarismus könnte nachhaltig sein. Hier können wir ansetzen und ihn vergrößern. Warum nicht Ultimaten stellen an die Regierung, die den Volksentscheid nicht umsetzt? Warum nicht ankündigen: Wenn ihr innerhalb von einem halben Jahr nichts macht – dann wird es Massenmobilisierungen, Blockaden, Besetzungen o.ä. geben? Das sind die konkreten Kämpfe die wir brauchen.

Atopic & Perspektive Selbstverwaltung

kontrapolis.info/4538

2 Hambi - Das Waldgebiet Hambacher Forst zwischen Aachen und Köln wurde von verschiedenen linken Gruppen und Einzelpersonen mittels Barrikaden und Baumhäusern besetzt um gegen die bevorstehende Rodung durch den Energieriesen RWE aktiv zu werden. https://hambacherforst.org

DAS EINE SAGEN UND DAS ANDERE TUN

28. AUGUST 2021

Im Konflikt mit dem Reformismus und seinen Verteidiger*innen

Die Unterstützung reformistischer Projekte, wie „Deutsche Wohnen & Co enteignen" (DWE) durch Anarchist*innen und andere Staatsfeind*innen ist eine alte Diskussion, die einfach nicht sterben will. Konkret zu DWE wurde in diesem Zusammenhang bereits 2019 eine umfangreiche Analyse und Kritik veröffentlicht. In der Zwischenzeit gab es noch andere interessante Texte. Wir versuchen uns hier an einer allgemeinen Kritik und bedienen uns dazu einiger Punkte des neusten Diskussionsbeitrags, mit dem kryptischen Titel: „DWE ade?! Wer zu oft Recht hatte ohne Konsequenzen hat trotzdem Unrecht".

Interessanterweise wird darin ausgerechnet der Kampf gegen den Google-Campus in Berlin erwähnt. Das bietet einen Ausgangspunkt, um ein paar grundsätzliche Fragen zu erkunden. Denn der „Erfolg" des Kampfes gegen den Google-Campus basierte maßgeblich darauf, dass es innerhalb der vielfältigen Strukturen, vom Anfang bis zum Ende, eine weit verbreitete, kompromisslose Kritik an reformistischen Kräften gab. Das ging sogar so weit, dass bspw. eine Podiumsdiskussion mit einer Politikerin massiv gestört wurde. Diese anti-politische und anti-reformistische Haltung war eine spezifische Qualität dieses Kampfes und war für einige Ziel und Methode zugleich. Denn die Ideen einer herrschaftsfreien Welt brauchen Handlungen und Mittel, die diesen entsprechen. Auch wenn es manche schaffen auszubrechen, ich kann nicht mein Kind einsperren und verprügeln, damit es einen freiheitlichen Willen entwickelt.

Reformen sind Herrschaftsinstrumente des Staates. Sie werden ausschließlich zum Machterhalt der Herrschenden eingesetzt und dienen in der Regel der Befriedung von Kämpfen oder der Erneuerung bestehender Strukturen. Reformen kommen so oder so, sobald der Staat keinen anderen Weg sieht, die eigene Macht zu erhalten. Dafür braucht es keine „reformistischen Anarchist*innen" oder Projekte wie DWE. Der Staat ist selbst absolut in der Lage Projekte zur Befriedung von Kämpfen vorzuschlagen. Projekte, die auf Reformen ausgerichtet sind, nehmen ihm die Arbeit ab. Der Appell an den Staat durch diese Art von Forderungen und laute Kritik sind gewollt und Teil der Strategie der Herrschenden. Politiker*innen, Lobbyist*innen und Investor*innen können sich ihr machiavellisches Grinsen sicher kaum verkneifen, wenn „wir" uns aus „strategischen" Gründen zu ihren Spielregeln auf ihr Spielfeld begeben. Seit Jahrhunderten dient dieses Spiel dem Machterhalt einiger weniger und es klappt immer wieder, in immer wieder neuen Ausführungen. Reformen können im besten Fall eine Verzögerung bestimmter Entwicklungen erwirken. Meist nicht mal das. Meistens wirken sie systemstabilisierend. DWE macht aktiv Werbung für die Methoden der Herrschenden (Apelle und Wahlen). Da passt das super, dass über DWE zusammen mit den allgemeinen Wahlen abgestimmt wird. Wer DWE unterstützt, sagt auch JA zur Logik des Parlamentarismus, wer eine Partei wählt sagt auch JA zu der Politik dieser Partei und zur Fremdbestimmung. Die Bedeutung ist also nicht nur der Appell zum Zwangskauf von Wohnungen, sondern auch eine Bejahung der Strukturen, die diese Scheiße verursacht haben. Das ist nicht vereinbar mit einer Position, die Herrschaft und Fremdbestimmung abschaffen möchte. Wir denken, das sollte auch offen ausgedrückt werden in der Ablehnung von DWE. Ein offener Bruch, zur Not auch ein offener Konflikt mit reformistischen Strukturen ist elementar, um radikale Positionen zu erhalten und weiter zu entwickeln; sofern man dieses System an sich überhaupt in Frage stellen und nicht in der Politik enden will.

Der 8-Stunden Arbeitstag und das Frauenwahlrecht werden gern als Rechtfertigung für reformistische Projekte benutzt. Aber diese Rechte wurden erkämpft, weil Menschen bereit waren kompromisslos zu kämpfen und sich (zumindest eine Zeit lang) nicht befrieden lassen wollten. Wie bspw. die Frauen, die sich Anfang des 20ten Jahrhunderts bewaffneten und Feuer legten. Und klar, der 8-Stunden-Tag hat die Arbeit erträglicher gemacht, aber sieht so eine bessere Welt aus, wenn Ausbeutung erträglicher wird und diese damit auch noch weiter „legitimiert" wird? Was auch nicht bedeutet, dass Menschen revolutionärer werden, wenn sie schwieriger leben, aber dennoch, dass Reformen grundsätzlich zur Umstrukturierung und Stabilisierung der ausbeutenden Verhältnisse beitragen. Was wäre wohl alles möglich gewesen, wenn sich die Bombenlegerinnen und Steine schmeißenden Rebellinnen jener Zeit nicht in den Dienst dieser Reformen gestellt hätten?

STRATEGIE, DIE KUNST DER KRIEGSFÜHRUNG

Es gibt gute Gründe sich Ziele zu setzen und diese strategisch anzugehen. Aber darüber, was das bedeutet, gibt es viele Missverständnisse, die leider meist eher in der Entschärfung der eigenen Theorie und Praxis münden. Die Unterstützung reformistischer Projekte wird manchmal als „strategisch" begründet. Was ist eigentlich gemeint, wenn von Strategie die Rede ist?

Beheimatetet ist dieser Begriff traditionell in der Kriegsführung. Er setzt sich zusammen aus „Heer" (altgriechisch στράτος strátos) und „führen" (altgriechisch αγειν agein), der „strategos" war also der Heeresführer. Es ist die Sprache der Herrschaft, der Politiker*innen, (linken) Manager*innen und Kriegstreiber*innen. Strategie ist ein weites und kompliziertes spieltheoretisches Feld, das immer

auf Konkurrenz und Manipulation ausgerichtet ist. Aber wenn man sich die Beiträge in der aktuellen und ähnlichen Debatten ansieht, scheint ein anderer Strategiebegriff vorzuherrschen. DWE zu unterstützen wird als ausgefuchste Strategie präsentiert, quasi als trojanisches Pferd. Dem Wissen zum Trotz, dass es totaler Käse ist, weil diesmal, und da sind sie sicher (im Gegensatz zu den Millionen malen davor), die Menschen die Verarschung plötzlich nicht mehr hinnehmen werden und dann „geht es richtig los“. Schade nur, dass die Menschen, die dann vielleicht kämpfen wollen, so wie die Menschen, die jetzt kämpfen wollen und sich noch nicht sicher sind wie, sich erst mal durch den Sumpf an sinnlosen, reformistischen Vorschlägen, wie Unterschriftenaktionen, Petitionen und Latschdemos kämpfen müssen. Und mit inhaltsleeren politischen Flyern, Werbebroschüren, Programmen und sonstigen Heilsversprechen überhäuft werden, so dass es Jahre dauert, bis sie sich zu den halbwegs brauchbaren Vorschlägen durchschlagen, wenn sie bis dahin nicht schon wieder aufgegeben haben. Manche werden durch DWE auch die Verlockung der „Realpolitik“ erkennen und linke Politik machen ohne grundsätzlich etwas zu ändern oder in Frage zu stellen. Danke dafür DWE!

Laut den jüngst Schreibenden resultiert nun jedenfalls die „richtige“, weil angeblich strategische Position daraus, dass reale Verbesserungen dem Staat angeblich nur durch Reformen abgerungen werden können und durch den Aufbau von sogenannten Gegenmachtstrukturen, die dann irgendwie erfolgreich die Logik des Staates überwinden. Um den offensichtlichen Widerspruch etwas zu kaschieren, wird zwischen den guten Reformen und dem schlechten Reformismus unterschieden. Und hier liegt auch der Hund begraben. Sie sind also für Reformen, zumindest manchmal, und wollen die Logik des Staates überwinden, in dem sie innerhalb der Logik des Staates agieren. Das sieht dann so aus, dass die eigene Theorie und Praxis weichgespült wird, um Politik zu reproduzieren, die man eigentlich irgendwie abschaffen will. Während andere, kritische Anarchist*innen im Namen von „Recht und Unrecht“ gemaßregelt werden, wird sich bei den „Bürgis“ strategisch angebiedert. Manchmal scheint es so, als wenn diese sogenannte strategische Haltung eher aus Angst vor dem Konflikt eingenommen wird. Aber wer es ernst meint mit dem Kampf gegen Herrschaft, wird nicht drum herum kommen mit ihr in Konflikt zu treten, und konkrete Feindschaften zu intensivieren.

Das sogenannte strategische Wählen ist ein weiteres, einfaches Beispiel dafür, wie der Köder der reformistischen Veränderungen funktioniert. Aus Angst vor der vermeintlichen Verschlimmerung innerhalb des Systems, beispielsweise durch Regierungsbeteiligung rechter Parteien, wird das Wählen plötzlich wieder „ganz wichtig“ und damit das Märchen von der Wirksamkeit von Wahlen propagiert. Aber freiheitsfeindliche Haltungen sind bereits überall in den Köpfen der Menschen, daran ändern Wahlen genau nichts. Das bürgerliche Erpressungsmärchen „wer nicht Wählen geht, wählt rechts“ wird reproduziert, dabei legitimiert gerade die Beteiligung an Wahlen (wie auch immer das aussieht) das menschenfeindliche und rassistische Herrschaftssystem, in dem wir leben. Wie gesagt, sogenanntes strategisches Wählen verhindert nicht angeblich nur etwas, es bejaht auch etwas.
Außerdem beinhaltet das strategische Denken in Bezug auf Menschen, die man „überzeugen“ oder „organisieren“ will, die Vorstellung von Menschen als Objekte, die kategorisiert, gezählt und manipuliert werden können, also ein quantifiziertes Menschenbild. Es macht einen Unterschied, ob man Menschen mit einer strategisch kalkulierenden Sichtweise begegnet oder diese Sichtweise auf Ziele, die eher konkrete Feindschaften und Ideen betreffen, anwendet.

WAS IST ERFOLG?

Ein weiterer Begriff, der in diesem Kontext herumgeistert und nicht klar definiert ist, ist der des Erfolges. Was bedeutet es, wenn Menschen, die an Projekten nicht beteiligt waren und auch die Zielsetzungen dieser nicht kennen, diese als erfolgreich oder nicht erfolgreich bewerten? Was sind diese „realen Erfolge“, die angeblich nur durch Reformen zu erreichen sind? In den jüngsten Ausführungen gibt es Hinweise darauf, was da mit Erfolg gemeint ist. Sie sagen, Fridays for Future oder DWE hätte es ohne die vorausgegangenen radikalen Kämpfe nicht gegeben. Das ist sicher richtig. Trotzdem scheint der Erfolg für die Schreibenden allein in den Massenbewegungen zu liegen und nicht in den radikalen Kämpfen, die diesen voraus gegangen sind. Warum? Weil tausende von Menschen nun von A nach B gelaufen sind oder irgendwo unterschreiben? Der Erfolg wird hier offensichtlich ausschließlich quantitativ bewertet. Na klar, für Veränderungen braucht es möglichst viele Menschen, die diese wollen. Wenn möglichst viele Menschen aber nichts mehr grundsätzlich verändern wollen – gibt es keine Veränderung. Und wer glaubt, dass Politik etwas Grundsätzliches in Richtung Selbstbestimmung unternehmen könnte, wird an diesem Widerspruch verzweifeln oder bei der Realpolitik enden, um bestehendes zu reproduzieren.

Der Fokus auf die Beeinflussung der Massen und den Aufbau von (Gegen)Macht ist ein politischer. Er misst sich in Teilnehmer*innen, Followerzahlen, Likes und Unterschriften. Er reproduziert perfekt die Logik dieses Systems, die den Menschen auf eine Zahl, ein Objekt reduziert, das es zu überzeugen (im Endeffekt also zu beherrschen) gilt. Um alle zu erreichen und

allen zu gefallen, werden die Inhalte auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert. Ja, das ist der logische Schritt reformistischer Kräfte, die jede Form von echtem Widerstand im Spektakel der Inhaltslosigkeit ertränkt. Denn hier scheint ein fundamentales Missverständnis zu lauern; die Logik des Staates verlässt man eben nicht, indem man sie reproduziert.

Das Gleiche gilt übrigens auch für die spektakuläre Verwertung der eigenen Praxis in den (sozialen) Medien. Die Logik des Kapitalismus verlässt man nicht, indem man die eigenen Projekte im Sinne der Technologie der Kapitalist*innen verwertbar macht. Wenn eine Aktion nicht für sich selbst stehen kann, ohne fotografiert, gefilmt, sonst wie medial verwertet oder mit einem Bekenner*innenschreiben versehen zu werden, um einen Wert zu haben, dann dient sie oft ausschließlich dem Spektakel.
Dass ausgerechnet politische Veränderungen als besonders „real" dargestellt werden, ist absurd. Das Gegenteil ist der Fall. Politiker*innen (reformistische Bewegungsmanager*innen eingeschlossen) sind Meister*innen darin, die Realität dadurch zu verdrehen, dass sie das eine sagen (und oft auch wollen) und sich in der Realität entweder gar nichts oder etwas anderes sich verändert. Neben der quantitativen Sichtweise ist ja genau diese Art der Realitätsverdrehung Ausgangspunkt von Politik (manipulative Märchen der Politik: Ich kann durch wählen etwas verändern, Reformen verändern etwas, das demokratische System ist gerecht… etc.). DWE trägt zur Stabilisierung dieses Systems bei, sie ist Werbeträgerin für den Parlamentarismus und Kapitalismus, da sie Kaufen mit Enteignen gleichsetzt. DWE gibt den Menschen das Gefühl, so etwas ändern zu können. Schlimmer kann man kaum verarscht werden. Konservative Politik ist da wenigstens ehrlich.

Jede selbstbefreiende Tat, jedes selbstbestimmte Handeln wird durch die Mediation der Politik und der spektakulären Verwertung entschärft und in die Passivität gedrängt. Stattdessen könnten wir die Anarchie auch mit wirklich realen und lebendigen Inhalten füllen, die das Ziel haben, ein für alle mal mit der Logik dieses Systems zu brechen.

Vorschläge für reale Veränderungen

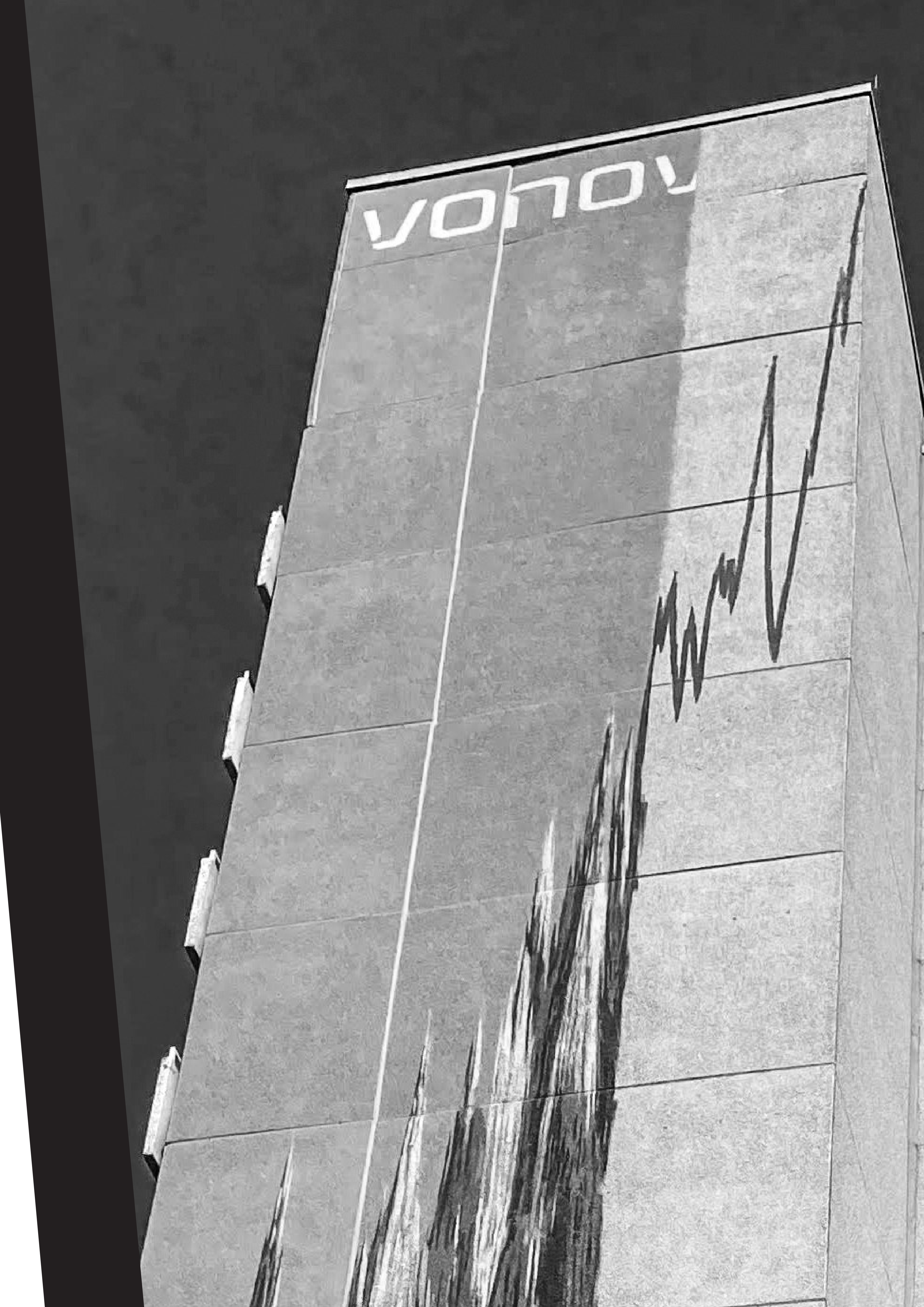
Ein Vorschlag für reale Veränderungen ist, sich endlich aus der Logik der Politik und des quantifizierten Menschenbildes zu verabschieden. Dieser Schritt ist nicht leicht. Er erfordert Mut und die Fähigkeit, einem starken Gegenwind standzuhalten. Er erfordert den Mut, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen, anstatt anderen vorzuschreiben wie sie handeln sollen. Den Kontrollfetisch mal loszulassen und verletzlich zu sein. Wer dem Drang, Menschen ständig irgendwie einzuordnen, zu organisieren und zu beherrschen widersteht, kann den Fokus auf die Einzigartigkeit von Menschen richten und von dort ausgehend Beziehungen intensivieren, die das herrschende System in Frage stellen. Es gilt, das gegenseitig Kalkulierende, die Kühlkammer der herrschenden, technischen Rationalität hinter sich zu lassen und stattdessen nach lustvollen, kreativen, expansiven Beziehungen zu streben, die durch ihre Existenz allein schon im Widerspruch zur kapitalistischen Logik stehen.

Trotzdem braucht es auch die Kraft Mehrerer, also eine Organisierung. Wenn die Freiheit des Individuums unter anderen Menschen ein Ziel ist, dann sind gemeinsame Projekte und Ideen, die dieses Ziel selbst beinhalten, eine geeignete Methode. Organisierung ohne Organisation verhindert die Politik, sowie die Hierarchien von Institutionen. Sie ist diffus und schwerer angreifbar. Durch den Verzicht auf zentrale Sprecher*innen und Identitäten können sich auch andere Ideen und Taten zu eigen machen und ihre eigene Perspektive darin entwickeln. Wenn die Ziele also die Methoden bestimmen, kann ich diese Ziele auch vermitteln und einen Teil in diese Richtung beitragen. Die Mittel der individuellen Initiative und der konkreten Selbstorgansierung in allen Lebensbereichen tragen ein anderes Leben in sich. Diese Projekte sind konkrete Vorschläge, die auch gelebt statt abgegeben werden. Wir wählen ständig, aber was? Vertretung und Fremdbestimmung oder eigene Verantwortung und Entscheidung? Veränderung beginnt jetzt in jedem Moment, in dem was ich (mit anderen) tue. Das genau ist, was eine wirkliche Wahl ausmacht, die Wahl des Verhaltens in allen Bereichen des Lebens, die ständige Selbstorganisierung und der alltägliche Konflikt.

Apropos, wo sind in dieser Debatte eigentlich die Feindschaften geblieben? Konflikte sind krass und anstrengend und manchmal möchte ich ihnen lieber aus dem Weg gehen, aber Herrschaft kann ich nur verstehen, angreifen und überwinden, indem ich den Mut habe, Konflikte zu intensivieren. Wie wäre es daher mit Taten, die Ausdruck unserer Selbstbefreiung sind? Wie wäre es damit, unsere Feinde direkt anzugreifen ohne ihren Spielchen auf den Leim zu gehen? Dann ist der erste Schritt aufzuhören reformistische Projekte zu unterstützen und sich klar dagegen zu positionieren. Der nächste ist, die schwierige Aufgabe eine Praxis zu entwickeln, die die eigenen Bedürfnisse entfesselt und sie nicht mehr bloß auf andere projiziert. Dann kann ich gemeinsam mit anderen kämpfen, ohne sie einzig als Schachfiguren auf dem Spielbrett der Macht zu betrachten. Diese anti-politische Perspektive ist auf Qualität ausgerichtet. Die Qualität realer, radikaler Veränderungen, die das Potential haben, Herrschaft auf allen Ebenen anzugreifen, zu schwächen und nicht bloß neu zu organisieren.

Menschen werden den ganzen Tag mit Heilsversprechen bombardiert. Den ganzen Tag will ihnen irgendwer was verkaufen und sie zu einem bestimmten Handeln bewegen. Wer andere inspirieren will muss mehr bieten, als das nächste (Wahl)programm. Wie wäre es mit einer Haltung die ihre Schönheit, ihre Stärke und Überzeugungsfähigkeit aus der eigenen Theorie und Praxis schöpft ohne sich im Appell an Politik oder Massen zu verbiegen? Wie wäre es mit Verführen statt Überzeugen? Wie wäre es mit einem wilden, unkontrollierbaren Leben in kreativer Zerstörung und unbändiger Liebe, das alle ansteckt, die damit in Berührung kommen?

kontrapolis.info/4738


vonov

ENTEIGNUNG UND SOZIALE REVOLUTION

5. SEPTEMBER 2021

Eine weitere Kritik auf den Beitrag zu „DWE ade? Wer zu oft Recht hatte ohne Konsequenzen hat trotzdem Unrecht. Eine anarchistische Position zu ‚Deutsche Wohnen & Co enteignen'"

Wir freuen uns das eine Auseinandersetzung um Enteignen entlang anarchistischer Positionen eröffnet ist. In dem von uns im Nachfolgenden kritisierten Beitrag analysieren die Herausgeber*innen den sozialdemokratischen Charakter der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen" (Im weiteren „Deutsche Wohnen kaufen"). Und Ihr verweist auf die Erfahrung zum Volksentscheid und die damit verbundenen treibenden Kräfte als nicht vertrauenswürdig. Dem stimmen wir zu. Doch dann leitet Ihr dazu über das Scheitern der Kampagne „Deutsche Wohnen kaufen" wäre fatal. Und ruft auf, trotz der Widersprüche für die Kampagne zu stimmen. Ihr seid von einer Sichtweise geleitet, die wir nicht teilen und ablehnen.

Zu allererst; die Kampagne wird scheitern. (Sie wird nicht wegen der schmutzigen Lobbyarbeit zum Beispiel des rechten Flügels der SPD, dem Tagesspiegel, scheitern. Das ist allen zu durchsichtig.) Die „Kampagne Deutsche Wohnen kaufen" wird alle erforderlichen Stimmen bekommen und trotzdem scheitern. An diesem Paradox könnt Ihr nichts ändern, weil das Scheitern in der Kampagne bereits politisch angelegt ist. Die Akteure der Kampagne werden sie nicht ändern, ob Ihr nun für oder gegen die Kampagne stimmt oder sie euch am Arsch vorbei ziehen lasst.

Sie wird scheitern, weil sich die Reformist*innen auf die Argumentation der Sachzwänge einlassen werden. Dieser Weg ist so beschlossen und kann gar nicht anders beschritten werden. Sobald sie in den Gremien, runden Verhandlungstischen sitzen, werden die Realpolitiker*innen das tun, was sie immer tun: Mit der Macht dealen, sich auf deren Denklogik einlassen, Machtpolitik betreiben und Bündnisse im Apparat pflegen und Teil des Problems sein, nicht deren Lösung. Sie werden jede Vereinbarung als Erfolg verkaufen. Und ein Teil der Basis wird sich angewidert abwenden oder den Verdrehungen und Lügen glauben schenken, oder schenken wollen. Der politische Verrat ist in dieser Kampagne bereits angelegt. Er beginnt schon im Namen. Es geht um kaufen und verstaatlichen, nicht um soziale Revolution, in deren Folge die Armen die Reichen enteignen. Es geht Null um Enteignen.

Um so interessanter das radikale Linke trotz Widersprüche ihre Kraft für die Kampagne geben, anstatt in die Entwicklung breit aufgestellter sozialrevolutionärer und anarchistischer Perspektiven. Auch Ihr blast in das gleiche Horn.

Warum denkt Ihr, Ihr müsstet das Scheitern der Kampagne abfedern, in dem Ihr zur Wahl aufruft? Ihr könnt es nicht! Es ist scheißegal, ob Ihr für oder gegen die Kampagne stimmt, oder das tut was viele Anarchist*innen mit Wahlzetteln im Allgemeinen tun: durchstreichen, verbrennen, ignorieren etc.

An dieser Wahl „Deutsche wohnen kaufen" entscheidet sich nichts. Weder die Gentrifizierung, weder die Verteidigung der Rigaerstrasse, weder sozialrevolutionäre Prozesse. Im Gegenteil verhindert die Kampagne die Entwicklung andere Perspektiven, wenn Anarchist*innen wie Ihr Ihre Positionen zu der Kampagne nicht schärfen.

Eure Analysen stoppen an dem Punkt an dem es spannend werden könnte. Wie kann die Praxis der Enteignung forciert werden? Welche Ansätze wollt Ihr verfolgen, die eine Alternative zu der Kampagne „Deutsche wohnen kaufen" etablieren könnten und die Leute abholt, die den Bluff der Kampagne erkennen? Wo sind Kräfte zu bündeln und die Fragen der Enteignung massenwirksam, massenmilitant und subversiv anzugehen? Muss eine Kritik, im anarchistischen Sinne, offensiv mit den Unterstützer*innen der Kampagne nicht ein offenes Wort reden? Haben wir nicht die politische und moralische Verantwortung gegenüber sozialen Bewegungen den Bluff der Kampagne und den Irrweg der Akteure anzusprechen? Wie sich die Unterstützer*innen dann entscheiden liegt ja nicht an uns, an uns liegt aber andere politische Zugänge aufzuzeigen. Dies nicht zu tun und anstatt dessen die Kampagne durch unsere Kraft auch noch zu füttern, obwohl Enttäuschung, Verbitterung und Verrat vorprogrammiert sind, halten wir für unverantwortlich.

Wenn wir eine breite Bewegung anstreben, die für revolutionäre Perspektiven empfänglich ist, dann ist Vermittlung und Diskussion ein Ansatz. Den Menschen zu eröffnen, das Enteignungen nicht über Parlamente und Unterschriften zu bewerkstelligen sein werden, mag uns klar sein, aber diese Perspektive mit Unterstützer*innen der Kampagne zu diskutieren fordert uns inhaltlich heraus. Denn die Widersprüche werden berechtigterweise schnell zu Tage treten. Fragen „Wie soll das gehen?" oder „Aber das ist ja Revolution, was Ihr vorschlagt?" werden auch uns zwingen authentische Antworten dort zu geben, wo wir sie haben. Und wo es uns an Antworten fehlt, müssen wir sie mit anderen gemeinsam diskutieren und in der Praxis erproben.

Den Weg der sozialen Revolutionen in den reichen Ländern ist nicht vorgezeichnet (und wird ohne die Armen anderer Länder eh ein Rohrkrepierer). Der Weg der Kampagne „Deutsche Wohnen kaufen" ist klar; alles bleibt wie es ist. Vielleicht gibt es ein Reförmchen mehr, während die Stadt sich der Armen entledigt und in die Peripherie abdrängt. Wir, die wir eine grundsätzliche, an Wurzel heranführende Antworten

wollen, verlieren Klarsicht und Kraft, die in sozialen Kämpfen gebraucht wird, wenn sich Anarchist*innen für die Sozialdemokratie aufrauchen, sprich der Kampagne zuarbeiten.

Beim Kampf gegen den Bau neuer Eigentumswaben, bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, bei Zwangsräumungen – da ist inneres Feuer und Entschlossenheit gefragt. Mit den Bullen macht es keinen Sinn militärische Schlachten zu führen. Militanz ist eine Taktik im Kampf gegen die Reichen. Eine von vielen. Wenn es sein muss, liegt eine Shoppingmall in Scherben. Wenn es sein muss, besetzt eine Demo eine Shoppingmall und plündert.

Wenn Militante und Nichtmilitante, Gemäßigte und Anarchist*innen faktische und solidarische Bündnisse eingehen, werden die Spaltungen und Isolierungen verunmöglicht. Eine Einbahnstraße wie die Kampagne „Deutsche Wohnen kaufen“ hat gar kein Interesse an einem solchen Bündniss, die Politik der Akteure hat diesen Prozess durch ihre politische Praxis ausgeschlossen. Sie haben zu viel Angst in faktische Bündnisse mit einer sozialrevolutionären Perspektive zu treten, zu sehr ist der Deal mit der Macht und die Ausrichtung des Handelns auf selbige, Teil der politischen Identität.

Für uns geht es also nicht darum, die Kampagne und deren Scheitern abzufedern. Wir haben auch nicht die Wahl zwischen Pest und Colera, Abstimmen Pro oder Contra oder gar nichts. Es geht darum, die soziale Revolution auf den Weg zu bringen. Nicht als Worthülse und neue Mode. Amsterdam, London, New York, Barcelona etc. zeigen; Appelle, Massenproteste, reichen nicht aus. Ohne revolutionäre, anarchistische Perspektive stehen wir immer nur in Verteilungsposition, rennen von einer Abwehr eines Angriffs gegen Arme zum nächsten. Wie die Mäuse im Hamsterrad sind wir berechenbar, wenn wir die Spielregeln nicht durchbrechen. Die Kampagne ist so was in den Spielregeln, was soll der Quatsch.
Wir drehen mal den Spieß um: Wir distanzieren uns! Wir distanzieren uns von einer parlamentaristischen, staats- und eigentumskonformen Kampagne, die dafür sorgt das alles so bleibt wie es ist.
Die treibenden Kräfte der Kampagne haben Rede und Antwort zu stehen für Ihre Machtpolitik. Bei dem derzeitigen Stand haben sie innerhalb sozialer Bewegungen nichts verloren. Sie benutzen die Not der Armen, die Suche nach Hoffnung, die Strukturen und die Kraft, die den sozialen Bewegungen innewohnt für ihre Interessen, die nicht unsere sind.

Das Abfackeln von Vonoviafahrzeugen kann keine soziale Bewegung ersetzen, aber es setzt Zeichen. Danke dafür. Die grundsätzliche Gegner*innenschaft gegen die Dominanz des Geldes, gegen Gentrifizierung und die Öko-Bourgeoisie, gegen die Reichen hat ihre eigene Qualität. Die Reichen in ihren Villen und Luxusquartieren dürfen unseren Zorn unmittelbar zu spüren bekommen. Die Organisierung mit wütenden, verzweifelten, von Verdrängung und Verarmung betroffenen Menschen ist ein Muss. Der Bezug auf Kämpfe ist schnell und solidarisch herzustellen, wenn sie unerwartet aufploppen. Unsere Strukturen taugen nichts, wenn sie nicht für diese Kämpfe bereit stehen und sich stattdessen auf subkulturelle und Identitätspolitische Selbstbespiegelung ergehen. Viele kleine anarchistische Gruppen, die schnelle Entscheidungen treffen und Strukturen stellen können und Wissensweitervermittlung betreiben. Das steht an. Da zu sein, wenn es kracht. Unablässig daran arbeiten das es knirscht im Gebälk.

Wir werden hier an dieser Stelle das Fass nicht weiter aufmachen, was eine militante Enteigungskampagne betrifft. Diese Diskussion muss anders organisiert sein, als in einer Erwiderung auf das oben zitierte Papier.
Wir wollten nur deutlich machen, das uns die Kampagne in gewisser Weise am Arsch vorbeigehen sollte. Wir sehen angesichts der Entwicklung an allen sozialen Fragen keine Alternative zu einer anarchistischen sozialrevolutionären und militanten Bewegung (Wir sind uns einig? Eine solche Bewegung ist anti kolonial und feministisch).

Gruppe: Enteignung und soziale Revolution

kontrapolis.info/4802

Anarchistisch Deutsche Wohnen enteignen?!

21. September 2021

Fragend streiten wir voran!
Deutsche Wohnen Enteignen, ein „Schritt in die richtige Richtung“? Oder ein Reformversuch, den es notfalls offen zu bekämpfen gilt? Eine Verarsche von Mieter*innen oder ein sinnvoller Schritt in der Radikalisierung der Bewegung? In den letzten Wochen ist in Berlin eine spannende schriftliche Diskussion um die Frage: Was tun mit Deutsche Wohnen & Co. enteignen (DWE), mit Beiträgen unterschiedlichster Anarchist*innen entstanden. Angefangen mit dem Rausschmiss* eines Unterschriftensammlers beim Kronstadtkongress entstand eine Debatte, die längst über DWE hinausgeht und über das Verhältnis von uns Anarchist*innen zu Reformen handelt. Einige grundsätzliche Punkte unserer Sicht haben wir bereits in dem Text ‘DWE adé?!’ ausgeführt. Mit diesem Diskussionsbeitrag wollen wir auf einige Fragen und Kritiken der letzten Beiträge eingehen. Wie passen Reformen und Anarchismus zusammen? Was können konkrete nächste Schritte mit DWE sein? Wie wollen wir reale Veränderung bewirken? Hier kommen einige Vorschläge.

Vorneweg wollen wir einmal ausdrücken, dass wir uns freuen endlich diese Debatte um DWE zu führen. Wir stimmen dem Text ‘Enteignung und soziale Revolution’ darin zu, dass es an einer Vernetzung von Anarchist*innen in der Mieter*innenbewegung seit längerem mangelt. Gerade deshalb wünschen wir uns eine solidarische und konstruktive Diskussion ohne Polemik. Im Streit mag manchmal die Brücke zu tieferem Einverständnis liegen, jedoch sollte darüber nicht die Klarheit der Diskussion verloren gehen. Wir sind Gefährt*innen, wir glauben: Unsere Streitigkeiten sollten durch gegenseitige Rücksicht und konstruktive Kritik gekennzeichnet sein. Daher haben wir unseren Antworttext um die Fragen unserer Diskussionspartner*innen strukturiert.

1. Müssen wir zu Deutsche Wohnen enteignen eine grundsätzliche Konflikthaltung einnehmen, oder mit ihr ein Bündnis eingehen – auch wenn das mit Widersprüchen behaftet ist?
2. Wie holen wir Unterstützer*innen von DWE ab? Wie können wir mit ihnen den Weg der Hoffnung, Enttäuschung und Wut gehen und am Ende dafür sorgen, dass DWE zu mehr Politisierung statt zur Verdrossenheit führt?
3. Und, wenn wir da schon eine Strategie entwickeln, wie kommen wir dahin, sie umzusetzen. Wer sind unsere Verbündeten und wie sieht unsere Organisation aus?

Aus den anderen Texten in der Diskussion ist starke Kritik an DWE abzuleiten. Wir sind dankbar, darauf hingewiesen worden zu sein. Ja, wir müssen anerkennen, dass sich als Anarchist*innen auf DWE (bzw. die Idee dahinter) einzulassen, zunächst widersprüchlich erscheint. Dass sich Massenbewegungen oft entradikalisieren, dass die Kampagne DWE wie sie jetzt ist (bzw. nach Außen auftritt) bestenfalls eine Reform bewirkt. Ja, dass, wollen wir Sachen beim Namen nennen, ‚Deutsche Wohnen kaufen‘ der passendere Begriff ist – auch wenn wir fairerweise sagen müssen, dass angestrebt wird es unterm Marktwert und zwangsweise zurück zu kaufen. Und dass DWE andere Widrigkeiten des Wohnungsmarktes unbeleuchtet lässt, wie z.B. den Eigenbedarfskündigungen. Und natürlich, dass es letzten Endes alles am Kapitalismus liegt.

Als Anarchist*innen ist es unsere Aufgabe, das alles zu überwinden. Doch ist mensch schlechte Anarchist*in, wenn mensch sich über DWE freut, gegebenenfalls vielleicht sogar Hoffnung daraus schöpft? Wir meinen: Nein! Wir glauben, die zögernde Unterstützung von Linksradikalen und Anarchist*innen für DWE rührt daher, dass es uns selbst an überzeugenden, breitenwirksamen und langfristigen eigenen Perspektiven fehlt. Ein offensiver Vorstoß, so reformistisch er auch sein mag, wird dankend angenommen. Wir würden sogar so weit gehen und sagen: Jetzt wo DWE da ist, haben wir eine Verantwortung, die Kampagne aufzugreifen – kritisch, versteht sich. Die Kampagne kam nicht primär aus einem anarchistischen Teil der Mieter*innenbewegung, beeinflusst aber die Bewegung als Ganzes, und zwar massiv. Ein Scheitern würde auf uns alle zurückfallen. Außerdem hat die Kampagne eine Idee gesetzt, bei der es sich aus unserer Sicht lohnt, anzuknüpfen. DWE könnte ein Schritt dahin sein Enteignungen von unten denkbar zu machen. Anarchistisch Deutsche Wohnen enteignen heißt, den von der Kampagne gemachten Anfang zusammen zu Ende zu führen und zu radikalisieren. Dafür müssen wir aber kämpfen, weder blindlings mit DWE, noch frontal gegen die Kampagne, sondern begleitend.

Auch wenn niemand von uns ernsthaft glaubt, dass die Kampagne – wie sie gerade ist – Deutsche Wohnen enteignen wird, auch wenn wir über den Begriff der Enteignung und den Weg dorthin sicher noch viel zu streiten haben, sind es jedoch die ‚Karten die uns zugeteilt wurden und mit denen wir jetzt spielen müssen‘. Das ist der Grundsatz, der uns durch diesen Text leitet. Wir müssen die Gegebenheiten erkennen und dann schauen, wie wir in ihnen handeln können – sodass wir am Ende und langfristig auch die Bedingungen dieses Spiels ändern können. Wer wissen will, wie wir das verantworten und wie genau wir das tun möchten, lese weiter. (Ein Hinweis für Leser*innen mit weniger Zeit: Die Erste unserer drei Fragen beschäftigt sich mit der theoretischen Auseinandersetzung, die Zweite mit unseren praktischen Vorschlägen und die Dritte mit der geeigneten Organisierungsform. Viel Spaß!)

I. Müssen wir zu Deutsche Wohnen enteignen eine grundsätzliche Konflikthaltung eingehen, oder mit ihr ein Bündnis eingehen – auch wenn das widersprüchlich ist?

Wir wollen Deutsche Wohnen & Co. Enteignen nicht retten. Das wollen wir hier ganz am Anfang klarstellen. Die Kampagne ist in vielen Punkten problematisch, da stimmen wir den anderen Texten zum Thema zu. Warum wir dennoch dagegen sind, die Kampagne unbeachtet vorbeiziehen zu lassen oder Energie darauf zu verwenden, sich bloß rhetorisch von ihr abzugrenzen; warum wir vielmehr dafür plädieren, die Idee aufzugreifen, zu unterstützen und weiterzuentwickeln, wollen wir hier besprechen.

Die Kritik an DWE ist berechtigt.

Die Kritik an Deutsche Wohnen & Co. Enteignen ist klar. Sie dreht sich darum, dass die Kampagne parlamentarische Logik (Repräsentation) bedient, als Massenbewegung entradikalisierend wirkt und reformistisch ist.
Deutsche Wohnen Enteignen bedient sich parlamentarischer Logik. Den allermeisten sehen in der Kampagne das Versprechen, dass mit ihrer Unterschrift dafür gesorgt wird, dass große Wohnungskonzerne enteignet werden. Der Rest der Kritik erscheint einfach: Die Kampagne wie sie ist wird die Wohnungskonzerne nicht enteignen. Also mache sie den Unterstützer*innen etwas vor, streue ihnen Sand in die Augen. So weit, so klar. Doch es gibt Grautöne in diesem Schwarz-Weiß-Bild. Denn, während diese parlamentarische Logik uns Anarchist*innen abschreckt, wird die Kampagne für viele Menschen gerade zugänglich sein, weil sie sich dieser Logik bedient. Das ist Fluch und Segen zugleich. Aus anarchistischer Perspektive ist es hinderlich, da Menschen von ihrer eigenen Kraft zu Handeln, Widerstand zu leisten, abgelenkt werden. Warum aber schaffen wir es nicht, kollektiv genug Widerstand zu leisten, um die Regeln des Systems zu ändern. Warum fehlen uns die unzähligen Leute, bei denen der Veränderungswille grundsätzlich da ist, für die es mehr als genug Gründe gibt? Vermutlich, weil ihnen die Werkzeuge fehlen, weil viele eben nichts anderes kennen als diese parlamentarische Logik, weil für viele reale Veränderung jenseits dieser Logik unvorstellbar ist. Und das ist nicht ihre Schuld oder Dummheit, es sind Jahrzehnte der kulturellen Dominanz der parlamentarischen Demokratie. Wenn es nun ein Volksbegehren wie DWE schafft, einen Funken Widerstandswille zu entfachen, ist das ein klitzekleiner Schritt in die richtige Richtung. Das gilt auf ähnliche Weise für Unteilbar und die Demos der Klimabewegung: Für viele Leute sind diese Kampagnen der nächste vorstellbare Schritt ihres politischen Handelns. Auch wenn die revolutionäre Ungeduld hier ein berechtigtes Seufzen gebietet: Diesen Schritt müssen wir erst einmal respektieren, bevor wir ihn ausbauen und über ihn hinausgehen.

Noch eine Sache, die die genannten Kampagnen gemein haben: Massenbewegungen reduzieren ihre Ziele oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Beispiel Fridays for Future oder Unteilbar. Das ist erst mal eine Feststellung – unabhängig von den Gründen, unabhängig davon, dass wir das auch gerne anders hätten. Gegenwärtig (in den heutigen Bedingungen) tendieren Massenbewegungen dazu, sich zu entradikalisieren, das heißt, sich in kapitalistischen und parlamentarischen Denkmustern festzufahren. Im nächsten Schritt müssen wir uns fragen: warum ist das so? Was macht sie zu Massenbewegungen? Wir glauben nicht, dass die ‚Massen' radikaleren Formen des Kampfes grundsätzlich scheu sind. Liegt es an den Bedingungen, vielleicht an den (vorstellbaren) Aussichten des Kampfes? Und die wichtige Frage: Wie können wir, als Anarchist*innen dieser Entradikalisierung etwas entgegensetzen? Was ist uns bei Fridays for Future durch die Lappen gegangen? Haben nicht viele von uns gesagt: Da müsste man eigentlich reingehen und radikalere Prozesse anstoßen? Was hätten die Gefährt*innen vor 10 Jahren beim Mietenvolksentscheid anders machen können? Was müssen wir jetzt anders machen? Denn fest steht: Veränderung braucht radikale Qualität aber sicherlich auch Quantität. Es braucht weitreichende Forderungen, aber auch viele und viele unterschiedliche Leute die sich dahinter stellen und sie umsetzen wollen. Der Glaube, bei dem ganz privaten Bedürfnis Wohnen etwas ganz konkret ändern zu können, ist der Grund, warum sich so viele Menschen für eine Unterschriftenaktion begeistern lassen. Wirklich glaubhaft ist das nur in einer parlamentarischen Logik, die nun mal die vorherrschende Form der Politik ist und deshalb für viele Menschen so prägend ist. DWE strebt eine Reform an. Und mit der Abwesenheit revolutionärer Perspektive werden Reformen von vielen als die einzige konkrete Perspektive auf Veränderung wahrgenommen. Dabei stimmt es, dass Reformen die Bewegung schwächen können (was gut sichtbar ist anhand der Dynamik um die Einführung und den Rückzug des Mietendeckels). Gleichzeitig aber sind Erfolge für eine Bewegung auch wichtig (‚kleine, große Erfolge', wie es im Jargon des Organising und der Transformationsprozesse heißt). Die Erfolge, die wir erkämpfen, werden zunächst Reformcharakter haben. Schaffen wir es, uns vereinnahmende Politiker*innen vom Leibe zu halten? Schaffen wir es trotzdem die Perspektive auf radikale Veränderung offen zu halten? Können wir immer einen kleinen Schritt weiter gehen, bis vielleicht die Miete auf Instandhaltungs- und Nebenkosten reduziert ist? Können wir uns vielleicht dann etwas dabei vorstellen, was es heißen könnte, den Kapitalismus abzuschaffen?

DWE als Chance begreifen.

Parlamente, Entradikalisierung & Reformen: Natürlich fühlt es sich besser an, sich da nicht die Hände schmutzig zu machen. Aber wie können wir erwarten,

dass jene, die jetzt in DWE politische Hoffnung legen (oder in Unteilbar, Fridays for Future oder gar in politische Parteien), von sich aus und plötzlich den Schwindel erkennen werden und sich uns anschließen? Als Anarchist*innen tragen wir eine Verantwortung dafür, den Standpunkt zu verteidigen, dass echte Veränderung nur von unten kommt. Es ist unsere Aufgabe, den Bruch mit der parlamentarischen Logik (hin zu libertären Konzepten!) herbeizuführen. Aber wenn wir dieses ‚herbeiführen' ernst nehmen, müssen wir uns zunächst in die Denkweise anderer hineinversetzen. Wir müssen verstehen, in welcher Sprache ihre Bedürfnisse geäußert werden, nach welcher Logik ihre Hoffnungen funktionieren. Diese Denkweise ist durch Kapitalismus und Parlamentarismus geprägt, denn dies sind gerade die gängigen Sprachen. Der nächste Schritt kann sein, zusammen eine andere Sprache zu lernen, die des Widerstandes.

Wir glauben, DWE ist eine dieser Kampagnen anhand derer dieser Bruch vorbereitet werden kann. DWE bewegt viele in ihrer parlamentarischen Logik. Es wird für viele aber frappierend klar werden, wie die Politik ihre Stimme ignoriert und ihren Willen verrät. Dabei reicht es nicht, bloß zu sagen, dass DWE scheitern wird. Um die eigene Meinung zu ändern (sich zu radikalisieren) braucht es immer wieder konkrete Erfahrungen. Es braucht die Hoffnung und die Enttäuschung. Dann braucht's die richtige Analyse des Scheiterns sowie einen glaubhaften Alternativplan. So kann sich Enttäuschung in Wut und Tatendrang verwandeln – tun wir nichts, führt die Enttäuschung in die Verdrossenheit. Wenn wir ehrlich sind, das war doch bei unserer eigenen Radikalisierung nicht anders: „Ich wurd nicht so geboren, denn ich bin so geworden..."

ZUR ‚STRATEGIE'

Radikalisierung ist ein Prozess: Wir müssen klein anfangen aber das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Soziale Revolution ist das Ziel, für das wir, wie andere Anarchist*innen auch, brennen. Ja, das viele, die sich vielleicht nicht mal zuschreiben Anarchist*in o.ä. zu sein, herbeisehnen! Weil wir das tun, müssen wir diesen langen und schwierigen Prozess durchziehen. Dieser Prozess der Radikalisierung ist so was wie unsere Strategie. Damit meint Strategie weder „Heeresführung" noch ein „Trojanisches Pferd", sondern am ehesten einen gemeinsamen Spaziergang hin zu radikaleren Kampfformen. Und wenn wir uns mal wieder zu verlaufen drohen, braucht's auch die Gefährt*innen die einem sagen, wo es grad vielleicht auch lang gehen könnte. Aber in diesem Streiten sollte das Fragen voranstehen. Denn den einen richtigen Weg gibt's wohl nicht.

Das liegt daran, dass unsere Strategie von Widersprüchen gezeichnet ist und es wohl bleiben wird. Wenn es erstmal ernst wird, werden wir wohl noch größere Probleme haben als die Frage: unterschreiben oder nicht. Beteiligt man sich an einer Bewegung für parlamentarische Demokratie, wenn sie sich gegen einen faschistoiden Autokraten richtet? (Belarus). Blockiert mensch die Autobahn, Seite an Seite mit jene, die gegebenfalls nur wegen einer Benzinpreiserhöhung da sind (Gelbwesten)? Beteiligt mensch sich an eine Bewegung für die Selbstverwaltung, auch wenn deren Organisation auf einer Partei mit Kadern aufgebaut ist (Rojava)? Nur so, um einige Beispiele zu nennen wo Anarchist*innen vor Ort sich sicherlich den Kopf zerbrochen haben. Aber nach unserer Meinung hat es sich in all diesen Fällen gelohnt zu kämpfen, es hat sich gelohnt, sich auf die Widersprüche einzulassen.

In diesen 1000 Widersprüchen, die unsere Existenzen sind, wird unser Kampf nicht frei von Widersprüchen sein. „Wenn Militante und Nichtmilitante, Gemäßigte und Anarchist*innen faktische und solidarische Bündnisse eingehen, werden die Spaltungen und Isolierungen verunmöglicht.". Genau das schlagen wir vor. Für uns heißt das, dass wir gerne streiten über den richtigen Weg anarchistisch Deutsche Wohnen zu enteignen, aber dass wir Deutsche Wohnen enteignen werden – und noch viel mehr. Dass wir das als Freund*innen, Gefährt*innen und Genoss*innen tun, ob wir nun aus dem autonomen, aufständischen oder syndikalistischen Spektrum kommen, aus der Kiezini oder der kurdischen Bewegung, mit den Nachbar*innen und mit jenen, für die die Politik gerade (noch) aus 5 Farben und einem Wahlzettel besteht.

II. Wie holen wir Unterstützer*innen von DWE ab? Wie können wir mit ihnen den Weg der Hoffnung, Enttäuschung,und Wut und praktischen Umsetzung gehen, und am Ende dafür sorgen, dass DWE zu mehr Politisierung statt zur Verdrossenheit führt?
Sich in die parlamentarische Logik reinversetzen heißt nicht, sich sie anzueignen oder vor ihr zu kapitulieren. Es ist eine Sache, die Widersprüche zu erkennen, es geht aber letzten Endes darum, in ihnen praktisch handlungsfähig zu bleiben. Wie sieht der schmale Weg durch die Widersprüche konkret aus? Müssen wir uns, als Anarchist*innen, auf Deutsche Wohnen enteignen einlassen? Ja und Nein.

Ja. Wir müssen den Unterstützer*innen von DWE zeigen, dass wir auf der gleichen Seite stehen. Auch wir wollen Deutsche Wohnen enteignen, denn auch wir finden die scheiß Miete zu teuer. Denn, auch wir wollen unsere Stadt zurück. Der Weg, den DWE geht, ist für viele der nachvollziebare Weg. Wir haben noch einiges zu tun, bevor unser „Mietstreik jetzt" oder „Komm, wir besetzen jetzt die Häuser dieser Stadt!" zu wirklich massenmilitante Aktionen werden können. Wir haben einiges zu tun, wenn wir radikale Solidarität statt müden Blicken, verständnisvollen Seufzer (und Pressefotos) ernten wollen. Und eigentlich wussten wir das auch vorher. Obwohl der Wille da ist, ist der Schritt zu groß, der Weg nicht nachvollziehbar. Also ja, wir sollten die Hoffnung und die Bedüfnisse der Menschen unterstützen, die sich in der DWE-Unterschriftenaktion materialisieren.

Und Nein! Auf keinen Fall unterstützen wir die Parteifunktionäre, auf keinen Fall die Hinterzimmergespräche und die faulen Deals, die die logische Konsequenz davon sind, dass Deutsche Wohnen (zwangs)gekauft werden soll. Hier ist ein Keil in die Kampagne zu treiben. Das heißt: mit den Unterstützer*innen für die Enteignung, gegen jene,

die diesen Willen verraten werden. Und das muss keineswegs Heuchlerei bedeuten, denn man kann das ruhig von vornherein sagen: "Liebe Unterstützer*innen von Deutsche Wohnen Enteignen, liebe Nachbar*innen, wir kämpfen mit euch, glauben jedoch nicht, dass die Politik ihr Versprechen von alleine halten wird. Am Ende müssen wir selbst dafür sorgen, das enteignet wird! Und enteignet wird, basta!"

Doch diese Feststellung reicht nicht allein. Man hat uns richtig gefragt: Wie? Wie denn? Im Text ‚Enteignung und soziale Revolution' hat man uns gefragt: "Wie kann die Praxis der Enteignung forciert werden? Welche Ansätze wollt Ihr verfolgen, die eine Alternative zu der Kampagne „Deutsche Wohnen kaufen" etablieren könnten und die Leute abholt, die den Bluff der Kampagne erkennen? Wo sind Kräfte zu bündeln und die Fragen der Enteignung massenwirksam, massenmilitant und subversiv anzugehen?"

WIE HOLEN WIR DIE LEUTE AB?

Der anarchistische Umgang mit Reformen heißt Druck aufbauen, statt für oder gegen sie wählen zu gehen. Dabei muss es darum gehen, von unten nach oben Druck aufzubauen. Wir müssen jene mitnehmen, die an eine Enteignung (oder Zwangskauf) von Deutsche Wohnen glauben und die sie wirklich wollen. Und wir denken, das betrifft viele der Unterstützer*innen und Leute, die an der Basis bei DWE mitarbeiten. Wenn wir deren Hoffnung mitnehmen und sie dennoch vor dem drohenden Betrug oder dem Scheitern der Kampagne warnen können, bauen wir Druck auf die Bewegungsmanager*innen und Parteipolitiker*innen auf, ohne die Basis der Kampagne abzuschrecken.

Doch anprangern allein wird nicht ausreichen. Es muss stets ein überzeugender Alternativplan erkennbar sein. Dabei muss es in jedem Schritt darum gehen, die nächst vorstellbare konkrete und erfolgsversprechende Handlungsoption zu ermitteln, und diesen zusammen mit den Unterstützer*innen von DWE umzusetzen. Das könnte etwa so aussehen.

1. Am Wahltag werden wir Farbe bekennen: Wir, als Anarchist*innen, glauben nicht, dass das Versprechen der Kampagne gehalten wird. Wenn wir enteignen wollen, müssen wir das selbst machen.
2. Nun haben wir einen Moment Zeit. Niemand erwartet, dass die Kampagne sofort Erfolge zeitigt, also müssen wir warten. In der Zeit sollten aber die nächste Schritte vorbereitet werden, in Zusammenarbeit mit der DWE-Basis.
3. Irgendwann wird unter den Unterstützer*innen von selbst Unruhe aufkommen, Zweifel daran entstehen, ob die Politik den Volksentscheid umsetzt. (Im Zweifel soll hier durch Mitteilungen und Aktionen darauf hingewiesen werden). Das ist der Moment für eine Demonstration für die Enteignung, diesmal verbunden mit einem Ultimatum für die Umsetzung. Wird dies nicht eingehalten, werden weitere Maßnahmen ergriffen werden.
4. Das Ultimatum verstreicht ergebnislos. Es ist an der Zeit, mit politischen Streiks und Blockaden den Druck zu erhöhen. Das sind anspruchsvolle Aktionen, die Vorbereitung brauchen und an der trotzdem vermutlich nur ein Bruchteil der Unterstützer*innen teilnehmen wird. Da braucht's mediale Begleitung sowie die Fortsetzung niedrigschwelliger Aktionen.
Bis hierher haben wir den reformistischen Rahmen von DWE noch nicht verlassen. Es ist schon ganz viel, was wir uns da vornehmen, aber wir als Anarchist*innen sollten noch mehr verlangen. Parallel zu dem Prozess sollten wir unablässig die Idee der Enteignung aufgreifen, sie auf andere Kämpfe ausbreiten (z.B. Krankenhaus), den Begriff der Enteignung zu seiner ursprünglichen, radikalen Bedeutung zurückführen. Enteignung heißt, dass 1) gegen den Willen der Eigentümer:innen, 2) ihr Boden oder Produktionskräfte 3) ohne Auszahlung des Profits d.h. ohne Entschädigung 4) vergesellschaftet wird, und zwar 5) in anarchistischem Sinne den Mieter*innen/ Arbeiter*innen und nicht dem Staat übertragen wird. Führen wir uns das vor Augen, wie ist das auf DWE zu übertragen? Welche Schritte folgen daraus?
5. Ab dem 4. Schritt sollten wir parallel damit angefangen, die Forderungen der Kampagne zu erhöhen: Entschädigungslose Enteignung, Treuhand in Mieter*innenverwaltung auch für die städtische Wohnungsunternehmen und ein entfristeter Mietendeckel sind nur einige Beispiele. Aber auch, was fordern Mieter*innen selbst? Ein gemeinsamer Projektraum in jedem Haus in Mieter*innenselbstverwaltung vielleicht? Solange diese Forderungen in einer größeren Perspektive eingebettet sind, sollten wir sie mittragen.
6. Die Perspektive dieser Radikalisierung ist Mieter*innen-Selbstverwaltung, ihr letztes Mittel ist der Mietstreik. Dafür, sowie auch für die vorangegangenen Schritte, braucht es die Organisationsstruktur, die von DWE aufgebaut wurde und diese muss ausgebaut werden. Nur so kommen wir überhaupt dahin, dass Selbstverwaltung der Häuser denkbar wird.
Das alles kann von militanten Aktionen begleitet werden, wenn diese im Prozess der Radikalisierung Sinn ergeben. Sie sollten so gewählt sein, dass jene Teile von DWE, die sich ggf. eher auf Kompromisse einlassen wollen, sich nicht von ihnen distanzieren können, ohne ihre Basis, die enteignen will, zu vergraulen.

III. Und, wenn wir da schon eine Strategie entwickeln, wie kommen wir dahin, sie umzusetzen. Wer sind unsere Verbündete, wie organisieren wir uns?
Fassen wir nochmal zusammen: Wir wollen Druck von unten aufbauen, zusammen mit den Unterstützer*innen von DWE. Wir wollen mit ihnen Demos, Streiks und Mietstreiks organisieren und schließlich die Häuser in Selbstverwaltung überführen. Es ist klipp und klar, dass es dafür die richtigen Verbündete und eine funktionierende Organisierung braucht.

WER SIND UNSERE VERBÜNDETE?

Um diesen Plan umzusetzen braucht es die (Selbst)-Organisierung von Mieter*innen und konkret auch jene, die die Kampagne von DWE bisher unterstützen.

1 Ein im Jahr 2020 beschlossenes Gesetz vom Berliner Senat zur Mietbegrenzung. Dieses wurde im Jahr 2021 vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Wir brauchen erstens eine ständige Rückkopplung zum Befinden der Unterstützer*innen von DWE, nur so können wir jeweils nächsten Handlungsschritt ermitteln. Außerdem braucht's für die Mobilisierung für Demos und Streiks die kleinteilige Basisorgansierung. Das Mietenwahnsinnsbündnis einerseits, die Organisierung in Kiezteams von DWE andererseits können dafür als wichtige Bausteine dienen. Als Anarchist*innen können wir froh sein, dass diese Organisierung schon so weit vorangeschritten ist. Es soll darauf geachtet werden, dass sich die Mieter*innenbewegung nicht auf DWE reduziert. Daher müssen wird besonders auch die kleinteiligen und lokalen Initiativen erreichen.

Zu diesen Organisierungen braucht es ein Vertrauensverhältnis. Das entwickelt sich am besten durch konstruktive Zusammenarbeit. Das heißt, in die Organisation rein gehen, sich beteiligen, die Ressourcen die mensch hat zur Verfügung stellen und dabei aber klar den eigenen anarchistischen Standpunkt betonen. Die Mieter*innengewerkschaft ist ein Beispiel davon, wie diese Zusammenarbeit gerade schon aufgebaut wird. Auf diese Art und Weise wird dann auch niemanden instrumentalisiert, sondern eingeladen, mit uns zu kämpfen. Wenn wir dieses Vertrauensverhältnis haben, können wir immer wieder libertäre Ideen und Aktionsformen reinbringen. (Theoretisch wurde dieses Konzept übrigens von dem Plattformismus bzw. ‚Especifismo' ausgearbeitet). Die zweite Grundlage dieses Vertrauensverhältnisses sind unsere persönliche Bekanntschaften. Wir haben das Glück, selbst schon in Mieter*innenkämpfen aktiv zu sein und viele Leute zu kennen, die das ebenfalls sind.

Was ist unsere Organisation?

Diese Verbindung zur ‚Mieter*innenbewegung' nutzt aber nichts, wenn wir selbst nicht die Klarheit und die Kraft haben, unsere Ideen und Forderungen umzusetzen. Es braucht eine anarchistische Organisation, die in der Lage ist, zu überzeugen. Das heißt, die sowohl unsere Gefährt*innen in der Mieter*innenbewegung überzeugt und die uns, als Anarchist*innen überzeugt. Da haben wir im Moment ein Problem.

Um diese Klarheit und Kraft zu entwickeln, braucht's Perspektive und Dauerhaftigkeit, Diskussionen und Wissensweitergabe, Verbindlichkeit und eine gewisse Größe. Die Organisation, die das in sich hat, wird jene sein, die uns Hoffnung und Motivation gibt. Gleichzeitig wird die Organisation, die uns motiviert, jene sein, der wir uns verbunden fühlen. – Wir sprechen diesen schwierigen Punkt an, weil wir glauben, dass es viele unter uns gibt, die den ständigen Neuanfängen und Reorganisierungen müde sind. Gute Ideen aber schlechte Umsetzung, Unverbindlichkeit, Abschweifen, immer wieder Neuanfang. Da sind wir selbst auch Teil davon und wir wollen niemanden was vorwerfen, wollen aber den Schritt wagen, damit zu brechen. An dem Punkt, wo wir persönlich gerade stehen, heißt das Lust auf mehr Verbindlichkeit, es heißt, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und dann eine Verabredung eingehen, diese einzuhalten. Es heißt, sich einer Struktur zugehörig zu fühlen, auf die wir uns verlassen können. Die auch da ist, wenn wir scheitern (und eine revolutionäre Praxis heißt nun mal, ständig auf die Fresse zu fliegen). In der wir versuchen unser Scheitern zu verstehen und es gemeinsam nächstes mal besser machen. Und von der wir wissen, dass wir trotz des Scheiterns auf den richtigen Weg sind, weil wir für was sinnvolles kämpfen und das mit Kopf und Herz tun.

Dies ist ein Angebot dabei mitzumachen. Offen für jene, die auch an diesem Punkt stehen, aber auch für jene, die am Rande zuarbeiten wollen. Eine gute Organisation hat verschiedene Ebenen der Beteiligung und hält so auch den Wechsel aus, die allen freien Vereinbarungen von freien Menschen eigen ist. Nur aufrichtige Motivation hält Menschen letzten Endes am Ball, da sind wir selbst keine Ausnahme. Wir müssen eine Organisierungsform und eine Arbeitsweise finden, die uns selbst begeistert. Wir glauben: Die Organisierung, die uns überzeugt, wird auch den Rest der Mieter*innenbewegung überzeugen. Konkreter?

Hier konkreter zu werden heißt, machen! So sehr wir uns über diese Diskussion freuen, in uns wächst jeden Tag mehr das Bedürfnis, endlich gemeinsam Ideen umzusetzen. Wir reden viel, das ist wohl eines unserer Laster. Wir können nicht alles umsetzen, was wir sagen, aus dem ganz einfachen Grund, dass es immer viel zu viel zu tun gibt. Wir haben oft Angst, uns in Diskussionen über die Anarchie aufzubrauchen, haben Angst mehr zu verkünden als wir umsetzen können, Angst, uns zu übernehmen und dabei Quatsch zu machen.

Daher bleibt uns jetzt nur, klar zu sagen, was wir selbst machen werden, und euch einzuladen, auch mitzuteilen, wenn ihr etwas übernehmen mögt und könnt. Wir werden Gefährt*innen bei DWE ansprechen, wir werden eine Diskussion in die Mieter*innenbewegung reintragen, wir werden ein bisschen über Social Media präsent sein und wir werden unterstützen beim Aufbau der Mieter*innengewerkschaft. Das ist aber nur ein Teil und erst der Anfang, darüber sind wir uns bewußt. Wenn dir oben genannte Vorschläge gefallen haben, melde dich, schließ dich an, werde selber aktiv. Zusammen werden wir von der Gesamtscheiße weniger schnell verschluckt.

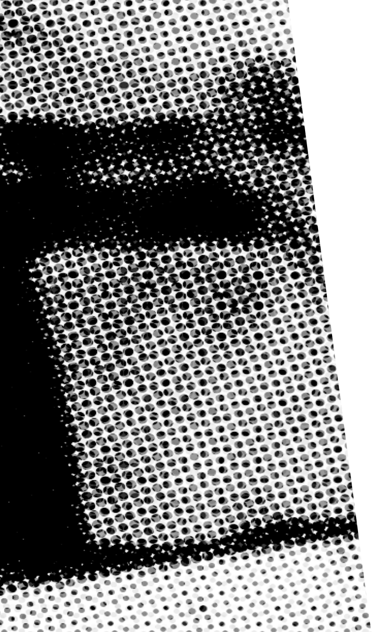
atopic und Perspektive Selbstverwaltung,

kontrapolis.info/4941





CHRONIK



BESCHÄDIGTE AUTOS: 0
ZERSTÖRTE AUTOS: 3
BESCHÄDIGTE BÜROS: 1

2017

29. Juni 2017 // Dresden
Vonovia-Auto angezündet; wegen Bauprojekt in der Pirnaischen Vorstadt und in Solidarität mit der Friedel54

21. Juli 2017 // Bremen
Zwei Vonovia-Autos angezündet, Geschäftsstelle entglast; wegen Neubauprojekt und in Erinnerung an den Widerstand in der Rückertstr.

BESCHÄDIGTE AUTOS: 2
ZERSTÖRTE AUTOS: 5
BESCHÄDIGTE BÜROS: 0

2018

12. April 2018 // Berlin
Zwei Vonovia-Autos angezündet. Der Kampf gegen die Stadt der Reichen hat viele Gesichter. Diskussionen – Infoveranstaltungen – Vernetzung – direkte Aktionen – Massenevents.

01. Mai 2018 // Leipzig
Vonovia-Auto angezündet; Die Zerstörung einer Vonoviakarre kann nur eine Vorschau sein, ein kleiner Schritt in diese Richtung. Die Angriffe auf die Profiteure der Umstrukturierung müssen mehr werden.

15. Oktober 2018 // Frankfurt a.M.
Zwei Vonovia-Autos angezündet um auf die Auswirkungen von privatwirtschaftlichen WohnungskonzerWnen aufmerksam zu machen und Vonovia selbst einen hohen Schaden zuzufügen sowie sein alltägliches Geschäft zu sabotieren.

November 2018 // Hannover
Bei mehreren Vonovia-Autos die Reifen zerstochen und mit Parolen besprüht gegen Gentrifizierung, Verdrängung und Zwangsräumungen

2019

BESCHÄDIGTE AUTOS: 33
ZERSTÖRTE AUTOS: 24
BESCHÄDIGTE BÜROS: 3

3. April 2019 // Stuttgart
Ein Vonovia-Auto entglast und mit Parolen beschmiert, weil Akteure von Gentrifizierung, Modernisierungsvertreibung und Mietwucher eine legitime Zielscheibe für Widerstand sind und als solche auch markiert gehören.

30. April 2019 // Wuppertal
Ein Vonovia-Auto angezündet und ein Auto entglast und tiefergelegt

April 2019 // Berlin
*Sechs Vonovia-Autos beschädigt, vier tiefergelegt, zwei mit Parolen beschmiert, eins entglast, um den Druck auf der Straße zu erhöhen gegen die Profiteur*innen der Verdrängung aber auch um den Diskurs zum Thema Stadt der Reichen / Mieten innerhalb der radikalen Linken weiter zu beleben.*

19. Mai 2019 // Dresden
Vier Vonovia-Autos angezündet

24. Mai 2019 // Hannover
Buttersäure in der Lüftung eines Transporters, Parolen auf der Motorhaube und Farbe auf den Scheiben. Angriffe richten sich generell gegen das Prinzip, mit dem Verkauf und der Verwaltung von Wohnraum Profite zu machen.

30. Mai 2019 // Bremen
Vonovia-Auto angezündet

17. Juli 2019 // Köln
Vonovia-Auto besprüht und entglast als politisches Zeichen gegen Leerstand, Wohnungsnot und überhöhte Mieten

19. Juli 2019 // Nürnberg
Vonovia-Auto mit Farbe verschönert, Grüße an die drei von der Parkbank und die Menschen vom Jamnitzer Platz

25. Juli 2019 // Wuppertal
Vonovia-Auto angezündet in Solidarität mit der Liebig34 und den drei von der Parkbank

11. August 2019 // Bremen
*Vonovia-Auto angezündet. Was fehlt, ist eine umfassende Praxis direkter Aktionen, die die Kämpfe gegen die Gentrifizierung, Ausbeutung und deren Profiteur*innen verschärft und den Widerstand gegen die kapitalistisch organisierte und vom Staat kontrollierte Stadt in ein unversöhnliches Terrain führt.*

12. August 2019 // Bremen
Büro von Vonovia zerstört und mit Parolen besprüht (s.o.)

13. August 2019 // Dresden
Vonovia-Auto angezündet, gegen Gentrifizierung, Verdrängung, hohe Mieten

14. August 2019 // Bremen
Fahrzeug von Vonovia tiefer gelegt und mit Parolen besprüht (s.o.)

16. August 2019 // Bremen
Fahrzeuge von Vonovia in Bremen-Findorff und Walle tiefer gelegt (s.o.)

17. August 2019 // Bremen
Fahrzeug von Vonovia entglast

26. August 2019 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet

August 2019 // Berlin
zwei Vonovia Autos entglast, besprüht und mit Feuerlöscher gefüllt, wegen der Praxis von Vonovia und in Solidarität mit allen, die gegen die Stadt der Reichen kämpfen, mit den Mitteln die sie für vertretbar halten.

2. September 2019 // Berlin
Acht Vonovia-Autos entglast, besprüht und/oder tiefergelegt. Eine Möglichkeit, den Spieß umzudrehen, sind Angriffe auf die hunderten weißen Transporter mit der Aufschrift von Vonovia und ihrer Tochterfirmen, die in allen größeren Städten zu finden sind. Sie sind die Grundlage des professionellen Gebäudemanagements, welches notwendig erscheint, dennoch in erster Linie der Gewinnmaximierung dient.

14. September 2019 // Freiburg
Vonovia-Auto tiefergelegt und mit Parolen beschmiert um in der Clean&Green-City Freiburg ein deutliches Zeichen setzen, dass systematische Verdrängung und ungehemmter Profitwahn nicht ungesehen toleriert wird.

30. September 2019 // Freiburg
Vonovia-Auto mit Farbe verschönert Vonovia ist ein riesiges Mietunternehmen, welches mit seinen stetig steigenden Gewinnmaximierungen einen großen Anteil an der Verdrängungsproblematik in unseren Vierteln hat.

September 2019 // Berlin
Mindestens vier Vonovia-Autos tiefergelegt, mit Parolen beschmiert und mit Feuerlöschern gefüllt. Durch Reformen kann nichts erreicht werden. Daher richten wir unser politisches Handeln auch nicht nach ihnen aus. Wir wollen die Akteure der Stadtaufwertung sichtbar machen und angreifen.

4. Oktober 2019 // Wuppertal
Zwei Vonovia-Autos tiefergelegt, beschmiert und Auspuff und Lüftung mit Bauschaum gefüllt. Vonovia als Symbol der Verdrängung.

23. Oktober 2019 // Freiburg
Zwei Vonovia-Autos angezündet. Als Zeichen für die unverschämte Profitgier des Konzerns wurden diese direkt angegriffen.

26. Oktober 2019 // Freiburg
Vonovia-Büro mit Farbe verschönert. Unternehmen wie Vonovia machen enorme Gewinne mit Grundbedürfnissen der Menschen, indem sie überhöhte Mieten verlangen und Profite aus den Nebenkostenabrechnungen ziehen

3. November 2019 // Bremen
Neun Vonovia-Autos angezündet

4. November 2019 // Freiburg
Vonovia-Auto angezündet

6. November 2019 // Bremen
Vonovia-Zentrale mit Pflastersteinen angegriffen. Mlitante Angriffe sind dabei eines von vielen Mitteln, sie sind legitim und notwendig. Ein direkter wirtschaftlicher Schaden zerrt die Akteure in die Öffentlichkeit und schmälert die Bilanzen.

7. November 2019 // München
Vonovia-Auto tiefergelegt

14. Dezember 2019 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet, gegen Immobilienkonzerne und in Solidarität mit der Liebig34

28. Dezember 2019 // Magdeburg
Vonovia-Auto angezündet

BESCHÄDIGTE AUTOS: 24
ZERSTÖRTE AUTOS: 17
BESCHÄDIGTE BÜROS: 5

2020

25. Januar 2020 // Kiel
Vonovia-Büro in Brand gesetzt wegen Wohnraumproblem, in Zusammenhang mit Vonovia

8. März 2020 // Nürnberg
Mehrere Vonovia-Autos tiefergelegt und großflächig mit Farbe verziert. Vonovia leistet Gentrifizierung und Wohnungsnot massiv Vorschub. Wohnungsnot trifft Frauen besonders.

18. März 2020 // Köln
*Vonovia-Büro: Mit Feuerlöschern und Hämmern gingen Scheiben zu Bruch und das Gebäude wurde mit lila Farbe und Bitumen verschönert. Vonovia wendet besonders dreiste Praktiken gegenüber den Mieter*innen an. Vor allem aber treiben sie den Prozess der Gentrifizierung voran und sind ein Profiteur dieser.*

30. April 2020 // Hannover
Vonovia-Auto tiefergelegt und mit Farbe beschmiert. Wir hören auf, wenn die Scheiße aufhört.

April 2020 // München
Vonovia-Auto tiefergelegt. Direkte Aktionen anstelle von häuslicher Quarantäne!

April 2020 // Frankfurt
Mehrere Vonovia-Autos tiefergelegt und mit Parolen beschmiert. Solidarität mit den Prekarisierten und Marginalisierten ist jetzt vielleicht wichtiger denn je und wo Konflikte bestehen werden wir Teil dessen sein und wo sie noch nicht bestehen werden wir sie befeuern. Die staatlich verordnete Handlungsungfähigkeit ist für uns weder eine Option, noch eine Lösung gesellschaftlicher Probleme.

12. Juni 2020 // Berlin
Zwei Vonovia-Autos angezündet. Es ist darum umso wichtiger den Widerstand aufrecht zu erhalten und deutlich zu machen, dass es keine Alternative zur Vergesellschaftung des Wohnraums gibt.

14. Juni 2020 // Hannover
Vonovia-Auto entglast in Solidarität mit den drei von der Parkbank

15. Juni 2020 // Frankfurt
Vonovia-Carsharing-Auto in Brand gesetzt. Die Scheinheiligkeit des Unternehmens ist unerträglich.

15. Juni 2020 // Hamburg
Vonovia-Auto angezündet. Gegen Eigentum und ihre Beschützer_innen! In Solidarität mit den drei von der Parkbank, Loic und der Liebig34

22. Juni 2020 // Berlin
Vier Vonovia-Autos beschädigt. So lange wir an einem freien Leben gehindert werden, Konsum- und Arbeitszwang über uns herrscht und die Wohnungen nicht denen gehören, die drin wohnen, ist unsere Perspektive der unvermittelte und kontinuierliche Angriff auf all die dafür verantwortlichen Institutionen, Strukturen und Firmen.

10. Juli 2020 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet als Reaktion auf die Razzia in der Rigaer94 und in Solidarität mit den drei von der Parkbank und den Angeklagten im Rondenbarg-Prozess

16. Juli 2020 // Frankfurt a.M
Vonovia Karre tiefer gelegt, mit Abbeizer überschüttet und eine Botschaft hinterlassen: R94 bleibt!

7. August 2020 // Leipzig
Vonovia-Büro mit Farbe markiert Räumung der Kiezkneipe Syndikat

9.August 2020 // Berlin
Drei Vonovia-Autos entglast als Reaktion auf die Räumung der Kiezkneipe Syndikat

August-September 2020 // Frankfurt
Fünf Vonovia Autos tiefergelegt, die Scheiben eingeschlagen und das Äußere großflächig mit Farbe oder Schriftzügen verschönert. Aktion gegen die Firma Vonovia, die hier in Frankfurt und an vielen anderen Orten für Verdrängung und Gentrifizierung verantwortlich ist und gegen die Schweine in Politik, Wirtschaft und Repressionsapparat, die in Berlin für die Räumung verantwortlich waren.

10. September 2020 // Dresden
Vonovia-Auto angezündet als Antwort auf das heuchlerische Geschreibe des Konzerns

8. Oktober 2020 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet in Solidarität mit der Liebig34

11. Oktober 2020 // Berlin
Vonovia-Auto entglast

14. Oktober 2020 // Leipzig
Vonovia-Büro mit Farbe markiert als Reaktion auf die Räumung der Liebig34

28. Oktober 2020 // Freiburg
Vonovia-Auto angezündet als Reaktion auf die Räumung der Liebig34

29. Oktober 2020 // Dresden
*Drei Vonovia-Autos angezündet um es den Profiteur*innen der menschenverachtenden, profitorientierten Wohnungsmarktpolitik heimzuzahlen.*

18. November 2020 // Bremen
Vonovia-Auto angezündet als Reaktion auf das Urteil gegen die drei von der Parkbank

26. November 2020 // Frankfurt a.M
Vonovia-Auto tiefergelegt, entglast und mit Parolen beschmiert. Dieser Imobilienkonzern steht für die Verdrängung und Ausbeutung von Menschen, dessen Recht auf Wohnraum er weiterhin schamlos der kapitalistischen Verwertungslogik unterwirft. In Solidarität mit der Liebig 34

12. Dezember 2020 // Nürnberg
*Sechs Autos tiefergelegt. Mit Farbe verschänert und teilweise zerstört. Das Projekt 31 in Nürnberg steht vor dem Aus! Ein weiterer Freiraum, der der unstillbaren Profitgier von Investor*innen zum Opfer fallen soll.*

13. Dezember 2020 // München
Vonovia-Auto angezündet

14. Dezember 2020 // Bremen
Vonovia-Auto tiefergelegt

15. Dezember 2020 // Bremen
Vonovia-Auto tiefergelegt

16. Dezember 2020 // Berlin
BUWOG (Vonovia-Tochter)-Büro entglast und ein Feuerlöscher mit Bitumfarbe in den Innenraum entleert. Wir wollen solidarische Kieze in denen Menschen frei und glücklich leben können, ohne an jedem Monatsende Angst um ihre Existenz haben zu müssen, weil sie die Miete nicht zahlen können.

17. Dezember 2020 // Bremen
Vonovia-Auto entglast

26. Dezember 2020 // Bischofswerda
Vonovia-Auto angezündet

BESCHÄDIGTE AUTOS: 16
ZERSTÖRTE AUTOS: 13
BESCHÄDIGTE BÜROS: 3

2021

1. Januar 2021 // Leipzig
Vonovia-Büro entglast, Innenraum mit Farbe dekoriert und außen eine nette Botschaft hinterlassen.

4. Januar 2021 // Bremen
Vonovia-Dienstwagen und Auto auf Vonovia-Mitarbeiter-Parkplatz angezündet

11. Januar 2021 // Dresden
Vonovia-Auto angezündet

6. März 2021 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet. Rache für Rummelsburger Bucht & Liebig34, Wut über die bevorstehenden Angriffe auf Rigaer94 und Meuterei, Hass auf den RRG Senat, der die Interessen der Immobilienlobby mit Bullengewalt durchdrückt.

März 2021 // Dresden
Im ganzen Stadtgebiet Immobilienkarren zugelackt und die Reifen zerstochen, als Reaktion auf die Räumungen und Razzien in Berlin

28. April 2021 // Leipzig
Vonovia-Auto tiefergelegt als Reaktion auf die Räumung der Liebig34 und die Angriffe auf die Rigaer 94

10. Juni 2021 // Berlin
CDU-Geschäftsstelle und -Auto wegen Verbindungen zu Vonovia beschädigt

14. Juni 2021 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet gegen die Angriffe auf die Rigaer94

5. Juli 2021 // Berlin
Vonovia-Auto angezündet, als Reaktion auf den Tod von Peter Hollinger am 31.Mai 2021. Nach einem dreijährigen, erfolglosen Gerichtsprozess gegen eine Räumungsklage wegen Eigenbedarf, brachte sich der 67 Jährige Musiker und alteingesessene Kreuzberger um.

4. August 2021 // Berlin
2 Vonovia-Autos angezündet als Reaktion auf die angestrebte Fusion von Deutsche Wohnen und Vonovia.

10+11. August 2021 // Berlin
Vonovia Geschäftsstelle mit Hämmern, Farblöschern und Parolen beschädigt und in der darauffolgenden Nacht 5 Vonovia Transporter angezündet. Antwort auf die gewollte Fusion von Deutsche Wohnen und Vonovia.

UNTERNEHMENSGESCHICHTE DER VONOVIA SE 2001-2021

2001
Deutsche Annington wird erstmals tätig und erwirbt 11 (von 18) Eisenbahnerwohnungsbaugesellschaften des Bundes mit rund 65.000 Wohnungen

2003
Kauf von 10.000 Wohnungen der Kieler Heimbau AG

2004
Zukauf von 4.500 Werkswohnungen von RWE

2005
Durch die Übernahme der Viterra AG von E.on mit 137.000 Wohnungen wird die Deutsche Annington zum größten Wohnungsunternehmen Deutschlands

2013
Börsengang

2014
Terra Firma Capital Partners zieht sich als Großanteilseigner zurück

2015
Übernahme der im Jahr 2004 an Fortress privatisierten Gagfah mit 144.000 Wohnungen, anschließend Umbenennung in Vonovia
Kauf der Südewo mit 19.800 Wohnungen

Aufnahme in die Liste der DAX-Konzerne, als erstes Unternehmen in der Immobilienwirtschaft

2016
Erster gescheiterter Übernahmeversuch der Deutsche Wohnen

Kauf der österreichischen Conwert Immobilien mit 24.000 Wohnungen

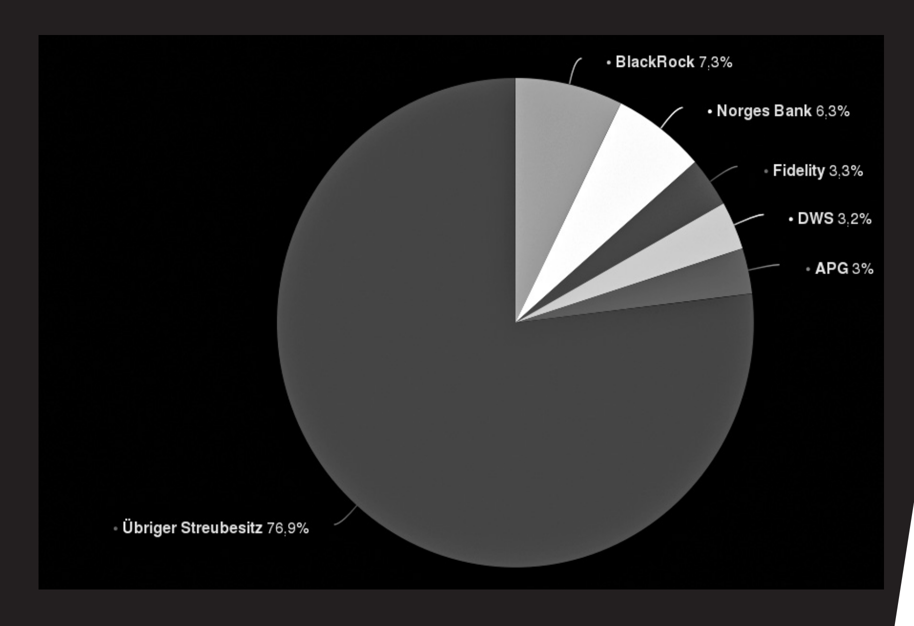
2018
Kauf der österreichischen BUWOG mit 49.000 Wohnungen. Seither ist Vonovia auch in Österreich das größte Wohnungsunternehmen.

Übernahme des schwedischen Wohnungsunternehmens Victoria Park mit 13.700 Wohnungen

2019
Kauf der schwedischen Hembla mit 21.000 Wohnungen

2021
Zweiter, ebenfalls gescheiterter Übernahmeversuch der Deutsche Wohnen. Dritter Versuch mit gesenkten Übernahmehürden erfolgreich. Die Deutsche Wohnen gehört jetzt mehrhetlich Vonovia.

AKTIONÄRSSTRUKTUR VON VONOVIA IM JAHR 2020



IMPRESSUM
Rolf Buch
Universitätsstraße 133
44803 Bochum


nteure
ucht!
vonovia.de




VONOVIA